PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 11. März 1975, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

13. März 1975 Jg. 3 Nr. 10 50 Pfennig

US-Imperialismus raus aus Kambodscha

Das Volk von Kambodscha kämpft sich immer näher an seine endgültige Befreiung vom US-Imperialismus und seinen Statthaltern in Phnom Penh. Die US-Regierung wird im eigenen Land immer weiter isoliert in ihrem Versuch, weitere Millionen für weitere Blutbäder vom Kongreß bewilligt zu bekommen. Die kambodschanischen Volksbefreiungsstreitkräfte haben erneut die US-Luftbrücke, die Waffennachschub mit einigen Säcken Reis tarnt, unterbrochen. Lon Nol, der US-Statthalter hat noch einmal die Marionettenregierung umgebildet und den Oberbefehlshaber seiner Truppen, Hernandez, abgelöst – verzweifelte Versuche, die letzten Kräfte vor dem Ende zu mobilisieren.
Auch in Vietnam versetzen die Befreiungskräfte dem Thieu-Regime schwere Schläge und haben eine Bezirkshauptstadt befreit. Der Befreiungskampf kommt voran; die Niederlagen der US-Marionette Thieu sind die Meilensteine für den Frieden in Vietnam. Die Aussichten, daß das kambodschanische Volk unter der Führung seiner Regierung, der GRUNK, die Befreiung vom US-Imperialismus erkämpfen kann, sind heute, fünf Jahre nach dem CIA-Putsch, mit dem die USA die rechtmäßige Regierung, die GRUNK, am 18. März 1970 zu beseitigen versuchte, ausgezeichnet.

Die Volksbefreiungsarmee zieht den Ring um Phnom Penh immer enger. Im Osten steht sie nur noch etwa 5 km vom Stadtzentrum , im Süden fängt schon in 4km Entfernungg die fest befreite Zone an, im Norden und Westen sind Stellungen der Befreiungskämpfer 5–10 km vom Stadtzentrum entfernt. Die Imperialisten haben selber keine Hoffnung mehr, selbst mit weiteren Millionen Militärhilfe ihre Niederlage zu verhindern. Immer größere Teile des amerikanischen Kongresses sind deshalb nicht mehr bereit, weitere Kriegsgelder zu genehmigen. Doch die US-Regierung will nach wie vor beweisen, daß sie ihre Marionetten nicht im Stich läßt, und ihre Niederlagen mit weiteren Opfern und Verwüstungen beantworten. Sie will wie in Vietnam und Chile allen Völkern beweisen: Der Preis für den Versuch, sich von der Imperialistenherrschaft zu befreien, ist die Vernichtung. Und selbst wenn sie die Niederlage nicht verhindern kann, will sie die Opfer und die Leiden, die die Völker für ihre Befreiung aufbringen müssen, bis zur äußersten Abschreckung steigern.
Mit allen Mitteln kämpft diese Bande von Kriegsverbrechern und Völkermördern, die sich US-Regierung nennt, um jede Woche, um jeden Tag zur Fortsetzung ihrer Verbrechen: mit den 200 Millionen will man Phnom Penh über die Trockenperiode retten, Mitte April fangen die Regen wieder an. Dann hoffen sie ein weiteres Jahr für den Völkermord gewonnen zu haben. "Die Chancen für Verhandlungen steigen dadurch", behaupten Ford und Kissinger und eine Verhandlungslösung sei notwendig, 'um ein Blutbad durch die Kommunisten' in Phnom Penh zu verhindern.



Am 11.3. traten die Kollegen von Torret in Waiblingen bei Stuttgart in den Streik gegen Lohnkürzungen

Kampf gegen Lohnkürzung

Die letzten Tarifabschlüsse haben die Kapitalisten zu weiteren Lohnkürzungen ermuntert. Nicht nur, daß die Situation von ihnen zu großer Auspressung von Mehrarbeit genutzt wird, sie gehen auch daran, die effektiven Löhne durch Streichung von Prämien und vereinbarten Zulagen zu kürzen.
Die Kapitalisten nutzen das niedere Tarifergebnis, das selbst schon Lohnabbau bedeutet, in der Weise, daß sie es noch zusätzlich auf die außertariflichen Zulagen anrechnen. Dagegen haben sich in mehreren Betrieben die Arbeiter zum Teil erfolgreich zur Wehr gesetzt. Und wo sie noch keinen Erfolg hatten, ist ihr Widerstand nicht gebrochen. Bei Zanker in Tübingen streikten die Kollegen schon zum zweiten Mal. (Siehe Seite 6) Unser Bild zeigt die Kollegen von Terrot in Waiblingen bei Stuttgart, die am 11. März geschlossen in den Streik traten. (Siehe auch den Bericht Seite 6) Ihr Beispiel zeigt den Weg, wie die Kraft und der Widerstand gegen die Kapitalisten wiedergewonnen und die Lähmung der Gewerkschaften, die die Gewerkschaftsführer mit ihrer Tarifpolitik bewirkt haben, überwunden werden kann. Das geschieht unter schwierigen Bedingungen. Der Druck, der durch die hohe Arbeitslosigkeit besteht, kann von den Kapitalisten noch besonders genutzt werden, weil die Gewerkschaftsführung im Tarifkampf der Linie der Regierungspolitik gefolgt ist, die den Arbeitern aufzwingt, sie müßten das Opferlamm spielen, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Auf dieser Linie wollen die Kapitalisten nach der Niederlage im Tarifkampf nun in den Betrieben fortfahren und weitere Lohnsenkungen durchsetzen. Der Widerstand der Arbeiter in den Betrieben ist die Grundlage, um die Kampfkraft der Gewerkschaften wieder aufzubauen. Die gewerkschaftliche Kampfkraft ist auch die einzig wirksame Solidarität mit den Arbeitslosen, die gegen die doppelte Wirkung der Krise gerichtet ist, gegen die erhöhte Ausbeutung der Beschäftigten und gegen die Versuche der Kapitalisten, die Arbeitslosen als Mittel zur Lohndrückerei einzusetzen.

Berichte Seite 6

Strauß will die Krise für eine Roßkur nutzen

Die politischen Überlegungen von Franz Josef Strauß – aus den Protokollen der Sonthofener Rede, die kürzlich veröffentlicht wurde

Unter den westdeutschen bürgerlichen Politikern ist Strauß gegenwärtig der erste, der direkt und planmäßig von dem Gedanken ausgeht, die sich verschärfende Krise des westdeutschen Kapitalismus politisch zugunsten der Bourgeoisie zu nutzen. Während andere bürgerliche Politiker, vor allem in der SPD, lange zeit erklärt haben, es gäbe in Wirklichkeit gar keine Krise und während so ziemlich alle mit den verschiedenartigsten Programmen zur schnellen Behebung der Krise herumfuhrwerken, um damit die Leute zu beruhigen, geht Strauß davon aus, "*daß wir erst am Anfang der großen Krise stehen*".
Seinen Parteifreunden in der CDU und CSU hält er deshalb vor, "*daß es jetzt keinen Sinn hat, von uns aus irgendein konjunkturpolitisches Rezept zu erarbeiten und zu empfehlen*". Wollte man jetzt mit seinen Rezepten herausrücken, so begäbe man sich "*in große politische Schwierigkeiten*", denn "*die Öffentlichkeit ist noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen*". Strauß folgert daraus: "*Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen. Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird, sonst ist es ja nur eine Pause, und nach der Pause geht es ja doch in der falschen Richtung dann weiter.*"
In welche Richtung die Rezepte gehen, die heute noch nicht in Kauf genommen werden, läßt Strauß an einigen Punkten seiner Rede erkennen, z. B. wo er sich zu Lehrstellenmangel äußert: "*Man erlasse ein Jugendarbeitsschutzgesetz, wo es also 4 Wochen Urlaub gibt und dann darf er bloß noch mit Herr angeredet werden und mittags muß er zwei Stunden Ruhezeit haben und dann eine Stunde Hobbyjob betreiben dürfen= Ja, wer soll denn da noch einen Lehrling einstellen, der steht doch immer schon mit einem Fuß im Gefängnis.*"
Die Rezepte gehen darauf hinaus, die Rechte der Lohnabhängigen drastisch zu beschneiden und insbesondere die Leistungen der Sozialversicherungen zu reduzieren. Darum verfolgt Strauß gegenüber der Bundesregierung die Absicht: "*Wir müssen sie soweit treiben, daß sie ein Haushaltssicherungsgesetz vorlegen müssen oder drastische Steuererhöhungen.*" Solange das noch nicht der Fall ist, erklärt Strauß: "*Ich will überhaupt nicht im kleinen sagen, was wir uns vorstellen mit der Krankenhausfinanzierung, mit der Berufsausbildung, mit der Sanierung der öffentlich-rechtlichen Krankenkassen usw.*" Würde man jetzt diese Vorstellungen herauslassen, "*wären wir immer in der ... Lage, ... dann prompt als Arbeitnehmerfeinde, als Unternehmerinteressensvertreter zu gelten. Aus dem Grund können wir unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute*".

Die Krise wirkt auch ohne politische Einflußnahme durch den bürgerlichen Staat auf die Lohnabhängigen sich so aus, daß der Lohn gesenkt und die Lebenshaltung gedrückt wird. Die Absicht von Strauß ist es, diese Entwicklung planmäßig voranzutreiben und die Arbeitskraft in Westdeutschland unter den historisch durchgesetzten Wert zu senken. Dazu ist es unumgänglich, die Rechte der Lohnabhängigen zu beschneiden und die Sozialversicherungen und Renten anzugreifen. Allein über den Lohnkampf kann diese Senkung des Werts der Arbeitskraft und der Sozialversicherungen nicht durchgesetzt werden. Das ganze System der Arbeiterrechte und der Sozialversicherungen aber anzugreifen, das ist gegenwärtig nicht möglich: "*Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse. Noch heute haben sie nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Noch heute besteht nicht ernsthaft die Bereitschaft dazu, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen*".

Erst mit der Verschärfung der Krise sollen deshalb die Rezepte angewandt werden. Und Strauß weist weiter darauf hin, daß sie durchgreifend angewandt werden müssen. Denn dasjenige Land, in dem es der Bourgeoisie in der Krise am nachhaltigsten ge lingt, das Lebensnieveau der arbeitenden Massen zu senken, steht in der innerimperialistischen Konkurrenz, im Kampf um die Vorherrschaft am besten da. Es ist für Strauß klar, daß das die Bundesrepublik und die westdeutsche Bourgeoisie sein sollen: "*Nur summa summarum: Für uns heißt die Summe, dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Wenn das von der Bundesrepublik wieder ausgeht.*"
Strauß ist unter den Politikern der westdeutschen Bourgeoisie einer der konsequentestens Verterter von deren Klasseninteressen. Die Arbeiterklasse kann deshalb viel aus den politischen Auffassungen dieses ihres Feindes lernen. Strauß'ens Pläne haben zur Grundlage, daß die Arbeiterbewegung an die SPD politische gebunden ist und darum Niederlagen der SPD-Politik auch zu Niederlagen der Arbeiterbewegung werden. Nur gegen eine Arbeiterbewegung, in der das Bewußtsein sich breit macht, gescheitert zu sein, kann er hoffen, seine Rezepte durchzusetzen. Die Arbeiterklasse kann diese Absichten nur durchkreuzen, wenn sie selbständig in der Krise auftritt und für Forderungen kämpft, die ihren Interessen entsprechen. Jede Bindung an eine zum Scheitern verurteilte und dazu noch auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragene Antikrisenpolitik von SPD und Bundesregierung muß sie von sich weisen. Wenn einer der führenden Politiker der westdeutschen Bourgeoisie das Heil der bürgerlichen Politik darin sucht, daß er jede Verantwortung für die gegenwärtige Krise von sich weist und als Taktik ausgibt: "*Nur anklagen, aber keine konkreten Rezepte nennen*", dann muß es für die Arbeiterklasse erst recht klar sein: Sie darf für diese Krise der kapitalistischen Gesellschaft keinerlei Verantwortung übernehmen, sondern sie muß noch viel entschiedener als Strauß das der CDU/CSU empfahl "*von dem Axiom (der feststehenden Erkenntnis) ausgehen, die können Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht mehr in Ordnung bringen.*" Dazu sind tatsächlich die bürgerliche Klasse und ihre Parteien, ob CDU/CSU oder SPD/FDP nicht in der Lage, das vermag nur die Arbeiterklasse, wenn sie die Bourgeoisie niedergeschlagen hat.

–W.M.–

Fortsetzung: Kambodscha...

Dabei geht es ihnen natürlich nicht um die breiten Volksmassen, die benutzen sie in Phnom Penh gerade als lebendigen Schutzwall für ihre Handvoll Henkersknechte, um die sie fürchten. So hat sich z. B. Lon Nol sofort nach seinem Putsch 1970 als Experte für Massaker erwiesen, indem er in wenigen Tagen Tausende unbewaffnete vietnamesische Zivilisten, die seit langem in Kambodscha lebten, abschlachtete.

Um das kambodschanische Volk und die Weltöffentlichkeit von seinem Putsch und der US-Einmischung abzulenken, sollte die Bedrohung durch Vietnam vorgetäuscht werden. War das noch 'Handwerksarbeit', so organisierte seither US-Botschafter Dean den 'zivilisierten' technologischen Völkermord: elektronisch gesteuerte Bombenteppiche, chemische und bakteriologische Vernichtungswaffen gegen das Land, die Ernte, die ganze Bevölkerung, Bomben, die in kilometerweitem Umkreis jedem durch eine Überdruckwelle die Lunge zerfetzen oder der Luft jeden Sauerstoff entziehen, die aber gegen militärische Anlagen wirklungslos sind.

Die Waffen alleine beweisen schon, es ist das kambodschanische Volk, das der US-Imperialismus bekämpft. Wenn es sein Schicksal in die eigene Hand nimmt, ist es für die Ausbeutung durch die Imperialisten verloren.

Der fünfjährige Kampf des kambodschanischen Volkes hat gezeigt, daß kein Bombenhagel und keine Barbarei es veranlassen wird, sein Recht auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung an die US-Imperialisten in Verhandlungen zu verschachern. So erklärte Sihanouk kürzlich in einem Brief an W. Burchett (Guardian 12.13.1975):

"Verhandlungen oder Versöhnung mit der Gruppe faschistischer Verräter in Phnom Penh, die die Macht durch einen Militärputsch an sich rissen und dann ein farcenhaftes Schauspiel höchst unkonstitioneller parlamentarischer Prozedur zur Deckung einer fremden imperialistischen Macht abspielten, würde ein unverzeihlicher Akt nationalen Betrugs darstellen. ... (Hätten wir das gewollt) hätten wir nicht bis 1975 warten brauchen, wo unser Land und unsere Zivilisation fast vollständig durch die Kugeln, die Granaten und die mörderischen und zerstörerischen US-Bomben gänzlich pulverisiert ist. ... Jetzt gibt es absolut keinen Grund, auch keine historische Rechtfertigung, den Kampf einzustellen. Heute, wo unser Land und unsere Nation durch US-Waffen verwüstet ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Und da wir nichts mehr zu verlieren haben, hat unser Volk auch überhaupt kein Bedürfnis danach, daß die "pax Amerikana" weitergeht, wo das Lon Nol-Regime ... am Rande des totalen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist ..."

Die US-Regierung kennt diese von Anfang an unveränderte Haltung und denkt auch nicht wirklich ernsthaft daran, ihren Abzug zu verhandeln. So erklärte das State-Department Journalisten nach einem Presseauftritt, in dem sie ihre Verhandlungsbemühungen zur Schau stellten, daß es keine Ahnung habe, wer die "Rebellen" in Kambodscha seien und da sie ihre Führer auch nicht kennen, könnte Lon Nol selbst über seine Kapitulation nicht verhandeln.

Die schlechte militärische Lage wird Lon Nols Unfähigkeit und der Korruption seiner Beamten in die Schuhe geschoben, dabei haben nicht sie, sondern der US-Botschafter und seine Tausenden US-Berater die 'Phantom-Republik Khmer' regiert. Was ihnen fehlt, sind nicht die Waffen und die Organisierung ihres Einsatzes, sondern die Menschen. Sie haben die Schulen, die Universitäten geschlossen und die Gefängnisse gelehrt, die Priester und Mönche aus den Tempeln geholt, um ihre Armee aufzufüllen, aber in der Armee wollen diese nicht ihre Haut zu Markte tragen und außerhalb kämpfen alle in breiter Front gegen die Zwangsrekrutierung.

So bleibt den US-Imperialisten ein weiteres Mal nur der Weg von Kapitulation oder Einsatz eingener Truppen. Und während Ford in jeder Rede, in denen er weitere US-Dollar vom Kongreß fordert, beteuert, ein erneutes Eingreifen durch US-Truppen sei ausgeschlossen, sind schon 1 500 Ledernacken im Golf von Thailand und Okina auf Hubschrauberträgern bereit, um notfalls den Flugplatz Phnom Penhs wieder freizukämpfen, wenn die Stadt zu fallen droht. (Die Welt vom 10.3.1975)



Aber auch dadurch wird die vollständige Niederlage höchstens hinausgezögert. Die Bevölkerung Phom Penhs hofft, die FUNK und die GRUNK noch in diesem Jahr in Phnom Penh begrüßen zu können. Der 2. Nationalkongreß, der am 24. und 25.2.1975 in der befreiten Zone tagte, hat in Vorbereitung die Ausgabe einer neuen kambodschanischen Währung beschlossen und Richtlinien für die Innen- und Außenpolitik festgelegt, in denen es heißt:

"Die FUNK (Nationale Einheitsfront) und die GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit) nehmen im Namen der Nation und des Volkes von Kambodscha das Schicksal des Landes in die Hand. Sie halten fest an der Politik der Vereinigung der ganzen Nation und des ganzen Volkes, ohne Unterschied der sozialen Klassenzugehörigkeit, politischer Richtung, religiösen Glaubens ...

Die FUNK und die GRUNK bauen ein blühendes Kambodscha auf, in dem jeder genügend zu essen hat, anständig wohnt und eine Wohnung besitzt, medizinische versorgt wird und ausgebildet wird.

Nach außen betreibt die FUNK und die GRUNK eine Politik der Neutralität und Blockfreiheit. Sie duldet auf dem kabodschanischen Territorium keinerlei militärische Angriffe basen. Sie hält entschlossen fest an den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz: sie nehmen Beziehungen zu jedem Land auf, ohne Unterschied des politischen oder sozialen Systems, sofern diese Länder die Prinzipien der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der gegenseitigen Interessen des Nichtangriffs und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen respektieren. Die Nation und das Volk von Kambodscha nehmen von jedem Land jede Hilfe an, die ohne Bedingungen gegeben wird." (Nouvelles Breves 186/75)

Zur Behandlung der Anhänger Lon Nols: Außer den 7 führenden Verrätern, die es den USA ermöglichten, Kambodscha zu überfallen, ist die FUNK und die GRUNK bereit, alle aufzunehmen, die die Unterstützung der Verräter aufgeben.

–H.L.–

Zu den Wahlen in Rheinland Pfalz

"Ein müder Wahlkampf" urteilten die Zeitungen über den rheinland-pfälzischen Wahlkampf. Sie hatten recht. Trotz dem obligaten Aufwand an Fähnchen und bedrucktem Papier, an Luftballons und Lautsprecherwagen, den die Parteien der Bourgeoisie zu jeder Wahl auf Kosten des steuerzahlenden Volkes betreiben, und trotz des Einsatzes der reisenden Spitzenpolitiker haben sie in den Wochen vor dieser Wahl nur müde gestritten.

Die SPD führte einen lauwarmen Wahlkampf. Die Koalitionsabsage der FDP, die ihr Mäntelchen wieder mal nach dem stärkeren Wind hängte, brach ihr das eh schon angeknackste Selbstbewußtsein ein. So weit ging dies, daß am Tag vor der Wahl in der Zeitung Anzeigen standen wie: "Mir paßt auch nicht alles an der SPD. Es gibt trotzdem keine bessere Wahl." (Wormser Zeitung vom 8./9.März)

Große Zuversicht spricht nicht gerade daraus, wenn sich eine Partei schon als das kleinere Übel anpreist.

Die FDP schickte Friederichs, der erklärte, "wir" können uns 5 % Arbeitslose leisten. Mit "wir" meinte er seinesgleichen, nicht etwa die Arbeiter.

Neben den Großveranstaltungen gingen die Matadoren auch in Altersheime, in die Betriebe, in Stadtteile. Die Themen, die sie behandelten, waren laut Wormser Zeitung "Arbeitslosigkeit, Schul- und Strukturpolitik". Die Schulpolitik spielte jedoch keinen großen Streitpunkt. Einig waren sich beide Parteien darin gewesen, schon vor der Wahl die Nichteinstellung ausgebildeter Lehrer stillschweigend über die Bühne zu bringen.

Die Strukturpolitik steht in engem Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. Die SPD behauptet, die CDU habe zu wenig Industrie angesiedelt. Die CDU dagegen: "Hätten wir da Industrie angesiedelt, wo die SPD es wollte, hätten wir jetzt noch mehr Arbeitslose." Auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit kam keine der Parteien zu sprechen. Brandt verwies auf andere Länder. Vogel, Kultusminister und CDU-Vorsitzender, sagte, der Verweis auf andere Länder könne die Lage nicht besser machen (womit er recht hat). Besser machen könnte die Lage nur die CDU (womit er unrecht hat). Ein weiteres Thema des Wahlkampfes, besonders in Verbindung mit der Lorenz-Geschichte hochgespielt, wurde die innere Sicherheit. Alle waren sich einig darin, den "Rechtsstaat" zu schützen. Die CDU aber markierte den starken Mann.

Offensiv aufgetreten in dem Wahlkampf ist die CDU. Alles, was in der Landespolitik zu Recht kritisiert werden kann, schob sie einfach der Bundesregierung in die Schuhe. Die SPD befand sich ihr gegenüber auf dem Rückzug. Die deutlichste Konsequenz zog Brandt mit seinem verhüllten Koalitionsangebot an die CDU: "Wenn alle gesellschaftlichen Gruppen mitziehen, können wir im Sommer über dem Berg sein."

Die Massen hat der ganze Wahlrummel nicht sonderlich berührt. Heftige Diskussionen auf der Straße, wie etwa noch zu Zeiten der Ostverträge, gab es darum nicht. (Nicht einmal bei der Lorenz-Entführung, im Gegensatz zum Tod von Holger Meins.) Die Veranstaltungen besuchten meist nur die eigenen Anhänger.

Auf der Straße traten die CDU-ler selbstzufrieden auf, die SPD-ler kleinlaut. Von Reformen wurde nicht viel geredet. Eine Verdrossenheit gegenüber diesen Parteien und der Politik überhaupt machte sich teilweise bemerkbar.

Die Alternative zu den bürgerlichen Parteien ist im Volk also noch nicht klar. Viele Menschen geben noch aus Protest gegen die SPD-Politik der CDU die Stimme oder wenden sich nicht nur von den bürgerlichen Parteien, sondern vom ganzen politischen Leben ab. Die Notwendigkeit, die Kommunistische Partei wieder aufzubauen, ist noch nicht sehr gut verankert.

Die Kommunistische Gruppe Worms war in ihrer Tätigkeit im Wahlkampf gehemmt durch andauernde Auseinandersetzungen mit der Polizei um den KVZ-Verkauf. Es gelang uns zwar, weiter zu verkaufen, auch hatten wir die Bevölkerung auf unserer Seite, aber die Standagitation und die Diskussion litten doch unter der ständigen Beeinträchtigung.

Die Kommunistische Gruppe Worms ist bei den Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien aufgetreten, hat die KVZ verkauft und Diskussionsbeiträge gehalten, wo dies möglich war. Auf den Großveranstaltungen der SPD gelang das nicht, wohl aber bei den Jusos, denen wir ihr eigenes Argument von der Irrationalität des Kapitalismus entgegenhielten. "Ihr sagt, der Kapitalismus ist unvernünftig. Richtig. Aber wie wollt ihr dann, den Gesetzen des Kapitalismus folgend, eine Investitionskontrolle ausüben? Wird er damit vernünftiger und weniger volksfeindlich?" Achselzucken bei den Jusos.

Selbst bei der CDU, wo allein der Gebrauch des Wortes "Volk" ein Riesengeschrei hervorrief, diskutierten wir nach der Veranstaltung eine Weile recht gut mit Bauern, die uns zunächst bloß anpflaumen wollten, bald aber in vielen Fragen uns zustimmen mußten.

Die Kommunistische Gruppe Worms hatte eine größere Veranstaltung zur Lage der Arbeiter in Rheinland-Pfalz und Worms durchgeführt. Sie hat viele Enthüllungen zutage gefördert und eine Diskusssion der Zustände in Worms bewirkt. Nicht gut haben wir es verstanden, die Veranstaltung zu nutzen für die Propagierung des Sozialismus und des Aufbaus der Kommunistischen Partei.

Der Verlauf des Wahlkampfes hat gezeigt, daß im Volk viel Unzufriedenheit mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Parteien vorhanden ist, zugleich aber eine starke Bindung an den Parlamentarismus. Daß der Kommunistische Bund Westdeutschland nicht selbst kandidieren konnte, hat die Bedingungen im Wahlkampf erschwert. Für die Zukunft, damit die Alternative zu den bürgerlichen Parteien, dem bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt deutlicher wird, wird es nötig sein, daß die Kommunisten ihre Propagandatätigkeit verbessern und lernen, politische Bewegungen am Ort zu führen.

–J.W., Kommunistische Gruppe Worms–

Der KBW begrüßt und unterstützt die Einladung von Vertretern der kambodschanischen Regierung in die Bundesrepublik

Vertreter der Pariser Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) werden auf Einladung der Indochina-Komitees auf Solidaritätsveranstaltungen in der Bundesrepublik sprechen. Die Veranstaltungen werden sein
am 24. März in Frankfurt,
am 25. März in Bremen,
am 26. März in Heidelberg.

Spendenkonto
"Kambodscha" Nr. 437 50 92
Bezirkssparkasse Heidelberg,
H.Leberl

Die Spenden werden regelmäßig der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas überwiesen.

Bericht über den Kampf der Kollegen von Stübbe–Demag gegen die Stillegung

Die Kollegen von Stübbe-Demag in Kalletal haben in den letzten zwei Monaten mit verschiedenen Maßnahmen klar gemacht, daß sie die Stillegung des Werkes nicht kampflos hinnehmen werden.

Sie haben schon mehrere Male Proteststreiks und Demonstrationen durchgeführt; über 15.000 Unterschriften wurden in Kalletal gegen die Stillegung gesammelt. Im ganzen Gebiet hängen Plakate gegen die Stillegung. Um das Werk herum haben die Kollegen Transparente aufgehängt mit Aufschriften wie: "Wir wollen Arbeit und Brot – Demag-Mannesmann will unseren Tod."

Vom Montagabend bis Dienstagnachmittag, dem 3./4. März, hielten die Kollegen den Betrieb besetzt (die Kollegen, die ich gesprochen habe, meinten, es sei keine Besetzung gewesen, sondern ein aktiver Streik). Sie protestierten damit gegen die geplante Stillegung und machten klar, daß sie die dazu notwenigen Maßnahmen ergreifen werden. Zuvor hatte Personalchef Langer in verschiedenen Äußerungen gedroht, daß bald einige Kollegen entlassen würden, wenn sie weiterhin so demonstrierten und protestierten. So forderten die Kollegen vor allem auch "Langer raus" und sperrten den Personalchef aus. Die Konzernleitung aus Duisburg (Overbeck) und die Werksleitung ließen sich jedoch auf diese Forderung überhaupt nicht ein. Schon zu Beginn betonten sie, daß dies völlig illusionär sei und drohten mit fristlosen Entlassungen. Trotz konnten die Kollegen einen Teilerfolg erzielen: Die Konzernleitung sicherte schriftlich zu, daß der Personalchef in Zukunft weder alleine Verhandlungen führen darf noch alleine Entscheidungen treffen darf. Außerdem ist zu hören, daß er bald nach Duisburg versetzt werden soll.

Die Demag-Mammesmann-Kapitalisten möchten den Betrieb möglichst ohne Schwierigkeiten stillegen, so benutzen sie jede Gelegenheit, um die Kollegen einzuschüchtern oder ihnen die Luft zu nehmen:

Seit August machen schon viele Kollegen Kurzarbeit bei Stübbe. Vom alten Besitzer her existiert noch ein Sozialfond in Höhe von 1,8 Millionen DM, aus dem den Kollegen in Notlagen Geld ausgezahlt werden kann. Nun hat der Betriebsrat den Antrag gestellt, jedem Kollegen wegen der langen Kurzarbeitsphase 600 DM aus diesem Fond zu zahlen. Die Zustimmung zu dieser Auszahlung müssen ein Vertreter der Werksleitung, ein Vertreter aus dem Finanzbereich des Werkes (leitender Angestellter) und ein Betriebsrat geben, der Antrag wurde gegen die Stimme des Betriebsrates abgelehnt.

Insgesamt ist die Situation die, daß in Kalletal die Kampffront von Stübbe-Kollegen und der Bevölkerung geschlossen steht. In den angrenzenden DGB-Bezirken und im Gesamtkonzern ist die Solidarität jedoch kaum organisiert. Die Gesamtbetriebsrätekonferenz am Donnerstag hat zwar eine Solidaritätsresolution verabschiedet, diese enthält aber keine weiteren Schritte. Es scheint so, als wollten die hauptamtlichen SPD-Gewerkschaftsfunktionäre das Thema Stillegung auf Kalletal begrenzen, damit es ihren Wahlkampf nicht stört.

An Solidaritätsveranstaltungen und anderen Maßnahmen haben aber vor allem die Demag-Mannesmann-Kapitalisten kein Interesse, sie versuchen, die Information über alles, was im Werk passiert, so gering wie möglich zu halten (das Fernseh-Team von Panorama durfte z. B. nicht ins Werk).

Es wird aber darauf ankommen, den Kampf der Kalledorfer Kollegen so breit wie möglich zu unterstützen, diese sind fest entschlossen, diese Stillegung zu verhindern und keine Maschinen aus dem Werk herauszulassen.

–Ortsaufbaugruppe Bielfeld, U.K.–

Aktion „Wasserschlag"

Im Morgengrauen des 5.3. werden in Westberlin, kurz nachdem Peter Lorenz von seinen Entführern freigelassen wurde, drei Jugendzentren von Polizeihorden überfallen, die mit beispielloser Brutalität und Zerstörungswut vorgehen, das Thomas-Weisbecker-Haus unbewohnbar machen, im Georg-von-Rauch-Haus und im Schöneberger Jungarbeiter- und Schüler-Zentrum Mobiliar kurz und klein hauen. die Bewohner mit Maschinenpistolen zusammentreiben und wahllos Jugendliche aus ihrer Mitte festnehmen. Im Laufe des Tages werden zahllose Wohnungen durchsucht; offiziell heißt es 180 Festnahmen.

Ein Lehrer, der auch festgenommen wurde, berichtet, daß allein in der Polizeikaserne Schulzendorf, wo aus drei Bezirken die Festgenommenen hintransportiert werden, über 200 Festnahmen verzeichnet worden seien. Unter den Festgenommenen sind auch 10 Kinder (Entführer?). Sie alle sind inzwischen wieder frei. In der ganzen Stadt werden Straßensperren errichtet, die französische Besatzungsmacht unterstützt mit Panzerspähwagen. Aus Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen werden zusätzliche Polizeikräfte eingeflogen. "Die Jagd hat begonnen" schreibt "Der Abend". Polizeipräsident Hübner versichert, daß die Großfahndung – die größte der Nachkriegszeit in Westberlin – von langer Hand und sorgfältig vorbereitet gewesen sei. Befragt, ob diese Großfahndung nicht ein Schlag ins Wasser gewesen sei, meint er tiefsinnig, man könne sie als Schlag aufs Wasser bezeichnen. Was passiert, wenn man aufs Wasser schlägt? Es zieht Kreise. Das ist nicht zu leugnen, daß diese Polizeiaktion Kreise zieht. Die drei Jugendzentren haben sofort mit einer Presseerklärung, mit einem Plakat, Flugblättern und Stellwänden in der Stadt reagiert und protestiert. 61 Mitglieder der Schaubühne haben sich per Unterschrift "gegen die Brutalität, Zerstörungswut und Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens der Polizei" gewandt, der Vorsitzende des Landesjugendringes, Eckervogt, hat in einem Schreiben an Innensenator Neubauer gegen den Einsatz protestiert. Presse, Rundfunk und Fernsehen kommen um kritische Stellungnahmen nicht herum. Der "Tagesspiegel" veröffentlicht Leserbriefe, in denen es unter anderem heißt "Wehret den Anfängen", Erstaunen geäußert wird, daß "ein Polizeipräsident es nicht für nötig hält, sich den Ort und den Schaden persönlich anzusehen und sich bei den betroffenen Jugendlichen zu entschuldigen", ein Lehrer schreibt, die Art des Vorgehens der Polizei (er wurde auch festgenommen) hätte ihn an Erzählungen älterer Mitbürger aus der Hitler-Zeit erinnert.

Der Polizeipräsident Hübner hat eine Kommission eingesetzt, zwei Juristen, ein Schutzpolizeibeamter, ein Kriminalpolizeibeamter und ein Vertreter des Gesamtpersonalrats angehören. Das könnte ihnen so passen! Die Polizei untersucht sich selbst und wenn der Protest sich nicht legt, läßt man vielleicht auch einen subalteren Beamten über die Klinge springen. Aber es sind nicht die kleinen Bullen, die blindwütig dreingeschlagen haben, die die Verantwortung tragen. Die Verantwortlichen sind die, die die "von langer Hand und sorgfältig vorbereitete Aktion" geleitet haben. Es sind die gleichen, die die Demonstration gegen den § 218 haben verbieten und niederknüppeln lassen, die gleichen, denen es unheimlich wird, wenn das Volk anfängt, seine demokratischen Rechte zu gebrauchen und die sich nun zusammenrotten, um sie einzuschränken, die gleichen, die sich über Bestechung, Vetternwirtschaft oder auch ganz legal die Millionen gegenseitig zuschieben, während die Arbeiter, von denen sie ausgehalten werden, denn wo kommt der Reichtum schließlich her, bestenfalls das Notwendigste zum Leben haben.

Auszug aus dem offenen Brief des Georg-von-Rauch-Hauses, Westberlin

Am 5.3.75, morgens um 2.15 Uhr, umstellten zirka 300 Bereitschaftspolizisten, mobile Einsatzkommandos, Kripobeamte das Georg-von-Rauch-Haus und drangen gewaltsam ein. Sie hatten keinen Durchsuchungsbefehl und gaben an, sie wären wegen "Verdachts der Geiselnahme an Peter Lorenz" da.

Sie schlugen 15 Zimmertüren ein oder zerstörten sie total, obwohl die Schlüssel vorhanden waren.

Die Bewohner wurden nackt oder wie sie im Bett lagen mit Maschinenpistolen im Rücken an die Wand gestellt und mußten längere Zeit mit erhobenen Händen stehen bleiben.

Dann wurden mehrere Betten auseinandergerissen, das Holz mit Äxten und Hämmern zertrümmert, Matratzen aufgeschlitzt, die Schränke umgekippt, Plattenspieler, Verstärker, Schreibmaschinen usw. kaputtgehauen sowie Mülltonnen ausgeschüttet und im Zimmer verteilt. Plakate und Wandzeitungen wurden heruntergerissen und mit Filzschreiber hingeschmiert "KPD-Säue". In der Küche wurden Milchtüten, Mehl, Wurst, Brote aufgeschlitzt, ausgeschüttet oder zertreten.

Am nächsten Morgen diskutierten wir mit unseren Kollegen in Betrieb und Schule über die Razzia. Zuerst fragten einige Kollegen, ob nicht irgendetwas gegen uns vorgelegen hätte. Ja, es liegt was vor:

- Es liegt vor, daß wir Arbeiterjugendliche nicht alleine oder im Lehrlingsheim wohnen, sondern in einem Wohnkollektiv.
- Es liegt gegen uns vor, daß wir uns nicht verwalten lassen, sondern uns selbst verwalten.
- Es liegt gegen uns vor, daß wir die Organisation im Haus nicht von einzelnen machen lassen, sondern zusammen auf dem Plenum beschließen. Wir machen gemeinsam sauber und kochen zusammen.
- Wir müssen arbeiten gehen, um zu leben. Unsere Hauptschüler müssen zur Schule gehen, um was zu lernen. Wir haben Arbeitslose, die Arbeit suchen. Wir haben Hauptschüler, die Lehrstellen suchen und Kollegen, die Kurzarbeit machen müssen.
- Es liegt weiter gegen uns vor, daß wir uns mit unseren Kollegen zusammenschließen, um gegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau und Lehrermangel zu kämpfen.
- Es liegt gegen uns vor, daß wir die Gesundheitsversorgung diskutieren und eine Kinderpoliklinik ins vor Jahren geschlossene Bethanienkrankenhaus fordern.

Wir fragten unsere Kollegen, ob das kriminell ist und den brutalen Polizeiüberfall rechtfertigt. Die meisten Kollegen waren empört darüber, so empört, daß sie, wie bei einem von uns, die Arbeit liegen ließen und diskutierten. Ältere Kollegen meinten, als sie einen Bericht im Fernsehen über die Zerstörungen gesehen hatten: "Das ist ja so wie bei Hitler." Andere konnten sich solche Überfälle gar nicht vorstellen.

Die Presse und Leute vom Senat taten sehr empört, die Jugendsenatorin Ilse Reichel gab jedoch keinen Kommentar. Es wurde so dargestellt, als wären nur einige Polizisten ausgerastet.

Aber sind das nicht Krokodilstränen?

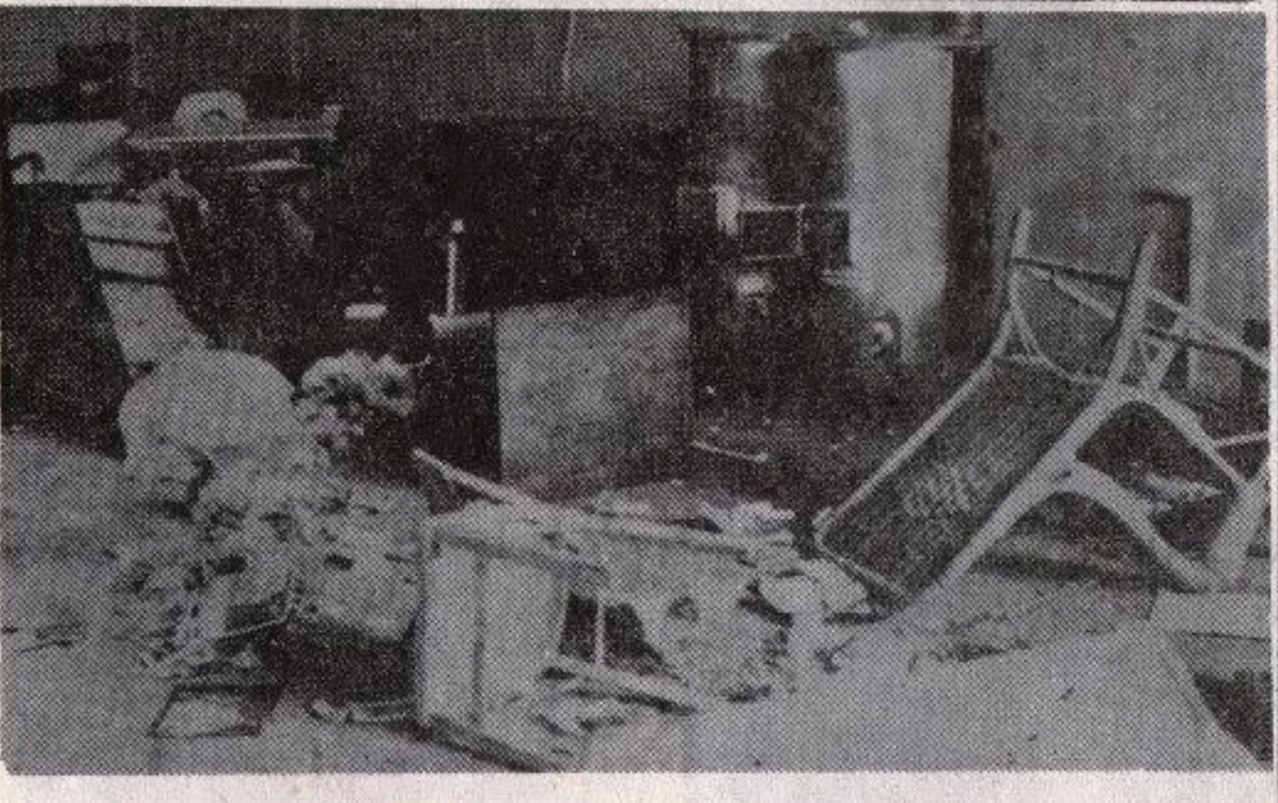
Diese Polizeiüberfälle waren gezielt dazu da, um alle Jugendlichen, die sich zusammengeschlossen haben, um den Kampf gegen ihre schlechte Situation aufzunehmen, zu kriminalisieren. Dies wird ihnen nicht gelingen. Wir werden weiter Flugblätter und Plakate herstellen, um die Öffentlichkeit zu informieren. Wir werden auch weiter mit unseren Kollegen diskutieren.

Auf unseren Plakaten, die wir letzte Nacht auf den Straßen geklebt haben, steht:

Die Jugendarbeitslosigkeit können sie nicht verhindern!
Jugendzentren können sie zerstören!
Doch unseren Kampf können sie nicht aufhalten!
unseren Kampf – für Selbstbestimmung in den Jugendzentren
unseren Kampf – für die Selbstbestimmung der Arbeiterklasse über die Produktion
unseren Kampf – für den Sozialismus

Georg-von-Rauch-Haus
8.3.1975





Die Allparteienregierung der Inneren Sicherheit

Wenn die großen bürgerlichen Parteien jetzt einen heftigen Streit um die "Innere Sicherheit" beginnen, dann hat das mit dem Fall Lorenz gerade noch soviel zu tun, wie die bürgerlichen Parteien versuchen, den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates und den Abbau demokratischer Rechte mit diesem spektakulären Fall zu bemänteln und zu rechtfertigen.

Geplant war die sogenannte Sicherheitsdebatte im Bundestag schon vor dem Fall Lorenz. Sieht man sich die Tatsachen der sogenannten Sicherheitspolitik an, so ist zu fragen, worüber streiten sich dabei eigentlich die bürgerlichen Parteien. Die Tatsachen sind:

Seit der Großen Koalition von 1967, in der SPD und CDU/CSU gemeinsam gegen breiten Widerstand die Notstandsgesetze durchdrückten, ist jeder Schritt zum Ausbau des staatlichen Gewaltapparates von allen Parteien gemeinsam vorgenommen worden. So der **Ausbau des Bundesgrenzschutzes zu einer Bürgerkriegsarmee**, die gegen Aufstände des Volkes und gegen Streiks eingesetzt werden kann. So der **Aufbau von Todeskommandos, den sogenannten Mobilen Einsatzkommandos (MEK)**, die vor allem geeignet sind, gezielten Einzelterror im Volk auszuüben, und deren "Erfolge" Todesschüsse auf unbescholtene Bürger waren (Jendrian, McLeod). So der **Ausbau des Verfassungsschutzes**, finanziell und personell zur Erweiterung seines großen Spitzelheeres. So der **Ausbau des Bundeskriminalamtes** zu einer Polizeizentrale, die über 2 Millionen Bürger mit Fingerabdrücken und Lebensdaten in ihren Karteien erfaßt hat. Alle diese Maßnahmen haben die bürgerlichen Parteien gemeinsam getroffen.

Mit den Innenminister- und Justizministerkonferenzen hat sich diese Allparteienregierung der Inneren Sicherheit Organe geschaffen, die alle Maßnahmen abstimmen und zugleich auch nicht mehr der formalen Kontrolle durch ein Parlament unterworfen sind. Diese Länderministerkonferenzen, bei denen auch der Bundesinnenminister und Bundesjustizminister teilnimmt, haben jeweils ständige Ausschüsse gebildet, die die zu beschließenden Maßnahmen ausarbeiten. In weiteren Unterausschüssen arbeitet auch die Gewerkschaftsspitze der ÖTV mit ihrer "Hauptabteilung Polizei" mit. Die Beratungen dieser Ausschüsse und der Ministerkonferenzen und auch ein großer Teil ihrer Beschlüsse bleiben geheim. Aus einem Rundschreiben der ÖTV Hauptabteilung Polizei kann man leicht ersehen, daß die Bekämpfung anarchistischer Gruppen ihnen viel weniger Sorgen macht als die polizeiliche Behandlung der großen politischen Demonstrationen und Kundgebungen, der Kämpfe gegen Fahrpreiserhöhungen und Kernkraftwerke, Säuberung des öffentlichen Dienstes und der Schulen von fortschrittlichen Personen, Überwachung von Ausländern usw..

In allen diesen Fragen haben sich die bürgerlichen Parteien geeinigt, sowohl die Bundesregierung als auch die Opposition und die Vertreter der verschieden regierten Bundesländer. Die Allparteienregierung der Inneren Sicherheit besteht. Sie sind sich einig, daß die Polizei Demonstrationen, die gegen den bürgerlichen Staat gerichtet sind, polizeilich bekämpft, sie sind sich einig, den Bundesgrenzschutz einzusetzen gegen größere Streiks und Massenbewegungen, sie sind sich einig in der Entrechtung der Ausländer und in der Säuberung des öffentlichen Dienstes und der Schulen von allen Personen, die sich vor den herrschenden Verhältnissen nicht beugen, sie sind sich einig im Ausbau des staatlichen Gewaltapparates gegen die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Bewegungen im Volk. Warum also entfachen sie einen heftigen Streit um die Innere Sicherheit?

Die bürgerlichen Parteien versuchen, politisch die Schotten dicht zu machen

Der Streit der bürgerlichen Parteien über die Innere Sicherheit hat seine Ursache darin, daß die gemeinsamen Maßnahmen zur Aufrüstung des bürgerlichen Staatsappartes keineswegs bewirkt hat, daß die Arbeiterklasse auf Streiks verzichtet, daß das Volk auf die Durchsetzung seiner Interessen in breiten und heftigen demokratischen Kämpfen verzichtet. Breite Demonstrationen und Streiks gegen Stillegungen, Demonstrationen gegen die Jugendarbeitslosigkeit, der bisher erfolgreiche Kampf gegen das Kernkraftwerk in Wyhl, die Bewegung gegen den § 218, die breiter geworden ist, obwohl vom Verfassungsgericht illegalisiert, zeigen, daß das Volk gegen die Maßnahmen des bürgelichen Staates und der Verteidiger der kapitalistischen Ordnung breiter und stärker werdende Kämpfe führt. **Das heißt, wenn auch der Staatsapparat weiter ausgebaut wurde, so haben die Vertreter der bürgerlichen Ordnung politisch überall dort Niederlagen zu verzeichnen, wo die bestehenden Verhältnisse mit den Bedürfnissen der Volksmassen zusammenstoßen, und die Arbeiterklasse und das Volk um ihre Rechte kämpfen.**

Es muß den bürgerlichen Parteien und dem kapitalistischen Staat insgesamt in dieser Situation darauf ankommen, zu verhindern, daß der Widerstand an vielen Punkten zusammengefaßt wird zum einheitlichen Kampf der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse gegen die Wurzel des Übels, gegen die kapitalistische Ausbeutung und gegen den kapitalistischen Staat, der die Ausbeuterordnung insgesamt verteidigt. Deshalb wollen die bürgerlichen Parteien politisch in die Offensive kommen. Und sie versuchen dies durch einen Schaukampf um die Verteidigung der Verfassung der bestehenden kapitalistischen Ordnung, die sie als die Sicherheit des Einzelnen durch die Sicherheit und Stärkung des Staatsapparates ausgeben. Insbesondere die CDU/CSU versucht dabei, die durch die kapitalistische Krise immer größer werdende Unsicherheit der materiellen Existenz der werktätigen Bevölkerung auf die angeblich lasche Sicherheitspolitik der SPD/FDP-Regierung und ihre leeren Reform- und Demokratieversprechungen zu schieben.

Diese hätten das Volk einerseits betrogen, andererseits unerfüllbare Hoffnungen geweckt, und vor allem das Unternehmertum so verunsichert, daß es nicht mehr zu den notwendigen Investitionen bereit sei.

Darauf antwortet die SPD, daß die Regierung die Maßnahmen der Inneren Sicherheit vorangetrieben habe, gewaltige finazielle Mittel für den Ausbau des Staatsapparates bereitgestellt habe und schließlich den Unternehmern ein gewaltiges staatliches Subventionsprogramm zur Förderung ihrer Investitionen bereitgestellt habe und keine Reform durchgeführt haben, die das freie kapitalistische Unternehmertum auch nur antastet. Der heftige Streit zwischen den bürgerlichen Parteien geht also über die einzige Frage, wie am besten die kapitalistische Ausbeuterordnung geschützt und die Interessen des Kapitals vertreten werden können. So erklärt z. B. die SPD/FDP-Regierung zum CDU-Entwurf einer Gesetzesänderung des Demonstrations- und Versammlungsrecht, daß die bestehenden Regelungen noch geeigneter seien als die Vorschläge der CDU/CSU, das Demonstrationsund Versammlungsrecht einzuschränken, um die bestehende staatliche Ordnung zu sichern. Bei allen Vorwürfen der CDU/CSU antwortet die SPD: das machen wir doch schon auf der Basis der gemeinsamen Beschlüsse der Inneren Sicherheit.

Das Wesen des Streits der bürgerlichen Parteien um die Innere Sicherheit besteht darin, die Bevölkerung politisch darauf festzulegen, daß die Auseinandersetzung nur darum geführt werden darf, was diesem Staat und der Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse dient. Damit wollen sie verhindern, daß sich in der Arbeiterklasse die politische Alternative zu den bestehenden Verhältnissen herausbilden kann. Zumindest auf der Ebene des Wahlkampfes gelingt es ihnen noch, die Auseinandersetzung im Volk auf die Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Parteien zu polarisieren. Solange es den bürgerlichen Parteien gelingt, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen auf ihre Auseinandersetzung um Regierungssessel zu kanalisieren, bleibt die Kapitalistenklasse stark. Daß diese Stärke gegenwärtig geringer ist, als es die Wahlergebnisse zeigen, sieht man an den tatsächlichen Klassenkämpfen und Volkskämpfen, in denen keine der bürgerlichen Parteien ihren Einfluß behaupten kann. Entscheidend wird es dabei sein, daß die Arbeiterklasse politisch die Führung gewinnt, ihre kommunistische Partei aufbaut und die Kämpfe des Volkes zusammenfaßt auf den Sturz der Ausbeuterordnung.

–bb–

Dregger und Jaeger für die Wiedereinführung der Todesstrafe

Aus Anlaß der Entführung von Peter Lorenz haben Dregger und Jaeger aufs neue ihren Lieblingsvorschlag gemacht: Wiedereinführung der Todesstrafe.

Dregger und Jaeger gehören zu denen, die lauthals den Paragraphen 218 verteidigen unter Hinweis auf den Grundsatz der Unversehrbarkeit der Person und den Schutz des Lebens. Wie will das dazu passen, daß sie gleichzeitig genauso lauthals die Todesstrafe befürworten? Der Widerspruch löst sich einfach: Es kommt ihnen in beiden Fällen darauf an, dem bürgerlichen Staatsapparat soviel Knüppel wie möglich in die Hand zu geben. Diese Reaktionäre sind in allen einzelnen Fragen völlig prinzipienlos und doch verfolgen sie stets ein Prinzip: Stärkung des bürgerlichen Staatsapparates gegenüber dem Volk. Solche Reaktionäre haben in revolutionären Zeiten schon häufig an Laternenpfählen geendet, weil sie sich dem Volk vollständig verhaßt gemacht haben.

Die Betriebsratswahlen als Schlag gegen die Kapitalisten führen

Bei den Betriebsratswahlen, die gegenwärtig in den meisten größeren Betrieben vorbereitet werden, kommen hauptsächlich zwei Fehler vor, denen die Kommunisten entgegentreten müssen, damit diese Wahlen zu einem Erfolg für die Arbeiter und zu einem Schlag gegen die Kapitalisten werden.

Erstens wird nicht überlegt, zu welchen Bedingungen und zu welchem Zweck diese Wahlen stattfinden, welchen Charakter diese Wahlen haben. Zweitens trifft man überall auf die Auffassung, entscheidend sei, welche Personen nachher im Betriebsrat hocken und deswegen heiligt der Zweck die Mittel. Schon die Aufstellung der Kandidaten vollzieht sich daher häufig nach der Methode des bürgerlichen Wahlrummels und der bürgerlichen Intrigenwirtschaft.

Die heutige Betriebsverfassung ist widersprüchlich.

Auf der einen Seite enthält sie für die Arbeiter das gesetzliche Recht, sich gegenüber ihrem Kapitalisten zusammenzuschließen. Das heißt, der Zusammenschluß einer Belegschaft kann auch bei schwachen Kräften gegenüber der Willkür des einzelnen Kapitalisten durchgesetzt werden. Das Gesetz errichtet also eine Schranke gegen die wirtschaftliche Macht des Kapitalisten. Er kann sich das unbequeme Element nicht mehr nach Belieben vom Hals schaffen, indem er den Kauf der Arbeitskraft beendet und den Mann rausschmeißt.

In der Praxis sieht man sofort, daß dieses Recht der Arbeiter hoch eingeschätzt werden muß, weil es ausgezeichnet benutzt werden kann. In Betrieben, wo die Belegschaft schwach und die Willkür des Kapitalisten dementsprechend groß ist, beginnt heutzutage der Aufbau der Gewerkschaftsbewegung regelmäßig mit der Bildung eines Betriebsrates.

Die heutige Betriebsverfassung enthält also ein Zugeständnis an die Arbeiter. In der gegenwärtigen Gesellschaft befindet sich aber die politische Macht in den Händen der Kapitalistenklasse. Gesetze, die der kapitalistische Staat verabschiedet, sind stets da, um den Interessen der Kapitalisten die größtmögliche Geltung zu verschaffen.

Man muß nicht lange suche, um festzustellen, daß dies auch für die Betriebsverfassung zutrifft. Kaum daß das Gesetz den Arbeitern das Recht zugesteht, sich gegenüber ihrem Kapitalisten zusammenzuschließen, diktiert es ihnen auch schon den Zweck dieses Zusammenschlusses. Dem Betriebswohl soll er dienen, also dem Kapitalisten. Nach diesem Gesetz soll der Betriebsrat eingreifen, wenn der Kapitalist im Begriff ist, sich selber zu schaden. Dann kommt die Stunde des Betriebsrates und bei diesem Geschäft ist es dann auch gesetzlich geschützt. Und damit auch sichergestellt ist, daß der Betriebsrat nichts tun kann, als den Kapitalisten mahnen und eventuell Gerichte anzurufen, ist ihm auch die Friedenspflicht aufgebrummt.

Wir sehen, die bürgerliche Betriebsverfassung macht den Arbeitern ein Zugeständnis und kaum daß sie es gemacht hat, kommt ein Wust von Einschränkungen, die dieses Zugeständnis aufheben sollen.

Die Praxis zeigt, ganz gelingt das nicht.

Wie der Kapitalist eine außergesetzliche, wirtschaftliche Macht hat gegenüber dem Arbeiter, den er kaufen kann oder auch nicht, entwickelt der Zusammenschluß der Belegschaft eine außergesetzliche Gewalt gegenüber dem Kapitalisten. Ohne die Belegschaft kann der Kapitalist nicht produzieren, kann nicht ausbeuten, kann nicht verdienen. Wenn die Belegschaft sich zusammenschließt, dann muß der Kapitalist in vielen einzelnen Fragen nachgeben. Oft ist es so, daß ein Kapitalist oder eine Geschäftsleitung angesichts dieser Tatsache Zugeständnisse machen müssen, die über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen. Die bloße Tatsache, daß die Belegschaft das Recht hat, sich gegenüber dem Kapitalisten zusammenzuschließen, ermöglicht eine Kraftentfaltung gegen den Kapitalisten. Diese Kraft kann freilich bloß entwickelt werden, wenn und insofern es gelingt, den gesetzlichen Zusammenschluß der Arbeiter gegenüber dem Kapitalisten zum Ansatzpunkt des bewußten Zusammenschlusses gegen den Kapitalisten zu benutzen. Und das ist die Aufgabe bei den anstehenden Betriebsratswahlen.

Auf Forderungen einigen.

Offenbar kann man einen bewußten Zusammenschluß der Belegschaft bloß erreichen, indem man sich auf Forderungen einigt. Und es können diese Forderungen bloß an den Kapitalisten gerichtet sein. Gegenüber dem Kapitalisten hat man das Recht durchgesetzt, sich zusammenzuschließen und die Not, sich zu wehren. Er ist der Ausbeuter der Arbeitskraft. Es gibt Leute, die vom parlamentarischen Kretinismus stark angefressen sind und in den Betriebsratswahlen bloß eine Gelegenheit erblicken, Stimmen zu sammeln, sich bestätigen zu lassen, sich wählen zu lassen und dann nach ihren "Gewissen" zu entscheiden. In der Hauptsache handelt es sich dabei um Sozialdemokraten. Manche Linken machen es aber auch nicht besser. Sie suchen die Einheit der Belegschaft herzustellen, indem sie mehr Demokratie bei der Aufstellung der Kandidaten verlangen. Worunter sie dann Geschäftsordnungsfragen beim Kandidatenaufstellen meinen, was eine magere Vorstellung von Demokratie ist.

Mit einer Geschäftsordnung für die Aufstellung der Kandidaten wird man aber den Kapitalisten nicht schrecken können, seine Willkür nicht zügeln können. Man wird den Kapitalisten bloß für Zugeständnisse reif schießen können in den Betriebsratswahlen, wenn man sie nutzt, um einmütige Forderungen der Belegschaft herauszuholen und auf den Tisch zu legen.

Das ist auch die einzige Möglichkeit, die Demokratie bei der Aufstellung der Kandidaten zu entwickeln und vor allem, sie auf die Arbeit des Betriebsrates auszudehnen. Prüfung der Kandidaten, Prüfung der Arbeit des Betriebsrates anhand von Forderungen, die gegen den Kapitalisten gerichtet sind, Festlegung auf solche Forderungen, das ist entscheidend, damit bei diesen Wahlen mehr herauskommen kann als ein Austausch von Figuren.

–M.F.–

Betriebsratswahl: Kollegen bei der Stimmabgabe

Wie eine Belegschaft ihren Betriebsrat zu ihrem Instrument machte

Heidelberg, Max-Planck-Institut für Kernphysik: Wie gelang es der Belegschaft, den Betriebsrat an ihre Beschlüsse zu binden

Am 3.3.75 erschien ein "Kommentar" (Betriebszeitung des KBW) für die Kollegen am Max-Planck-Institut für Kernphysik in Heidelberg, in dem zum ersten Mal eine wichtige Waffe der Belegschaft untersucht wird: Wie gelang es der Belegschaft, den Betriebsrat an ihre Beschlüsse zu binden und zu einem Organ ihrer Interessen zu machen?

Der Betrieb existiert seit Anfang der sechziger Jahre und beschäftigt heute etwa 400 Kollegen. Einen Betriebsrat gab es hier bis 1970 nicht. Unmut über soziale Ungerechtigkeiten, willkürliche Maßnahmen von Vorgesetzten, Professoren und deren Handlanger aus der Verwaltung gegen die Belegschaft brachten eine Initiative in Gang, die eine Betriebsratswahl zum Ziel hatte. Vier Kollegen begannen, intensiv die Situation der Belegschaft zu untersuchen. Die Gewerkschaftsmitglieder des Betriebes schlossen sich dem an. Fast alle Kollegen haben früher in Industriebetrieben gearbeitet und einige von ihnen haben dort schon Erfahrungen mit Betriebsräten gemacht, die nicht die Interessen der Belegschaft vertraten. Deswegen waren sie jetzt bemüht, an diesem Betrieb einen Betriebsrat aufzubauen, der die Interessen der Belegschaft vertritt. Sie waren sich darüber im klaren, daß der Betriebsrat nicht eine Institution werden darf, die einigen Leuten im Betrieb zur Karriere verhilft. Ein Wahlprogramm wurde von der Gewerkschaftsgruppe verabschiedet, auf das sich auch nicht gewerkschaftlich organisierte Kollegen stellten. Es enthielt u. a. folgende Punkte: Laufende Kontrolle der Tätigkeitsbeschreibungen und der tarifgerechten Eingruppierung, Kontrolle der Arbeitsplätze durch die Berufsgenossenschaft, Öffentlichkeit bei Betriebsratssitzungen, Kontrolle und Vetorecht bei Einstellung von Vorgesetzten, Abwählbarkeit des Betriebsrates durch die Belegschaft.

Diese Forderungen wurden durch Flugblätter im Betrieb verbreitet und die Belegschaft aufgefordert, nur Kandidaten aus ihren Reihen aufzustellen, die diese Forderungen unterstützen. Der Belegschaft leuchteten diese Forderungen ein und sie unterstützten sie in der Wahl. Neben den Vertretern der oben genannten Plattform wurden aber auch noch andere in den Betriebsrat gewählt, die sich als "neutral" oder "unabhängig" ausgaben. Die Kollegen, die aufgrund der Wahlplattform gewählt wurden, mußten schon 1972 zurücktreten:

Die Belegschaft fordert den Betriebsrat zum Rücktritt auf

Einer der "Neutralen", der gleichzeitig Mitglied des Direktoriums war, verfolgte u. a. Ziele, die nur seiner Person nutzten. (Sein Interesse an einer 7-Zimmer-Werkswohnung ließ die Interessen anderer Kollegen in den Hintergrund geraten.) Die Vertreter der Wahlplattform stellten sich ihm in den Weg, um die Interessen der Belegschaft zu wahren. Das führte dazu, daß der "Neutrale" seine Anhängerschaft im Betrieb mobilisierte und in der nächsten Betriebsversammlung seinen Rücktritt erklärte. Den Rücktritt begründete er damit, daß er mit dem Betriebsrat nicht mehr zusammenarbeiten kann; im Betriebsrat vorwiegend über "private" Angelegenheiten geredet wird ... und die, die sich als ÖTV-Gruppe ausgeben, seien in Wahrheit Kommunisten und Mitglieder der damaligen Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum).

Die Belegschaft, vom Wunsch nach einem einigen Betriebsrat getragen, forderte den Betriebsrat zum Rücktritt auf. Für die Vertreter der Wahlplattform war es selbstverständlich, daß sie zurücktraten. Sie haben jedoch erkannt, daß sie einen Fehler begannen haben: Denn eine Rücktrittsforderung kann nur dann eine richtige Sache sein, wenn ein Betriebsrat gegen den Willen der Belegschaft verstößt (z. B. wenn er Beschlüsse der Belegschaft mißachtet), wird aber zum Schaden der Belegschaft, wenn sie nur zu privaten Zwecken einzelner Betriebsratsmitglieder mißbraucht wird. Deswegen gaben die ÖTV-Kollegen eine umfassende Dokumentation über ihre bisherige Arbeit an die Belegschaft. Andererseits nahmen sie die Korrektur des bisherigen Fehlers vor: Die Belegschaft faßt in allen sie betreffenden Angelegenheiten Beschlüsse. Diese Beschlüsse gegenüber der Direktion durchzusetzen, ist Aufgabe des Betriebsrates. Der Betriebsrat ist der Belegschaft zur Rechenschaft verpflichtet. Erfüllt der Betriebsrat die Beschlüsse nicht oder verstößt er gegen sie, wird er abgewählt. Die Belegschaft wählte die Kandidaten der ÖTV-Liste mehrheitlich.

An welchen Punkten zum Beispiel setzte die Belegschaft ihren Betriebsrat ein?



Mit dieser Bandsäge werden von Meteoriten Scheiben abgetrennt. Für eine Scheibe werden rund 184 Stunden gebraucht. Dabei werden 30 etwa 60 Meter lange Sägebänder gebraucht. "Eine in Deutschland einmalige Leistung" schaffte im Heidelberger Max-Planck-Institut für Kernphysik eine Bandsäge. So der Text zu diesem Bild aus dem offiziellen 'Max-Planck-Gesellschafts-Spiegel'. In Wahrheit handelt es sich um die Leistung eines Arbeiters, der die Anlage selbst aufbaute und seit Jahren unter schlechtesten und sicherheitswidrigen Umständen arbeiten muß.

Für einen freien Freitag im Monat

Nach Einführung der Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden in der Woche im öffentlichen Dienst, versuchte die Direktion die zwei Stunden so zu legen, daß die bisher gewährten freien Tage um Weihnachten wegfallen. Als die Direktion dieses Vorhaben in einer Betriebsversammlung mitteilte, stellte sich die Belegschaft dem entgegen. Die Gewerkschaftsgruppe stellte den Antrag: Die Belegschaft möge beschließen, daß der Betriebsrat gegenüber der Direktion dafür eintritt, daß an Freitagen um zwei Stunden kürzer gearbeitet wird. Als sich der Betriebsratsvorsitzende dem entgegenstellte, beschloß die Belegschaft: 1. die Beschlüsse der Belegschaft sind für den Betriebsrat bindend und 2. muß sich der Betriebsrat für die Kürzung der Freitage um zwei Stunden gegenüber der Direktion einsetzen! In einer erneuten Betriebsversammlung beschloß die Belegschaft endgültig, daß je ein Viertel der Belegschaft einen freien Freitag im Monat hat.

Diese Regelung wurde dann gegen die Direktion durchgesetzt.

In der Tat ist die Abwählbarkeit und die Bindung des Betriebsrats durch Beschlüsse der Belegschaft kein Rezept, sondern eine Waffe der Belegschaft, die sich in konkreten Auseinandersetzungen um die Rechte der Belegschaft bewährt.

Keine Streichung des übertariflichen Urlaubs!

Die Direktion will jetzt der Belegschaft den bisher gewährten übertariflichen Urlaub streichen. (Es handelt sich um Mehrurlaub als Lohnausgleich für technisches Personal, das aus der Industrie angeworben wurde und hier weniger Lohn bekam, dafür mehr Urlaub als der Tarif vorsah.)

Ein entsprechender Propagandatornado der Direktion läßt es einigen Betriebsratsmitgliedern unmöglich erscheinen, den Urlaubsanspruch zu erhalten. Gleichzeitig schlägt die Direktion eine immer noch "großzügige" Lösung vor, die allerdings nur noch ein Jahr anhalten soll. Die Betriebszelle des KBW analysierte die Situation und wandte sich im "Kommentar" an die Belegschaft und mobilisierte ihre Kräfte für die nächste Betriebsversammlung. Dort faßte die Belegschaft folgende Beschlüsse: Der Betriebsrat muß alle Kampfmittel zur Erhaltung des bisherigen Urlaubs einsetzen, auch gerichtliche Schritte. Der Betriebsrat muß über die Verhandlungsergebnisse der Belegschaft berichten. Dadurch hat der Betriebsrat ein Votum der geschlossenen Belegschaft, das seine Kampfkraft erhöht. Der Betriebsrat muß jetzt zur Wahrung der Interessen der Belegschaft initiativ werden und das Vorhaben der Direktion verhindern. Er kann nicht mehr vertrauensvoll mit der Direktion zusammenarbeiten, sondern muß ihr mißtrauisch gegenübertreten und sein weiteres Vorgehen mit der Belegschaft abstimmen. An dieser Stelle sieht die Direktion einen Verstoß gegen § 2 Betriebsverfassungsgesetz, wo Betriebsrat und Direktion zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet werden, der Betriebsrat dies jedoch nicht tut. Die beschriebene Arbeit des Betriebsrates in enger Zusammenarbeit mit der Belegschaft steht der Direktion im Wege. Die Direktion greift den Betriebsrat und besonders einzelne Mitglieder an. Hier wird eine andere Seite der Waffe deutlich: Betriebsratsmitglieder, die entschlossen für und mit der Belegschaft zu kämpfen bereit sind, werden durch die Belegschaft von denen geschieden, die den Betriebsrat eigentlich nicht als Kampforgan der Belegschaft ansehen möchten. Die letzteren sind es, die erst durch den Beschluß der Belegschaft gezwungen worden sind, dem Direktor die Stirn zu bieten. Um sich von dem Druck, der durch die Beschlüsse der Belegschaft auf ihnen lastet, zu befreien, treten manche von ihnen zurück.

Sie müssen erkennen, daß sie aus der Umklammerung durch die Beschlüsse der Belegschaft nicht mehr herauskommen. Die Mehrheit der Belegschaft hat erkannt, daß sie einen Betriebsrat braucht, der ein Hebel ist, mit dem sie ihre Interessen durchsetzen kann.

–R.F.–

Harnischfeger Dortmund:

Zur Wehr gesetzt

Proteststreik gegen Rationalisierungsmaßnahmen

Dortmund. Die Fusion von Rheinstahl und Thyssen Anfang letzten Jahres führte in Dortmund zur Einrichtung eines Betriebes für Hebetechnik, der zu 49 % zu Thyssen und zu 51 % zu dem amerikanischen Konzern Harnischfeger gehört.

Bereits Mitte letzten Jahres wurden aus Rationalisierungsgründen 400 Arbeiter und Angestellte gekündigt. 200 von ihnen, meist ältere Kollegen, haben bis heute noch keinen neuen Arbeitsplatz. Im Zuge weiterer Einsparungen auf Kosten der Arbeiter wurden die Sanitätsposten für die Spät- und Nachtschicht aufgehoben, die Lehrlingswaschkaue geschlossen und Arbeiter und Lehrlinge in zwei Kauen (bisher drei) gestopft, eine Pförtnerstelle wegrationalisiert und das Tor einfach geschlossen. Dagegen fand ein Proteststreik statt. Etwa 300 Arbeiter von 700 Beschäftigten versammelten sich am 28. Februar in der Nähe des Tores und verlangten vom Betriebsrat (SPD), daß er sich für die weitere Öffnung des Eingangs einsetzen soll. Der wiegelte aber ab mit Sprüchen wie "Sicherung der Arbeitsplätze" und verschwand dann. Daraufhin löste sich die Versammlung auf. In der Sache war das ein Mißerfolg. Der Streik zeigte aber die Entschlossenheit der Arbeiter, sich nicht einschüchtern zu lassen.

Bei Harnischfeger werden heute wieder Entlassungen angedroht. Bis zum 1. Juni sollen 44 Beschäftigte, davon 40 Angestellte und 4 Arbeiter, gekündigt werden.

Bereits jetzt wurden 4 Maschinenschlosser rausgeschmissen. An den freigewordenen Arbeitsplatz jedoch setzten die amerikanischen Kapitalisten einen neueingestellten, bisher arbeitslosen Schlosser. Es ist den Kapitalisten dabei also nicht nur um Einsparung gegangen, sondern gleichzeitig sollte ein Beispiel zur Einschüchterung und Spaltung der Belegschaft gegeben werden. Daß ihnen das bis jetzt noch nicht gelungen ist, erfährt der "Neue" täglich: Er wird von den Kollegen geschnitten. Einige erkannten aber schon das Spaltungsmanöver und arbeiten dann, die Einheit wieder herzustellen.

Während auf der einen Seite entlassen wird, werden in einigen Bereichen, zum Beispiel im Maschinenbau, Samstagsschichten eingelegt. Darüber sind einige Kollegen auch besonders "froh", weil sie nämlich dann genügend Geld machen, wenn sie Überstunden klotzen.

Auch die Lehrlinge bekommen das Sparen zu spüren. Drei Lehrlinge sind eingestellt worden, um mit einem Arbeiter zusammen drei Monate lang für die Produktion zu malochen. Angeblich lastet auf der Lehrwerkstatt eine innerbetriebliche Schuld von 38 000 DM pro Lehrling, die jetzt rausgeholt werden soll. Die Schlosserlehrlinge in der Lehrwerkstatt arbeiten nun auch nur produktiv, wobei sie noch angetrieben werden, schneller zuzulangen. Um gegen all diese Folgen der Krise für die Arbeiter angehen zu können, braucht die Belegschaft einen Betriebsrat, der klarstellt, daß Stillhalten nichts nützt, und der durch sein entschlossenes Vorgehen die Einheit unter den Arbeitern herstellt. Dieser Aufgabe hat sich der bisherige Betriebsrat entzogen. Im April stehen nun Betriebsratswahlen an. Es ist notwendig, daß die Kandidaten auf Forderungen der Arbeiter festgelegt werden, damit die zukünftigen Betriebsräte konsequent die Interessen der Arbeiter durchsetzen.

M., Ortsaufbaugruppe Dortmund

Ford

Kann die Belegschaft jetzt aufatmen?

Belegschaft um 8632 Arbeiter seit Januar 1974 verkleinert / 30% der Bandarbeiter entlassen

Köln. Überall im Betrieb verschärfen sich die Diskussionen um die nächste Zukunft. "Wird es wieder aufwärts gehen?", "Sind jetzt unsere Arbeitsplätze sicher?", "Wie wird sich die wirtschaftliche Lage entwickeln?", das sind die Kernfragen in den Abteilungen.

Solche Fragen sind für die Ford-Kollegen nur zu verständlich, denn das ganze letzte Jahr über und auch dieses Jahr noch schwebte über jedem Kollegen die Entlassungsdrohung. Von Januar 1974 bis Ende Januar dieses Jahres verkleinerte sich die Belegschaft um genau 8 632 Arbeiter und Angestellte. Ca. 4 000 davon wurden unter Zuhilfenahme der sogenannten "Abfindung" vor die Tür gesetzt.

Jetzt auf einmal, im März, soll nach den Worten des Vorstandes wieder alles aufwärts gehen.

Der "Kölner Stadtanzeiger" veröffentlichte mehrere Interviews mit Generaldirektor Lutz, der sich durchweg hoffnungsvoll zeigte. "Ford Köln sieht optimistisch in die Zukunft", unter dieser Schlagzeile lief die Berichterstattung. Garniert wurden solche Meldungen durch Artikel, die das neue Escort-Modell in den Himmel lobten und die von vollen Bestellisten für Ford-Autos bei den Händlern zu berichten wußten.

Die Kollegen wissen nicht, ob sie solchen Meldungen trauen dürfen. Zwar würden sie allzu gerne daran glauben, endlich wieder ohne Kurzarbeit und ohne Entlassungsangst leben zu können, zum anderen ahnen bzw. befürchten sie, daß diese Art von Optimismus teuer von ihnen bezahlt werden muß:

– Es fing damit an, daß die Kapitalisten und auch die Sozialdemokraten im Betriebsrat wie selbstverständlich davon sprachen, sich jetzt in den Lohnvorstellungen zu mäßigen. Personaldirektor Bergemann: *"Jeder muß seine Wachstumsraten des Wohlstandes zurückschrauben."* Aber auch Betriebsratsvorsitzender Lück: *"Die Tarifrunde '75 ist abgeschlossen und man kann aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation feststellen, mit einem vertretbaren Ergebnis."* Vertretbar aber sind die 6,8 % angesichts der Teuerung im Lebensmittelbereich von über 7 % allerdings nur für die Kapitalisten.

– Es ging weiter damit, daß laufend Kollegen aus einzelnen Hallen versetzt werden, daß ihre Arbeitsbedingungen dadurch schlechter werden, und daß sie froh sein können, noch den alten Lohn zu bekommen.

– Nach den Worten der Geschäftsleitung besteht für bestimmte Kollegengruppen noch immer ein "Personalüberhang". Deshalb meint Bergemann, daß man ältere Kollegen vorzeitig pensionieren sollte, Angestellte sollten auf Arbeiterlohn zurückgestuft werden usw..

– Das Schlimmste aber ist die inzwischen fast im ganzen Werk in dieser oder jener Form auftretende Steigerung der Arbeitshetze und die teilweise Verlängerung des Arbeitstages.

So mußte selbst Bergemann auf der Betriebsversammlung letzte Woche zugeben, daß trotz einer Betriebsvereinbarung die Pausen nicht verlängert werden können, weil noch keine ausreichende Anzahl von Springern am Band ist und die Pausen dann wegfallen bzw. zeitlich verschoben werden. Die Kollegen mußten also drauflegen. Das Band läuft dann durch.

In der Y-Halle z. B. sind im großen und ganzen die Bandgeschwindigkeiten und der Produktionsausstoß gleich geblieben, Hingegen wurden teilweise über 30 % der Bandarbeiter entlassen. Es kommt nicht selten vor, daß einzelne Kollegen jetzt exakt die doppelte Arbeit wie vor einem Jahr machen müssen. Auch an den Maschinen sind gerade solche Kollegen eingespart worden, die Handlanger und Anreichdienste gemacht haben. Auf der Betriebsversammlung für Italiener haben Kollegen richtig kritisiert, daß die Arbeit erheblich zugenommen hat, weil kein einziger entlassener oder versetzter Kollege durch eine Neueinstellung ersetzt worden ist.

Auch in Merkenich im Ersatzteillager fehlen hinten und vorne Arbeitskräfte. Die Aufträge für Ersatzteile nehmen ständig zu, so daß sich schon Gerüchte ausbreiten, daß demnächst wieder regelmäßig Überstunden gemacht werden sollen.

Der Sinn dieser verstärkten Auspressung im Betrieb liegt darin, "Fixkosten zu senken", wie es Bergemann einmal ausdrückte.

Inzwischen laufen für einzelne Modelle wieder so viele Neuaufträge ein, daß in der nächsten Zeit wieder mit einer Steigerung der Produktion gerechnet werden muß.

Die Ford-Kapitalisten reagieren darauf in zweifacher Weise. Zum einen haben sie die Kurzarbeit, die ursprünglich bis in den Sommer geplant war, fast vollständig abgesetzt. Zum anderen weigern sie sich aber nach wie vor, neue Leute einzustellen.

Lieber sollen unter Anspielung auf die weiterbestehende Arbeitslosigkeit die beschäftigten Kollegen es mit "Freude" begrüßen, noch mehr schuften zu dürfen.

–O., Ford-Aufbauzelle–

Von 8 bis 20 Uhr abends

Doppelte Arbeit in einem Dortmunder Kleinbetrieb

So stoßen sich die Kapitalisten in der Krise an den Arbeitern gesund

Ich arbeite mit vier anderen Kollegen als Lagerarbeiterin in dem Dortmunder Elektrogroßhandel Hager. Vor einem halben Jahr bestand die Besetzung des Lagers noch aus 9 Leuten, heute besteht sie noch aus 5 Leuten. Die Besetzung der zu dem Lager gehörenden Büros wurde um zwei Mann reduziert. Was das für uns bedeutet ist klar, das, was sonst die 6 Kollegen mehr geleistet haben, fällt jetzt auf uns zurück, denn der Absatz muß ja gesichert bleiben und wenn möglich noch mehr herausgeholt werden.

Konkret sieht das so aus, daß die Kollegen aus den Büros abwechselnd die ganze Woche hindurch von 8 Uhr morgens bis 20 Uhr abends durcharbeiten müssen, und zusätzlich die "Bitte" an sie gestellt wurde, doch auch samstags zu arbeiten. Für uns Lagerarbeiter bedeutet das doppelte Arbeit, denn die Überstundenarbeit der Kollegen muß von uns an einem normalen Arbeitstag aufgeholt werden. Weil das sehr schwierig ist, wurde uns von der Geschäftsleitung mitgeteilt, daß wir unsere persönlichen Gespräche doch gefälligst auf die Pausen verlegen sollen, sie gefährden den Arbeitsablauf.

Zwei Kollegen, die sich bei der Geschäftsleitung wegen der unerträglichen Arbeitsverhältnisse beschwert haben, bekamen einen Monat später ihre Kündigung. Doch wurden an ihre Stelle zwei neue Kollegen eingestellt. Die Kollegen sind sich darüber im klaren, daß es der Geschäftsleitung nicht um Einsparungen ging, sondern, daß sie damit ein Exempel statuieren wollte, um uns einzuschüchtern. Die Devise lautet: Wer sich nicht bis auf das letzte Hemd für den Kapitalisten opfert und wer vor allen Dingen dann auch noch aufmucken will, der fliegt. Draußen warten ja genug arbeitslose Menschen. Daß die Kollegen bei der Firma Hager gegen solche Angriffe machtlos sind, liegt vor allem auch daran, daß es immer noch keinen Betriebsrat im Betrieb gibt, der Maßnahmen ergreifen könnte, um die Kollegen vor den Folgen der Krise zu schützen. Das haben die Kollegen erkannt. Sie haben sich zusammengesetzt, um die Vorarbeiten für den Aufbau eines Betriebsrates zu leisten.

–M., Ortsaufbaugruppe Dortmund–

Erneute Entlassung eines Kandidaten zum Betriebsrat

Köln. Erneut wurde ein Betriebsratskandidat bei Bauer-Druck fristlos entlassen.

126 Kollegen hatten für die Kandidatur des Kollegen Fesseler unterschrieben und er stand auf der Kandidatenliste der Gewerkschaft. Schon fünf Tage zuvor war ein Betriebsratskandidat mit Mithilfe des Betriebsrates fristlos entlassen worden. Er hatte sich gegen Rationalisierungsmaßnahmen eingesetzt.

Mit diesen Entlassungen, die auf Betreiben des bisherigen Betriebsrates vorgenommen werden, soll die Kandidatur fortschrittlicher Kollegen, die sich für die Belegschaft einsetzen, torpediert werden.

Bremen. Bei den Bremer Nachrichten sollen 26 Kollegen entlassen werden. Bei der Fusion mit dem Weserkurier hatte Verleger Meyer versprochen, keine Entlassungen vorzunehmen. Die Betriebsversammlung unterstützte einmütig die Erklärung des Betriebsrates, der die Entlassungen ablehnt.

HBV: Für 7-Stunden Tag

Köln. Auf der Mitgliederversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen am 3. März verabschiedeten die Kollegen aus den Bereichen des Einzelhandels an die Tarifkommission gegen Rationalisierungsmaßnahmen, in der u.a. gefordert wurde, bei den laufenden Manteltarifverhandlungen sich für den Sieben-Stunden-Tag, für 5 Wochen Mindesturlaub und Kündigungsschutz für Kollegen ab 45 Jahren einzusetzen.

Mit der Annahme eines Schlichtungsspruches von 6,9 % für den Tarifbereich Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen durch die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ist es den Einzelhandelskapitalisten gelungen, einen Abbau des Reallohnes durchzusetzen.

Die Forderungen der Gewerkschaft hatten bei 13 %, mindestens 130 DM gelegen. Auf Betriebsrätekonferenzen war insbesondere die Streichung der Lohngruppe 1 gefordert worden.

Stahlwerke Peine-Salzgitter

Kurzarbeit für April und Mai eingereicht

Prämie erst einmal ausgesetzt / Belegschaft wird abgebaut

Bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter fanden am Mittwoch, 5.3., die ersten Teilversammlungen der Belegschaftsversammlung statt.

Nach enormen Produktionssteigerungen in der Stahlindustrie im letzten Jahr – bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter um 1,5 Millionen Tonnen – geht die Stahlproduktion in Westdeutschland gegenwärtig zurück: um 15,6 % von Januar auf Februar nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Der Vorstand und der Betriebsrat gaben bekannt, daß für April und Mai Kurzarbeit eingereicht worden ist und inzwischen auch genehmigt wurde. Der Betriebsrat ist gegen die Kurzarbeit, und in einem vom Vorstand herausgegebenen Schreiben kann man lesen, daß sich Vorstand und Betriebsrat gemeinsam bemühen wollen, daß die schlechte Auftragslage sich nicht auf die Belegschaft auswirkt. Mit solchen Sprüchen kommen die Kollegen allerdings nicht weiter, davon können sie sich auch nichts kaufen. Für die Kollegen bedeutet eine Woche Kurzarbeit eine Lohneinbuße von mindestens 80 bis über 100 DM, und da hilft nur die klare Forderung, daß voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit von den Kapitalisten gezahlt wird.

Von der versprochenen Prämie von 400 DM, deren Auszahlung erst einmal ausgesetzt ist, hat allerdings auch der Betriebsrat nichts verlauten lassen. Zumindest in Peine ist die Forderung nach einer Prämie zwar immer wieder vorgetragen worden, aber es ist in der Belegschaft kaum bekannt, was daraus geworden ist. Darauf baut jetzt der Vorstand mit Unterstützung des Betriebsrates. Anscheinend soll die Prämie so klammheimlich unter den Tisch geschoben werden. Auf den noch folgenden Teilversammlungen wird der Betriebsrat darauf angesprochen werden müssen.

Manche Kollegen verstehen nicht, warum Kurzarbeit gemacht werden soll. Zwar wird in Teilen des Walzwerkes die Produktion gedrosselt (z. B. Halbzeugstraße), andererseits wird im Blasstahlwerk aber noch relativ viel produziert. Häufig werden dort noch 18 oder sogar 20 Chargen gemacht. Im Herbst wurden in der Regel über 20 gemacht, als das Blasstahlwerk vor 10 Jahren in Betrieb genommen wurde, hieß es, 16 oder 17 Chargen seien das Höchste, was man dort machen könne. Die Kollegen meinen dazu: "Das ist höhere Politik." Anzunehmen ist, daß die Kapitalisten vorproduzieren für die Produktionsruhe um Ostern und die Kurzarbeitszeit.

Inzwischen wird die Belegschaft schon offen abgebaut. Die ausländischen Kollegen, deren Arbeitserlaubnis abgelaufen ist, werden rausgeworfen, die freien Plätze werden nicht ersetzt. Bis jetzt sind im Werk Peine (ca. 7 000 Beschäftigte) mindestens 40 Ausländer auf diese Weise hinausgeworfen worden, ein türkischer Kollege sprach von 70. Natürlich kommen im nächsten Monat noch mehr dazu.

–W.F., Sympathisantengruppe des KBW, Peine–

Kurzarbeit bei der Maximilianshütte Salzgitter

Salzgitter. Vom 16.–21.3.1975 wurde für 230 Kollegen des Zweigbetriebes Salzgitter der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte (Schwandorf/Bayern) Kurzarbeit angemeldet.

Streik für volles Weihnachtsgeld

Offenbach, Mittwoch, 5.3. Ein kurzer Streik fand im Honeywell Zweigwerk Mühlheim bei Offenbach statt, um Nachzahlung des vollen Weihnachtsgeldes durchzusetzen. Im Gegensatz zu den anderen Honeywell-Betrieben hatten die Kollegen in Mühlheim nur sieben statt acht Prozent Weihnachtsgeld erhalten (es geht um Beträge bis zu 200 DM).



Streik - versammlung

VFW: Für gleitende Arbeitszeit

Bremen. Bei VFW in Bremen soll schon seit Jahren die Gleitzeit im gewerblichen Bereich eingeführt werden. Laut Betriebsvereinbarung sollte damit Ende 1974 begonnen werden. Am Dienstag, dem 4. März, wurde nun bekannt, daß die Geschäftsführung in einem Gespräch mit dem Betriebsrat gesagt hat, daß sie die Gleitzeit erst am 1. September für die Arbeitsvorbereitung einführen wird. Über diese Verzögerungstaktik der Geschäftsleitung waren die Kollegen empört. Noch am selben Tag hat sich der Betriebsrat getroffen und für Mittwoch eine Versammlung aller im gewerblichen Bereich Arbeitenden einberufen. Es kamen fast alle Kollegen.

Einige Werksleiter wurden von der Geschäftsleitung vorgeschickt, die aber keine Zusagen machen konnten. Die Stimmung im Saal war geladen. Die Empörung machte sich Luft. Kurze Zeit nach der Versammlung wurde bekannt: Treffen 11 Uhr Kantine. Die Kollegen aus mehreren Hallen marschierten gemeinsam zur Kantine. Fast alle, vier- bis fünfhundert Kollegen, kamen. Der Betriebsrat wurde geholt, der Geschäftsführer Schaarschmidt wurde aus einer Besprechung geholt. Durch die Streikversammlung wurde ein Verhandlungstermin mit dem Betriebsrat für Dienstag durchgesetzt..

Gewerkschaft Holz und Kunststoff / Niedersachsen

Warnstreik für die Tarifforderung in Oldenburg

Oldenburg. Am 25. Februar fand bei uns ein Warnstreik von zweieinviertel Stunden statt.

Wir sind ein Betrieb von etwa 70 Mann, davon etwa die Hälfte Außendienst, Angestellte und Geschäftsführung. Hüppe gehört zur holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie Niedersachsens. Wir stellen Duschabtrennungen her, was aber nur ein Produkt des Hüppe-Betriebes in Oldenburg und Umgebung ist. Das Hauptwerk, aus dem unsere Produktion vor längerer Zeit ausgelagert wurde, umfaßt eine Belegschaft von über 700 Mann.

In einer Resolution, die wir im Nachhinein durch Unterschrift, aber gemäß eines einstimmigen Beschlusses während des Streiks verabschiedeten, heißt es:

Gestreikt wurde

- gegen die Ablehnung des Schlichtungsspruches durch die Arbeitgeber,
- zur Unterstützung der Gewerkschaft in der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband und
- zum Zeichen der Kampfbereitschaft der Kollegen.

Seit Ende letzten Jahres läuft bei uns die Tarifrunde. Wir sind mit einer Forderung von 13 % in die Auseinandersetzung gegangen. Daraufhin boten die Unternehmer an, den Tarifvertrag um ein halbes Jahr zu verlängern. Diese Verhandlung wurde abgebrochen. Am letzten Tag vor der Weihnachts-Neujahrspause wurden dann im Hauptwerk knapp 50 Kollegen entlassen.

Die Linie der Kapitalisten in dieser Lohnrunde zeichnete sich hier schon ab. Im neuen Jahr ging es dann weiter: In Abständen bekamen wir zwei Propaganda-Broschüren gegen den Lohnkampf zugestellt (wir haben sie wieder zurückgeschickt). In der nächsten Verhandlung machten die Unternehmer dann ein Angebot, was die Verhandlungen scheitern ließ, der Schlichter wurde angerufen.

Spätestens hier wurde klar, daß es den Kapitalisten um mehr ging, als nur unseren Lohn zu kürzen. Uns sollte ein für alle Mal die Lust vergehen, den Lohnkampf zu führen, und schon gar nicht in der Krise. Dies wurde auch auf einer gemeinsamen Betriebsräte- und Vertrauensleutesitzung der Hüppe-Betriebe klargestellt und Aufklärung durch die Gewerkschaft gefordert. Sie erfolgte aber nicht. So wurde dann der Schlichtungsspruch von 6 % ab 1. Januar 75 und 3 % ab 1. August 75 im Oktober in der Urabstimmung darüber auf Landesebene angenommen. Bei uns im Betrieb wurde er allerdings mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Kapitalisten lehnten die Schlichtung ab

Was dann kam, hatten die Wenigsten erwartet und brachte einige Vorstellungen ins Wanken: Die Kapitalisten lehnten die Schlichtung ab. Viele Kollegen, die den falschen Schluß aus der Krise des Kapitalismus gezogen hatten, nämlich Lohnverzicht, wurden überrascht. Das zeigte sich auch auf der Betriebsräte- und Vertrauensleutesitzung vor der nächsten Verhandlung. Es wurde beschlossen, am Tage der nächsten Verhandlung zu streiken. Man konnte uns nicht länger stillhalten, wo der Feind alle Anstrengungen machte, uns eine Niederlage zu bereiten, nach der wir so schnell keine Sonne mehr sehen würden.

Bei uns, bei Sanitärtechnik, ist es gelungen, die Streikfront zu errichten. Wir haben den Warnstreik über zweieinviertel Stunden geführt, und das hat dazu geführt, daß die Kapitalisten ihr Angebot in dieser Zeit von 5,25 % über 6,9 % zu 7,25 % erhöhten, wo schließlich abgeschlossen wurde. Das Ergebnis entspricht der "Jahresgesamtbelastung" des Schlichtungsspruchs.

Das Tempo, mit dem die Angebote kamen, zeigt, daß mehr zu holen gewesen wäre, wäre der Streik weiter organisiert worden. Leider lief es beim Hauptwerk schlechter ab. Die Kollegen versammelten sich nur zu einer zehnminütigen Information über die Verhandlungen. Da hatte es für uns auch wenig Sinn, am nächsten Tag den Hammer liegenzulassen.

150 DM mehr für alle!

Die Zeit während des Streiks haben wir genutzt. Wir haben Einigkeit darüber hergestellt, daß nicht für den Schlichtungsspruch gestreikt werden darf und ein Streik für Prozente sinnlos ist. Darum haben wir verabschiedet, daß die Verhandlungen für 150 DM zu führen sind, keine Anrechnung auf die außertariflichen Zulagen.

Wozu unsere Forderung von 13 % führt, wurde während des Streiks eindringlich demonstriert: Die Angestellten streikten nicht mit. Auch als wir sie anriefen und die von uns verabschiedete 150-Mark-Forderung durchgaben, war nichts zu holen. Warum? Ein Abteilungsleiter sagte es überdeutlich: "Wieso, die 6,9 % sind für mich 150 DM." Eine Prozentforderung wird bei uns keine Freunde mehr finden.

Korrespondenz zur Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Verwaltungsstelle Oldenburg

Am 5. März fand die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, Verwaltungsstelle Oldenburg, statt. Zur Versammlung erschienen rund 50 Kolleginnen und Kollegen. Von der Jahreshauptversammlung wurden mit jeweils großer Mehrheit folgende wichtige Beschlüsse gefaßt:

1. Ein Beschluß zum § 218 (siehe Seite 9.)
2. Ein Beschluß zur Jugendarbeitslosigkeit, in dem die Anerkennung der arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose und ihre Unterstützung durch die Arbeitslosenversicherung gefordert wird.
3. Ein Beschluß zum 1. Mai, durch den der Vertreter der Gewerkschaft Holz und Kunststoff im Kreisvorstand des DGB gebunden wird, bei der Beschlußfassung über den 1. Mai für eine Demonstration auf der Straße zu stimmen.
4. Durchführung von Mitgliederversammlungen vor jeder Tarifrunde.

Hüppe-Aufbauzelle

4. Durchführung von Mitgliederversammlungen vor jeder Tarifrunde.
Hüppe-Aufbauzelle

Steik bei Terrot (Waiblingen/Stuttgart)

Statt 6,8 % nur 4,8 % bis November

Waiblingen bei Stuttgart. Am Dienstag, dem 11. März, traten die Kollegen bei Terrot im Zweigwerk Waiblingen (Herstellung von Rundstrickmaschinen) in den Streik. Nach dem Vesper versammelten sich die Kollegen in der Werkshalle, stimmten über den Streik ab und zogen dann geschlossen auf den Hof. Der Grund des Streiks: Die Geschäftsleitung weigert sich, die Tariferhöhung von 6,8 % voll zu bezahlen. Konkret: Statt 6,8 % will sie von März bis zum November nur 4,8 % bezahlen. Diese Maßnahmen der Geschäftsleitung brachten das Faß vollends zum Überlaufen. Vorausgegangen war, daß im letzten Jahr die "Erfolgsprämie", die alle drei Monate bezahlt wurde, ersatzlos gestrichen wurde. Weiter, daß das Weihnachtsgeld von normal 50 Stundenlöhnen auf 25 Stundenlöhne gekürzt – und das trotz schriftlicher Zusicherung der Geschäftsleitung – und daß zuletzt das Geld für den Betriebsausflug bzw. die Betriebsfeier von 50 DM gestrichen wurde.

Die Geschäftsleitung versuchte mit allen Mitteln die geschlossene Streikfront zu brechen. Jedes Mittel war ihr dazu recht. Die Forderung der Kollegen, zu den Verhandlungen zu kommen, lehnte die Geschäftsleitung zuerst ab, mit der Begründung, sie müsse gerade mit einem wichtigen Kunden verhandeln und könne deshalb erst um 2 Uhr kommen. Die Kollegen sollten inzwischen wieder an die Arbeit gehen. Eine Viertelstunde später, als der Betriebsrat gerade zu Besprechungen mit dem Gesamtbetriebsrat in Cannstatt unterwegs war, erschien die Geschäftsleitung plötzlich. Sie glaubte, dadurch die Situation, daß die Belegschaft ohne ihren Betriebsrat war, zu ihren Gunsten ausnutzen zu können. Dies gelang ihr jedoch nicht, da sich die Kollegen nicht einschüchtern ließen und bald darauf der Betriebsrat erschien, der inzwischen von den Manövern der Geschäftsleitung unterrichtet wurde. Weiter versuchte die Geschäftsleitung durch Drohungen wie: "Wer die Kürzung nicht akzeptieren will, kann ja gehen" die Kollegen einzuschüchtern. Auch die alte Leier "Wir ziehen alle an einem Strang" fehlte nicht. Trotz dieser Einschüchterungsmaßnahmen beschloß die Belegschaft einstimmig (außer einigen Angestellten) weiter zu streiken. Bis zum Betriebsschluß stand die Streikfront geschlossen und die Kollegen gingen mit dem Beschluß auseinander, den Streik am nächsten Tag fortzusetzen, wenn die Geschäftsleitung die Kürzung nicht zurücknimmt.

Ein Problem während des ersten Streiktages war die Tatsache, daß die Kollegen im Hauptwerk Cannstatt nach einem kurzen Solidaritätsstreik mit den Waiblinger Kollegen die Arbeit wieder aufnahmen. Am späten Nachmittag fand jedoch in Cannstatt eine Vertrauensleutesitzung statt, auf der über einen Streik beraten werden sollte. Das Ergebnis der Sitzung war jedoch bei Betriebsschluß noch nicht bekannt.

M., Ortsgruppe Waiblingen

Ablehnung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst

Hamburg. Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV im Allgemeinen Krankenhaus St. Georg vom 26. Februar wurde eine Resolution verabschiedet, die den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst verurteilt.

Die Kollegen schlossen sich der Meinung der Sekretärin nicht an, die meinte, die Tarifrunde sei gelaufen, da gebe es nichts mehr zu diskutieren, das "Machbare" sei herausgekommen. Im übrigen würde jeder, der sich gegen diesen Abschluß durch ein "demokratisch gewähltes Gremium" ausspricht, die Gewerkschaft spalten. Vielmehr vertraten die meisten Kollegen den Standpunkt, daß man diesen Abschluß nicht unwidersprochen hinnehmen darf, da sonst die Regierung immer schärfere Angriffe durchsetzen wird.

Und das tut sie auch: In Hamburg allein ist zum Beispiel die Schließung von vier Krankenhäusern und dies gleichzeitig von 4 % der Betten geplant. Jetzt wird es darum gehen, den Kampf der Kollegen gegen diese Maßnahmen zu organisieren.

H.

Erneuter Streik bei Zanker

Erneuter Streik bei Zanker

Die Zulage darf nicht weiter gestrichen werden!

Tübingen. Bei Zanker streikten am Donnerstag, 6.März, zum zweiten Mal die Kollegen gegen eine weitere Streichung der innerbetrieblichen Zulage. 30 bis 35 Pfennig sollen pro Stunde gestrichen werden, so daß wir von den 6,8 % der Tarifrunde nur noch 3 % haben.

Der erste Warnstreik war am Montag, 3.März. 70 Kollegen legten die Arbeit nieder. Wir berichteten in der letzten KVZ darüber. Am Donnerstag, 6.3., fanden dann Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung statt. Die Geschäftsleitung lehnte eine Zurücknahme der Lohnkürzung ab. Gegen 10 Uhr wurde das Ergebnis im Hauptwerk bekannt. Die Kollegen waren über dieses Verhandlungsergebnis stark empört.

Die rund 250 Bandarbeiter im Hauptwerk haben daraufhin beschlossen, nach der Mittagspause die Arbeit niederzulegen. Gegen 12.50 Uhr ging wir alle an die Arbeitsplätze, ohne jedoch die Arbeit. Kurze Zeit später kam dann der erste Vertreter der Geschäftsleitung angerannt und versuchte mit lauter Stimme, uns wieder zur Arbeit anzutreiben. Wir ließen uns aber von diesem Schreihals nicht einschüchtern. Wir zeigten, daß es hier bei der Lohnkürzung um unsere wirtschaftliche Lage geht und daß wir dieses Mal auf keinen Fall nachgeben werden.

Daraufhin stellte uns die Geschäftsleitung ein Ultimatum. Wenn wir in 10 Minuten die Arbeit aufgenommen haben, würde sie diesen "Vorfall" vergessen, wenn wir weiterstreiken, würde sie uns alle, fristlos kündigen. Nach 10 Minuten kam die Geschäftsleitung mit einem Megaphon zurück und stellte uns ein letztes Ultimatum, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Meister und Bandleiter schalteten die Bänder wieder ein. Aber keiner der Arbeiter dachte daran, mit der Arbeit zu beginnen. Alle Maschinen standen still. Wir hielten alle zusammen und standen zusammen wie ein Mann. Die Bänder mußten wieder abgestellt werden, weil die Bänder leer vorbeifuhren. In dieser Situation machte die Geschäftsleitung folgendes: Sie ging mit dem Personalchef und einem Stapel Kündigungen zu jedem einzelnen Arbeiter und fragte jeden, ob er arbeiten wolle oder nicht, wenn nicht, würde er sofort auf die Straße gesetzt werden. Aber trotz dieser Erpressung ließen wir uns nicht zur Arbeit antreiben. Erst einige Zeit später bröckelte die Streikfront ab und gelang es der Geschäftsleitung mit dieser Methode, einige zur Arbeit zu bringen. Nach und nach, gegen 14.30 Uhr, liefen dann die Bänder wieder an.

Am Freitag gelang es dann nicht mehr, die Streikfront aufzubauen und auf den ganzen Betrieb auszudehnen. Der Kampf gegen die Lohnkürzung ist aber damit nicht zu Ende. Deshalb wird eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung und eine Betriebsversammlung gefordert, auf denen über weitere Kampfmaßnahmen diskutiert wird.

Zanker-Aufbauzelle Tübingen–

VW-Tarifrunde

Am Sonnabend, dem 8. März, wurde von der Tarifkommission der IG Metall der Abschluß von 5,8 % vom 4. März angenommen. Lehrlinge bekommen 40 DM mehr.

So "berücksichtigte" die sozialdemokratische Führung der IG Metall die "gesamtwirtschaftliche Situation und die spezielle Lage der VW-Werke" und kapitulierte vor dem VW-Vorstand. Erstmals lag ein Tarifabschluß bei VW niedriger als in anderen Tarifbezirken. Immer wieder wurde vorher im Fernsehen und in den Zeitungen behauptet, daß die Löhne an der Absatzkrise bei VW schuld seien. Die IG Metall ist dieser Hetze gegen die Arbeiter nicht entgegengetreten.

Im IG-Metall-Vertrauensleutekörper war das Thema Tarifverhandlungen tabu. Klammheimlich wurden 9 %, eine niedrigere Forderung als in anderen Bezirken, aufgestellt. Die Forderung hatte keine Basis in der Belegschaft. Der VW-Vorstand machte sich diese Politik zunutze und machte bei der ersten Verhandlung ein Angebot von 4 %. So kam es zum Abschluß von 5,8 %.

Einen Tag vor dem Tarifabschluß erhöhte der Vorstand die Preise für die Volkswagen um 4 %.

Gegen ÖTV-Abschluß

Bremen. Die ÖTV-Vertrauensleuteversammlung des Zentral-Krankenhauses Bremen Nord lehnte den Tarifabschluß der ÖTV ab. Die Große Tarifkommission wird aufgefordert, noch in diesem Jahr ein Urlaubsgeld von 300 DM durchzusetzen.

180 DM mehr für alle

IG-Chemie-Vertrauensleute von Röhm und Merck, Darmstadt:

Darmstadt. Am 5. und 6.März fanden die Vertrauensleuteversammlungen der IG Chemie für die Kollegen von Röhm und Merck statt.

Auf der Tagesordnung stand die Tarifrunde 1975. Wir haben in der KVZ schon berichtet, wie der Hauptvorstand ohne eine Beauftragung durch die Vertrauensleute in bundesweite Gespräche mit dem Arbeitgeberverband getreten ist, um ein "Arbeitsplatzsicherungsabkommen" zusammen mit der Lohnerhöhung zu vereinbaren.

Die Kollegen auf den Versammlungen sprachen sich gegen diese Vorgehensweise des Hauptvorstandes aus, weil es jetzt darum geht, daß die Kollegen Forderungen aufstellen, und nicht darum, daß der Hauptvorstand mit dem Arbeitgeberverband Gespräche führt, die im wesentlichen nur er selber vertritt und die nicht von den Kollegen vertreten werden.

In der Versammlung wurde ein Bericht aus der Tarifkommission gegeben. Diesem Bericht konnten die Kollegen entnehmen, daß der Bezirksleiter der IG Chemie in Hessen, der Tarifkommission empfohlen hatte, dafür zu sorgen, daß Forderungen in Prozent und einstellig aufgestellt werden sollen.

Weiter hatte die Tarifkommission Hessen beschlossen, daß vor dem 11.3.75 keine Forderung aufzustellen sei, da am 11.2. ein "Gespräch" mit dem Arbeitgeberverband stattfindet sollte. Das wurde an anderer Stelle wieder von Funktionären der IG Chemie damit begründet, daß man eine Tendenzwende in der Konjunktur abwarten sollte, um die Unternehmer gegenüber einer Forderung der Kollegen freundlicher zu stimmen.

Diese Empfehlung wurde von den Vertrauensleuten einstimmig abgelehnt, es erschien ihnen nicht empfehlenswert, daß man, wenn die Tarife zum 1.4. gekündigt sind, dann erst Mitte März eine Forderung aufstellen soll. Vielmehr waren sie der Ansicht, daß frühstmöglich eine Forderung aufgestellt werden muß, damit die Kollegen einheitlich dafür eintreten können. Dann haben auch sowohl die Vertrauensleute von Merck als auch von Röhm die Forderung von 180 DM in Mark und Pfennig für alle gleich aufgestellt.

Die Vertrauensleute der Firma Röhm haben sich weiter für eine Erklärungsfrist ausgesprochen, d.h. daß der Tarifabschluß erst dann zustande kommen kann, wenn die Vertrauensleute zu dem Verhandlungsergebnis befragt worden sind.

Weiter sprachen sich die Kollegen gegen den Beschluß des Kreisvorstandes des DGB Darmstadts aus, am 1.Mai keine gewerkschaftliche Demonstration durchzuführen, und unterstützen die Forderung, bei der u. a. die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 erhoben werden soll.

-M.

Seeleutetarifrunde

Es wurde vereinbart: Ab 1. Januar 6,5 % mehr Heuer, Sockelbetrag monatlich 15 DM, Kapitäne einmalig 160 DM. Außerdem ein halber Tag Urlaub mehr ab 1. April 1975 und 1. Januar 1976.

Zum außerordentlichen Kongreß der GEW

Vetter richtet GEW auf den bürgerlichen Staat aus

Satzungsänderung beschlossen / 50 stimmten gegen die bildungspolitische Entschließung des Hauptvorstandes

Köln. Der DBG-Bundesvorsitzende Vetter erschien auf dem Bundeskongreß der GEW im rechten Augenblick: Unmittelbar vor Beratung der wichtigsten Satzungsänderung – Ausschluß von Kommunisten durch den Hauptvorstand – hielt Vetter eine Rede zur Ausrichtung der knapp 400 Delegierten auf den bürgerlichen Staat.

Vetter sprach von der stürmischen Zeit. Aber er verlor dabei kein Wort über die 1,2 Millionen Arbeitslosen und den Druck, der mit ihrer Hilfe auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird. Er sprach nicht über den Steuerreformschwindel, die wachsenden Sozialabgaben und die Gemeindetariferhöhungen. Er ließ kein Wort fallen zur drohenden Schließung von NSU, von Werksbesetzung, von Demag-Kalletal oder zur Erniedrigung des Volkes durch das § 218-Urteil. Darum ging es Vetter nicht.

Der DGB-Vorsitzende wetterte gegen "die Anbeter der Gewalt, die es nicht bei ihren hirnrissigen Parolen lassen" und die "keine Verbrecher normalen Zuschnitts" seien. Vetter sprach von den Entführern des Peter Lorenz. Aber um die ging es ihm auch nicht. Vetter ging es um die Kommunisten: Noch hatten die Delegierten das "Verbrecher" im Ohr, da war Vetter schon bei den Kommunisten angelangt. "Wer den Staat des Grundgesetzes bekämpft, der bekämpft auch uns – und der hat in unseren Reihen nichts verloren."

Noch einen Schritt weiter ging Vetter in seiner Sozialdemagogie: Er erwähnte gegen Ende seiner Rede die Jugendarbeitslosigkeit allein zu dem Zweck, um gegen die Kommunisten zu hetzen. *"Zuflucht zu Rauschmitteln, Ansteigen der Kriminalität und schließlich politische Reservearmee für einen neuen Rattenfänger – für diese Dinge bildet sich ein gefährlicher Nährboden. Ich meine daher, wir sollten die politischen Differenzen in der GEW schnellstens ausräumen und klares Satzungsrecht verabschieden, um diesen hier lauernden großen Gefahren im Interesse der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu begegnen."*

Vetter wußte, wen er vor sich hat: Unter den Delegierten sind viele, die Schulräte oder Rektoren sind, und alle haben als Beamte einen Eid auf den bürgerlichen Staat geleistet. Dies verlangte Vetter von ihnen nun auch in ihrer Eigenschaft als Gewerkschafter: *"Der demokratische und soziale Rechtsstaat des Grundgesetzes ist und bleibt auch in seiner Unvollkommenheit unser Staat. Wir haben ihn mit aufgebaut."*

Im Namen der Arbeiterklasse kann Vetter nicht gesprochen haben. Denn die hat nach dem 2.Weltkrieg **gegen** die Wiedererrichtung des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates **gekämpft**. Aufgebaut hat die Arbeiterklasse allerdings den gesellschaftlichen Reichtum, von dem nun ihr Feind sich nährt.

Eine 2/3-Mehrheit für Frister war sicher

Der Regisseur dieses Kongresses, Frister, hätte sich Vetters Theaterdonner sparen können. Eine 2/3-Mehrheit der von den Landesvorständen ausgesuchten Kongreßdelegierten wäre ihm auch so sicher gewesen. Der Kongreß hat alle wichtigen, vom Hauptausschuß beantragten Satzungsänderungen beschlossen. Das Ausschlußinstrumentarium ist perfektioniert worden; die GEW ist zentralisiert worden, ohne daß gleichzeitig demokratische Strukturen ausgebaut worden wären, und in der Wahlordnung ist nun die Urnenwahl verankert, bei der die Einheit von Beratung und Beschlußfassung zerschlagen ist. Von etwas weniger als 400 Delegierten hat lediglich ein knappes Viertel gegen diese Anträge gestimmt. Die wachsende Polarisierung von Arbeiterklasse und Bourgeoisie hat sich im Lauf der letzten neun Monate in der GEW in der Auflösung der politisch ungeformten Reformfraktion ausgewirkt. Teile haben sich offen auf die Seite der bürgerlichen Machthaber geschlagen, andere tauchen unter, manche resignieren, weil sie vom Lehrerzimmer aus nur die Wahlsiege der CDU, nicht aber den wachsenden Widerstand des Volkes sehen.

Ein kleinerer Block unter Führung der Kommunisten

Auf dem Kölner Kongreß drückte sich das darin aus, daß die Negativkoalition zur Verhinderung von reaktionären Satzungsänderungen gegenüber dem Mainzer Kongreß vom Frühsommer 1974 abgebröckelt ist. Gleichzeitig aber hat sich unter Führung der Kommunisten ein kleinerer Block gebildet, der etwa 1/7 der Kongreßdelegierten umfaßte und der positive, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Ziele vertrat, wie sie in einem Gegenantrag zur bildungspolitischen Entschließung des Hauptausschusses formuliert waren.

Diese "Entschließung zur bildungspolitischen Lage" hatte der Hauptausschuß dem Kongreß auf Drängen zahlreicher Untergliederungen schließlich noch vorgelegt. Darin werden nicht die Jugendarbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Lage im Bildungswesen, sondern seine "Ausweitung und Verbesserung" "seit dem Ende der 60er Jahre" in den Vordergrund gestellt. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien nur "aktuell" und bald gehe es weiter aufwärts, zu den 8 % des Bruttosozialprodukts für Bildungsmaßnahmen (obwohl die Weltwirtschaftslage als "schwer durchschaubar" bezeichnet wird). Das mit der Krise brauchen die Antragsteller nicht so ernst zu nehmen, da eine "Entwicklung von der Produktions- zur Leistungsgesellschaft" stattfindet. Gewiß sagen sich die dienstleistenden Verfasser, wenn erst einmal die Produktion abgeschafft ist, kann es auch keine Krisen mehr geben.

Größeren Unsinn hat man in der Gewerkschaft noch selten gehört. Der Alternativantrag erhob auf der Grundlage einer Einschätzung der gegenwärtigen Lage vom Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Jugend aus die Forderung nach der Einheitsschule. Als Sofortmaßnahmen wurden darin u. a. gefordert: 12 Stunden Berufsschulunterricht pro Woche und für die arbeitslosen Jugendlichen die Einrichtung von Berufsschulklassen ihrer Wahl mit Unterricht, der zur Ablegung einer Facharbeiterprüfung befähigt.

Obwohl dieser Antrag den meisten Delegierten erst während der Beratung des Tagesordnungspunktes vorgelegt wurde, stimmten doch 50 bis 60 Delegierte für ihn. Ein Kongreßteilnehmer sagte: Auf der Satzungsebene ist jetzt ausgereizt. Dies ist richtig: In der GEW-Arbeit müssen jetzt verstärkt die bildungspolitischen Interessen der Arbeiterbewegung ins Zentrum gerückt werden. Das muß vor allem bei der Arbeit in Schulgruppen und in den Fachgruppen geschehen, d. h. auf der eigentlichen Mitgliederebene der GEW. Die Resolution der Minderheit bietet dafür eine gute Grundlage, auf der auch der 1.Mai vorbereitet werden kann. –V.–

Entschliessungsantrag

Zur bildungspolitischen Lage

Für diesen Antrag stimmten 50 Delegierte

Die außerordentliche Vertreterversammlung möge beschließen:

Die Vertreterversammlung stellt fest:

daß die öffentlichen Ausbildungseinrichtungen (Schulen) und die private Berufsausbildung unter der Kontrolle der Unternehmer (Lehre) nicht in der Lage sind, der heranwachsenden Generation eine umfassende Erziehung und Ausbildung zukommen zu lassen. Das Recht der Jugendlichen auf eine bestmögliche Ausbildung ist wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik bedroht. Unter den schlechten Bedingungen einer fehlenden oder mangelhaften Ausbildung wird ein Großteil der Jugend gezwungen, frühzeitig sich einen Lebensunterhalt verdienen zu müssen.

Treibhausartig hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise diese strukturellen Mängel des Bildungswesens zu Tage gebracht und verschärft. Ende Januar gab es in der Bundesrepublik allein über 123 000 arbeitslose Jugendliche, und die Zahl steigt. Die Zahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluß und die der Sonderschüler hat sich in den letzten Jahren unverhältnismäßig stark vermehrt. Die Zukunft dieser jungen Arbeiter und Angestellten ist ungewiß. Die Spaltung in Real-, Haupt- und Sonderschulen und die Inhalte dieser Bildungseinrichtungen befördern Konkurrenz statt Solidarität, Wettbewerb statt gemeinsamen Interessenkampf.

Zugleich müssen wir feststellen, daß die Situation in den öffentlichen Schulen nach wie vor schlecht ist. Die seit Ende der 60er Jahre mit vielen Versprechungen eingeleiteten Schulreformversuche werden mittlerweile überall eingefroren. Die Klassenstärken sind übergroß, viele Unterrichtsstunden fallen wegen Lehrermangels aus. Von der "Priorität der Berufsausbildung" ist nichts zu sehen. Stattdessen regiert der Rotstift des staatlichen Sparprogramms auf Kosten der Entwicklung des Bildungswesens. Allein durch die ungleiche Ausbildung, durch Ausleseschulen und verschärften Leistungsdruck werden die Kinder der Lohnabhängigen mit unterschiedlichen Voraussetzungen aus den Schulen entlassen und ihre Chance verschlechtert sich, kollektiv ihre Interessen durchsetzen zu können. Zusätzlich sorgt die wirtschaftliche Lage der lohnabhängigen Familien dafür, daß die Jugendlichen schnellstmöglichst mitverdienen müssen.

Die Vertreterversammlung fordert

für 1975 und die folgenden Jahre die Beschäftigung aller vorhandenen Lehrer, Erzieher und Hochschullehrer. Angesichts der gegenwärtigen Lage muß die Einführung des 10.Vollzeitschuljahres für alle Schüler und der Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen den Vorrang haben. Beides sind Schritte hin zu einer Ausbildung aller Schüler bis zum 18.Lebensjahr, die einheitlich und gleich ist und theoretische wie praktische Bildung vermittelt. Ganz und gar unabweisbar ist die Erteilung von mindestens 12 Berufsschulstunden in der Woche. Beide Forderungen dienen dazu, das Versagen des bisherigen von privaten Entscheidungen der Unternehmer und Konjunkturläufen abhängigen Berufsausbildungssystems zu überwinden.

Als Sofortmaßnahmen sind alle arbeitslosen Jugendlichen in Berufsschulklassen ihrer Wahl aufzunehmen, damit sie einen Unterricht erhalten, der sie für die Facharbeiterprüfung befähigt. Eine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe des Lehrlingslohns muß ihnen zustehen.

Die Vertreterversammlung erwartet

von allen Gliederungen der GEW bis hin zur Kreis- und Ortsebene Aktivitäten zur Durchsetzung dieser Forderungen. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Eltern- und Schülervertretungen, sowie dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften soll in Diskussionsveranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen die Mißstände im Schulwesen immer wieder öffentlich diskutiert werden.

Die Vertreterversammlung fordert,

daß die Arbeitszeit der Lehrer entsprechend der 40-Stunden-Woche im gesamten öffentlichen Dienst um mindestens 1 Stunde verkürzt wird. Kein Lehrer soll über 26 Unterrichtsstunden geben. Erst auf dieser Grundlage wird die GEW über eine Arbeitszeitregelung verhandeln. Jede Arbeitszeitverlängerung, wie sie eine Kommunission von Staatssekretären vorschlagen will, wird auf den energischen Widerstand aller Lehrer und Aktionen der Gewerkschaft stoßen.

Ebenso wird jede Besoldungsrückstufung von Lehrern nicht hingenommen werden. Zusammen mit den DGB-Gewerkschaften im Bereich des öffentlichen Dienstes (ÖTV, GdED, DPG) wird die GEW jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Lohnes für die Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abwehren.

Antragsteller: Viktor Pfaff

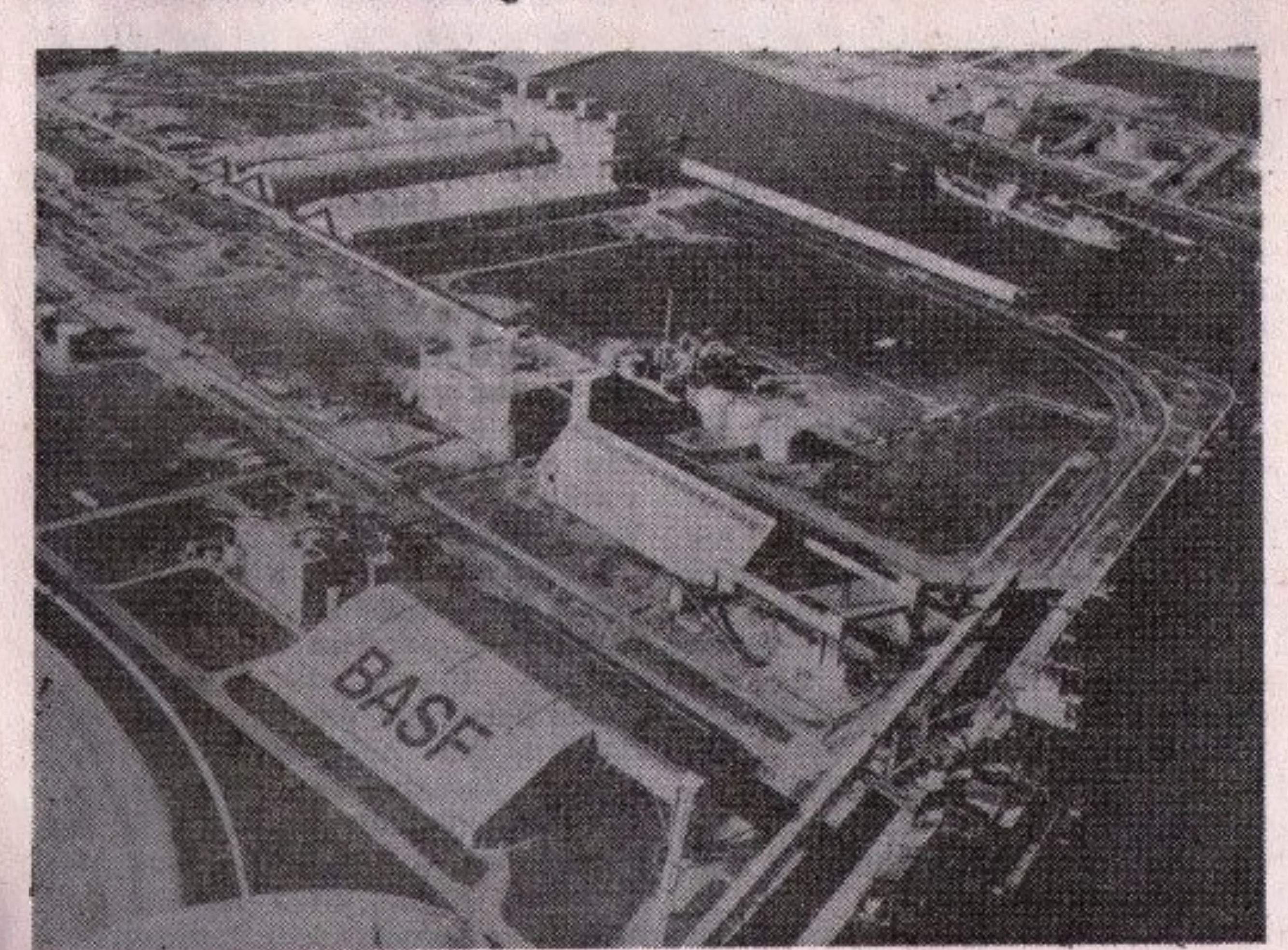
BASF-Ludwigshafen:

IG-Chemie-Tarifkommission tagte

Am 25. März: Termin der Großen Tarifkommission Rheinland-Pfalz

Am 27.2.1975 tagte in Ludwigshafen erstmals in diesem Jahr die Große Tarifkommission der IG Chemie Rheinland-Pfalz. Sie beschloß gegen 4 Stimmen, die Tarife fristgerecht zum 31.3. zu kündigen.

Über eine Forderung wurde weder diskutiert noch beschlossen. Die Gewerkschaftsführer–Verwaltungsstellenvorsitzender Kemmler und Bezirksleiter Schweitzer begründeten das damit, daß die IG Chemie angesichts der guten Geschäftslage der Chemieindustrie einen "Chemiebonus" herausholen wolle. Dazu befinde sie sich in Verhandlungen über die Sicherung der Arbeitsplätze (in Wirklichkeit geht es nicht um "Sicherung der Arbeitsplätze", sondern um "vernünftige Abfindungen bei Entlassungen und längere Kündigungsfristen", wie die 'Rheinpfalz' vom 28.2. berichtete). Außerdem soll ein Abkommen zur Besitzstandswahrung (gleicher Lohn) bei leistungsbedingten Umsetzungen älterer Kollegen erreicht werden.



Kaianlagen bei BASF Antwerpen.
Der Auslandsumsatz bei BASF erhöhte sich im letzten Jahr von Januar bis September 1974 im Vergleich zum Vorjahr um 63,8 %. Der gesamte Umsatz stieg um 55,1 %. Die Zahl der Arbeiter dagegen nur um 4,1 %. Der Gewinn bei BASF Antwerpen stieg zwischen 1972 und 1973 von 638 Millionen belgischen Francs auf 806 Millionen.

Das sind bestimmt keine falschen Forderungen, sie richten sich gegen die ungezügelte Willkür der Chemiekapitalisten und versuchen, die betroffenen Arbeiter abzusichern. Wenn die IG Chemie darüber verhandelt, ist das gut.

Bloß, was in den Händen der SPD-Gewerkschaftsführer Schweitzer und Kemmler daraus wird, das ist direkt gegen die Chemiearbeiter in Rheinland-Pfalz gerichtet: Nämlich ein Mittel, um den Lohnkampf zu spalten, die Aufstellung einer Tarifforderung aus den Betrieben heraus zu verhindern und am Ende bei einem Abschluß zu landen, über den sich die Chemiekapitalisten ins Fäustchen lachen.

Denn wie sieht es bisher in den Betrieben aus?

Bei uns in der BASF ist jede Forderung von Kollegen, daß endlich Abteilungsversammlungen einberufen werden müssen, wo über die Forderung diskutiert und beschlossen wird, konsequent abgeblockt worden. Die Vertrauensleute sagten, es sei beschlossen worden, daß die Forderung erst diskutiert wird, wenn der neue Geschäftsbericht da ist. Weil man dann eine höhere Forderung beschließen könne.

Jeder weiß, daß die Produktion zurückgefahren ist und hat das Geheul der Geschäftsleitung auf der letzten Vertrauensleute – Vollversammlung noch im Ohr, daß "jetzt auch der BASF der Wind kräftig ins Gesicht blase" und ähnliches – was hat eigentlich der Geschäftsbericht mit unserer Forderung zu tun?

Gar nichts hat er damit zu tun. Denn ob die BASF-Kapitalisten im letzten Vierteljahr gut oder schlecht abgeschnitten haben, das ändert an der Lohntüte gar nichts. Und auch nicht an den täglichen Kosten, die zu bezahlen sind.

Mit so einem Argument erreicht man nur, daß die Kollegen nicht auf das sehen, was sie brauchen an Lohn und danach ihre Forderung aufstellen. Man erreicht, daß sie auf den Gewinn der Kapitalisten stieren und wenn die nachweisen können (wie auch immer), daß sie ihren Letztjahresrekord von 46 % nach Steuern nicht haben weiter steigern können, dann soll daraus folgen, daß weniger Lohn gefordert werden kann.

Nichts anderes haben die SPD-Gewerkschaftsführer mit dieser Taktik auch im Sinn gehabt. Und so ist jetzt die Lage.

25.März: Termin der Großen Tarifkommission

Den Kollegen wurde erzählt, die Forderung würde erst im April abgesetzt. Die Große Tarifkommission hat aber den 25.3. als Termin beschlossen. Daraufhin wurde die auf 7.4. geplante Vertrauensleute-Vollversammlung, auf der die Tarifforderung beschlossen werden sollte, auf den 21.3. vorgezogen.

Nirgendwo hat es bisher Beschlüsse zur Tarifforderung gegeben. Jetzt haben die Kollegen noch ganze 10 Tage Zeit, um über die Forderung zu diskutieren und zu beschließen und ihre Vertrauensleute auf Vordermann zu bringen. So zieht man hopplahopp die Tarifrunde durch.

Die Anweisungen zur Tarifrunde an die Vertrauensleute ist von oben her bereits ergangen: Der Abschluß liegt bei 6 bis 7 %; eine "abschlußnahe Forderung" soll erhoben werden (Schweitzer auf der Großen Tarifkommission: *"über Kindereien mit utopischen Forderungen sind wir heraus"*) und auf die Vorverhandlungen braucht auch keiner Rücksicht zu nehmen, denn, das hat Schweitzer ebenfalls offen gesagt, wenn die Vereinbarungen nicht zustande kommen, dann wird trotzdem "stabilitätsgerecht" abgeschlossen, *"denn wir werden weder bei 6,5 noch bei 10,5 % Forderung aus der konjunkturpolitischen Verantwortung entlassen"*.

Die Chemiekollegen werden bei alledem ausgeschaltet. Sie sollen möglichst den Mund halten, oder "6 bis 7 %" sagen.

Aber überall, wo wir mit unseren Kollegen diskutiert haben, hat sich schnell eine Einheit hergestellt, daß ein Abschluß bei 200 DM das Mindeste ist, was wir brauchen. Und daß es richtig ist, eine solche Forderung aufzustellen. Das ist ja auch klar, denn man muß schon ein Meister sein, um bei 6 bis 7 % mit 200 DM nach Haus zu kommen. Brauchen tun das Geld aber gerade die, die schlechter verdienen.

Die 200 DM lassen sich auch gegen die Kapitalisten durchsetzen. Mit einer "utopischen Forderung" haben die nichts zu tun. Aber mit einer kampfstarken Forderung, mit einer, die man auch durchsetzen will, für die man eintritt, damit haben sie viel zu tun. Wir müssen versuchen, so schwer das jetzt in der kurzen Zeit auch ist, unsere Forderung zum Stehen zu bringen:

200 Mark für alle mindestens!

–BASF-Aufbauzelle Ludwigshafen–

Industrielle Reservearmee

Damit sie nicht auf radikale Ideen kommen...

Vorschlag der IG Bau, Steine, Erden Darmstadt: Arbeitslose sollen umsonst arbeiten

Darmstadt. Am 3. März wurde vom Regionalfernsehen des Südwestfunks/ Rheinland-Pfalz ein Bericht über eine "lobenswerte Initiative" der Gewerkschaft Bau, Steine, Erden gesendet. Diese hatte in Darmstadt die Arbeitslosen aus dem Baugewerbe dazu aufgerufen, sich ohne Bezahlung während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit an der Renovierung von Altersheimen zu beteiligen, für die im Moment in den Gemeindekassen nicht das notwendige Geld vorhanden sei. Den Zweck dieser Initiative erklärte ein Gewerkschaftsfunktionär etwa folgendermaßen: Durch diesen Dienst am Nächsten solle der psychische Druck, unter dem sich die Arbeitslosen befänden, weil sie sich zu nichts nutze fühlten, gemindert werden. Was er unter diesem psychischen Druck tatsächlich verstand, kam einige Sätze später heraus, als er davon sprach, daß sich an anderen Orten bei den Arbeitslosen eine gefährliche Tendenz zur Radikalisierung gezeigt habe.

Lob kann diese "Initiative" von Gewerkschaftsfunktionären allerdings nur finden bei den Feinden der Arbeiterklasse. Die sind mit jedem Gewerkschaftsfunktionär zufrieden, der sich Sorgen macht, daß jemand auf radikale Ideen kommt. Solche Ideen wie die, daß es keine Arbeitslosigkeit mehr geben würde, wenn die Arbeiterklasse selbst die politische Macht und die Fabriken in der Hand hat. Auch freuen sich die Gemeinderäte sicher, wenn man ihnen die Gemeindekasse für lukrativere Geschäfte überläßt als die Ausstattung von Altersheimen.

Da sollen also die Arbeiter, wenn sie arbeitslos sind und die eigenen Rücklagen – nichts anderes sind ja die Versicherungsbeiträge – aufzehren müssen, zur Freude derer, die für ihr Los verantwortlich sind, auch noch unbezahlte Arbeit leisten. Dieser Plan, die Arbeitslosen zum freiwilligen Arbeitsdienst antreten zu lassen, widerspricht völlig dem grundlegendsten Zweck der Gewerkschaft, die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter zusammenzuschließen. Anstatt der Spaltung in Arbeitslose und Arbeitende mit allen Mitteln entgegenzutreten, anstatt dafür einzutreten, daß die Arbeitslosen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit möglichst weitgehend geschützt werden, damit sie nicht zur Reserve der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse gemacht werden können, wollen diese Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeitslosen gleich als kostenlose Arbeitssklaven ausliefern.

–A.S./Red.–

Kurse für Rationalisierung

Arbeitslose müssen lernen, wie man Arbeiter überflüssig macht

Arbeitslosen der technischen Berufe werden jetzt vom Arbeitsamt Wuppertal Weiterbildungskurse angeboten. Dabei gibt es jedoch keine Auswahl, sondern nur die REFA-Grundausbildung (REFA = Verfahren zur Rationalisierung von Arbeitsvorgängen und Arbeitsabläufen).

Das Arbeitsamt wies die zu einer "Arbeitsberatung" vorgeladenen Arbeitslosen darauf hin, daß die Zahlung des Arbeitslosengeldes für denjenigen eingestellt werden kann, der die Teilnahme an diesem Kursus ablehnt. Auf die anschließende Frage an die anwesenden Arbeitslosen, wer an diesem Kursus nicht teilnehmen wolle, meldete sich natürlich niemand, denn wer will schon sein Arbeitslosengeld riskieren? Andererseits wird dem Bildungswilligen die Sache schmackhaft gemacht, indem ihm für die Zeit der Ausbildung statt Arbeitslosengeld Unterhaltsgeld gezahlt wird, das etwa um 20 % höher liegt als das Arbeitslosengeld. Außerdem wird die Dauer der Zahlung des Arbeitslosengeldes um die Zeit des Lehrgangs verlängert. Fahrgeld zur Ausbildungsstätte wird ebenfalls erstatttet.

Es wird also von Kollegen, die während der Krise Rationalisierungsmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, verlangt, daß sie ihrerseits lernen, wie man Arbeitsplätze wegrationalisiert. Hier zeigt das Arbeitsamt deutlich, für wessen Interessen es sich einsetzt, nämlich für die Interessen der Kapitalisten und nicht für die der Lohnabhängigen.

Für die Propaganda des bürgerlichen Staates hat dieses Ausbildungsprogramm obendrein noch einen Vorteil, den der Beamte des Arbeitsamtes sogar ganz unverhohlen aussprach: "Wenn viele Leute an diesen Kursen teilnehmen, ist es für uns insofern günstig, als daß sie in unseren Statistiken nicht als Arbeitslose geführt werden."
Auf diese Weise werden die Statistiken manipuliert und die wahren Ausmaße der Arbeitslosigkeit verschleiert.

–Kommunistische Gruppe Wuppertal–

Wandernde Arbeitsreserve

Wie die Stadverwaltung Ulm Arbeitslose ausnutzt

Am 17.2.75 bin ich mit einem Kollegen nach Ulm gefahren, um für einen Schulneubau Laboreinrichtungen zu liefern. Unter den Labormöbeln befinden sich Tische, die um 8 Zentner wiegen. Als wir in

nutzte die Kollegen als billige Arbeitskräfte. Sie setzt sie bei öffentlichen Gebäuden usw. ein. Für das Abladen von unserem Lastzug veranschlagte man 3 Stunden. Für diese 3 Stunden bekamen die Kollegen

Übernahme ausgeschlossen

Ausbildungsverträge bei der Bundesbahn

Bremen. Im nächsten Halbjahr lernen ca. 40 Lehrlinge beim Bundesbahnausbesserungswerk aus, davon sollen etwa 5 Lehrlinge übernommen werden, für den Rest der Lehrlinge hat die Bundesbahn laut ihrem Rationalisierungsprogramm keine Arbeit mehr, sie werden nach ihrer Ausbildung arbeitslos.

Auf der anderen Seite beschloß die Bezirksleitung in Hannover, daß noch mehr Lehrlinge in den Ausbildungsstätten aufzunehmen sind. Die Bundesbahn sichert sich jetzt schon für die nächsten Einstellungen ab. Es sollen zwei Lehrverträge angefertigt werden; auf dem einen Lehrvertrag läßt man sich eine Übernahme offen, und auf dem anderen Lehrvertrag wird eine Übernahme ausgeschlossen. Das bedeutet für die Lehrlinge, die den zweiten Lehrvertrag unterschreiben, daß sie nach Beendigung ihrer Ausbildung arbeitslos sind. Die andere Frage ist, wo will die Bundesbahn die zusätzlichen Lehrlinge ausbilden?
Die Ausbildungsmöglichkeiten sind in den letzten zwei Jahren so miserabel geworden, daß es jetzt schon schwierig ist, die jetzigen Lehrlinge sinnvoll auszubilden. Allein die Elektrikerwerkstatt, wo früher 5–7 Mann gearbeitet haben, muß heute 14 Mann plus Ausbilder aufnehmen. Der Platz ist so eng, daß sich die Lehrlinge gegenseitig in ihrer Ausbildung behindern.
Weiterhin sind die Mittel für die Ausbildung, wie elektronische Meßgeräte usw., nicht vorhanden. Bei den Maschinenschlossern und Drehern sieht es ähnlich aus, so fehlt bei den Maschinenschlossern seit Jahrzehnten eine Hydraulikwerkstatt.

Stufenausbildung bei Rheinstahl

Kassel. Bei Rheinstahl gibt es für Elektrikerlehrlinge seit 1973 die Stufenausbildung. Sie soll jetzt auch für andere Lehrlinge eingeführt werden.

In einem Gespräch mit einem Elektrikerlehrling erfuhr ich, daß Rheinstahl-Henschel nun auch für die Schlosserlehrlinge die Stufenausbildung einführen will.
Was für Auswirkungen hat die Stufenausbildung? Im Juni dieses Jahres findet die Prüfung für das zweite Lehrjahr der Elektrikerlehrlinge statt. Das Lehrjahr besteht aus 4 Kollegen. Schon jetzt steht fest, daß nur zwei von ihnen in die nächste Stufe übernommen werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die anderen zwei auf der Strecke bleiben, sozusagen "herausgeprüft" werden. Und sich fortan als Elektriker zweiter Klasse, eingestuft in eine der unteren Lohngruppen, verdingen können, falls sie überhaupt einen Ausbeuter finden.
In der Diskussion unter den Kollegen vertrat einer den Standpunkt, daß die Stufenausbildung doch so schlecht gar nicht sei, gäbe sie doch die Möglichkeit, etwas früher Geld zu verdienen.

Im Laufe der Diskussion jedoch konnten wir richtig herausarbeiten, was die Stufenausbildung für die Mehrheit der Lehrlinge bedeutet, nämlich Verlust von 1 1/2 Jahren Facharbeiterausbildung und somit geringere Qualifikation der Arbeitskraft und weniger Lohn. Ferner fördert die Stufenausbildung planmäßig die Spaltung und Konkurrenz unter den Lehrlingen, da zu Beginn der Ausbildung schon feststeht, wieviele abgeschossen werden. Für die Kapitalisten bedeutet die Stufenausbildung: Verbilligung der Ausbildung insgesamt und die Möglichkeit, sich vermittels Auslese durch die Prüfungen die ihnen genehmen Lehrlinge herauszusuchen.

Wandernde Arbeitsreserve

Wie die Stadverwaltung Ulm Arbeitslose ausnutzt

Am 17.2.75 bin ich mit einem Kollegen nach Ulm gefahren, um für einen Schulneubau Laboreinrichtungen zu liefern. Unter den Labormöbeln befinden sich Tische, die um 8 Zentner wiegen. Als wir in
Schloß Neuhaus losfuhren, wurde uns gesagt, in Ulm seien Leute zum Abladen bestellt. So war es dann auch. Zu unserer Überraschung standen da etwa 15 Mann und das sind etwa 10 mehr gewesen als wir brauchten. Einer der Kollegen sprach mich gleich an und fragte, ob er mit nach Paderborn kommen könnte. Er sei Paderborner und vor einiger Zeit in Paderborn arbeitslos geworden. Das Arbeitsamt hatte ihn dann nach Ulm geschickt, weil dort für ihn eine Stelle frei sei. Als er in Ulm ankam, war da keine offene Stelle mehr. Er wurde nun mit 20 weiteren Kollegen, die in der gleichen Lage gewesen sind, in ein Rot-Kreuz-Heim einquartiert. Natürlich alle in einen Raum, wodurch es schon bald durch Enge und die Aussichtslosigkeit zu Streitereien kam. Die Stadtverwaltung Ulm nun be-
nutzte die Kollegen als billige Arbeitskräfte. Sie setzt sie bei öffentlichen Gebäuden usw. ein. Für das Abladen von unserem Lastzug veranschlagte man 3 Stunden. Für diese 3 Stunden bekamen die Kollegen
10 DM. Davon wurde ihnen aber noch 2 DM für das Mittagessen abgezogen. Einige erzählten mir, daß sie in Ulm bei einem LKW-Werk Arbeit bekommen könnten, weil das Werk einen Großauftrag für die Sowjetunion hat. Da bekommen sie aber erst nach sechs Wochen den ersten Lohn und von der Aussicht auf Lohn kann kein Mensch leben. Weil sie alle schon länger arbeitslos sind, hat natürlich keiner Ersparnisse, um die sechs Wochen zu überbrücken. Es konnte also keiner in dem Werk anfangen (es gibt auch keinen Vorschuß). Damit sie in dieser Situation nicht ihrem Unbehagen Ausdruck verleihen, hatte man ihnen schon wieder Hoffnung gemacht. Sie sollten nach Hamburg fahren, weil es dort offene Stellen gebe.

–H.Sch., Paderborn–

den der Beamte des Arbeitsamtes sogar ganz unverhohlen aussprach: "Wenn viele Leute an diesen Kursen teilnehmen, ist es für uns insofern günstig, als daß sie in unseren Statistiken nicht als Arbeitslose geführt werden."
Auf diese Weise werden die Statistiken manipuliert und die wahren Ausmaße der Arbeitslosigkeit verschleiert.
–Kommunistische Gruppe Wuppertal–

findet die Prüfung für das zweite Lehrjahr der Elektrikerlehrlinge statt. Das Lehrjahr besteht aus 4 Kollegen. Schon jetzt steht fest, daß nur zwei von ihnen in die nächste Stufe übernommen werden. Das bedeutet nichts anderes, als daß die anderen zwei auf der Strecke bleiben, sozusagen "herausgeprüft" werden. Und sich fortan als Elektriker zweiter Klasse, eingestuft in eine der unteren Lohngruppen, verdingen können, falls sie über-

und weniger Lohn. Ferner fördert die Stufenausbildung planmäßig die Spaltung und Konkurrenz unter den Lehrlingen, da zu Beginn der Ausbildung schon feststeht, wieviele abgeschossen werden. Für die Kapitalisten bedeutet die Stufenausbildung: Verbilligung der Ausbildung insgesamt und die Möglichkeit, sich vermittels Auslese durch die Prüfungen die ihnen genehmen Lehrlinge herauszusuchen.

Ins Arbeitshaus gesperrt

Zwangsarbeit in den Werkstätten für Behinderte

Nach Schätzungen sind in der Bundesrepublik ca. 4 Millionen Menschen geistig oder körperlich behindert, entweder von Geburt an, durch frühe Erkrankungen, durch den Krieg, durch Arbeits- und Verkehrsunfälle, durch Verschleiß oder aus andere Ursachen.

Die, die keine Chance haben, die noch erhaltene Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zu verkaufen, vegetieren dahin, in der Hand der staatlichen oder klerikalen Fürsorge. Ein Teil von ihnen wird in "Werkstätten für Behinderte" beschäftigt. Was diese Werkstätten betrifft, so ist in dem im April 1974 verabschiedeten "Gesetz zur Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts" festgelegt:
"§ 38b(2) Die Werkstatt muß den Behinderten ermöglichen, ihre Leistungsfähigkeit zu entwickeln, zu erhöhen oder wiederzugewinnen und ein dem Leistungsvermögen angemessenes Arbeitsentgelt zu erreichen."
Was es mit dieser Entwicklung der Leistungsfähigkeit auf sich hat, belegen zahlreiche Zuschriften, die die Redaktion in den letzten Wochen erreicht haben, nachdem wir auf die Zustände in den Behindertenwerkstätten in Neuß hingewiesen haben.

Über die "Beschützende Werkstatt" Martinshof in Bremen schreibt ein Korrespondent, daß dort zirka 300 geistig behinderte Jugendliche und Erwachsene beschäftigt sind und für ein Entgelt von durchschnittlich etwas über 1,20 DM stundenlang für Nordmende Filzscheiben auf Tunerdeckel kleben, kleine Pappscheiben in Schraubverschlüsse für Ketels-Tuben stöpseln oder den ganzen Tag zwei Kabelenden für Siemensstecker verlöten.
In einer Werkstatt in Herne arbeiten 50 geistig Behinderte im Alter zwischen 17 und 50 Jahren im Akkord für ein Taschengeld. Sie setzen Zwiebelschneider zusammen, Brillenetuis oder sie stellen Polster für Jacken her. Nach Schätzung einer Praktikantin erreichen sie ungefähr ein Drittel der Leistung eines gesunden Menschen. Der Akkord wird damit begründet, daß so am besten die Eingliederung ins "normale" Leben möglich sei. Irgendwelche Heilverfahren werden nicht angewandt. Die Akkordarbeit verschlimmert häufig den Zustand dieser Menschen nur noch mehr. Diese schamlose Ausnutzung der weitgehend wehrlosen Menschen lohnt sich offenbar so sehr, daß man jetzt



Arbeit am Band in den Behindertenwerkstätten in Praunheim bei Frankfurt

200 Plätze schaffen will.
Über die Verhältnisse in den "Johannes-Anstalten" in Mosbach berichtet ein Genosse:
Alle Erwachsenen und Jugendlichen, die aus dem schulpflichtigen Alter schon heraus sind, müssen in sogenannten therapeutischen Werkstätten arbeiten ... In einer dieser Abteilungen werden hölzerne Wäscheklammern hergestellt. ... An Tischen sitzen jeweils zwei Behinderte, jeder hat vor sich drei Schalen stehen, eine mit Hölzchen, eine mit Federn und in die dritte Schale werden die fertigen Klammern geworfen. Das Zusammenstecken selbst geht so vor sich: Die Feder wird auf einen Dorn gesetzt, ein Fußpedal am Boden wird niedergedrückt, wo durch eine Nylonschnur die Feder durch zwei andere Dorne auseinandergedrückt wird; anschließend werden zwei Hölzchen in die gespannte Feder gesteckt und der Fuß wird vom Pedal genommen, wodurch die Feder sich wieder entspannt. Fertig ist die Wäscheklammer und ein "großer Lernprozeß" fand bei den Behinderten statt!

Jetzt sammelt ein anderer die fertigen Klammern ein, wobei er eventuell unbrauchbare aussortiert und den vollen Korb auf den nächsten Tisch stellt. Dort werden sie dann von Behinderten in große Sperrholzbretter mit je 50 Löchern einzeln hineingesteckt. Danach werden diese Bretter wieder an einen Tisch gebracht, wo die 50 Klammern in Kartons gesteckt werden.
Jeder bleibt immer am selben Arbeitsplatz. Gearbeitet wird von morgens 8 bis 11.30 Uhr mit einer halben Stunde Pause, nachmittags von 13 bis 16.30 Uhr, wieder mit einer halben Stunde Pause. Freitags wird von 8 bis 11.30 Uhr gearbeitet, wobei aber einige trotzdem noch nachmittags ein bis zwei Stunden zum Werkstattputz antreten müssen.
Entlohnt werden sie nach ihrer produzierten Stückzahl während der Arbeit. Der Lohn liegt zwischen 2 und 8 DM wöchentlich.
Ich habe herausbekommen, daß die Klammern für die Firma Fackelmann produziert werden, die sie dann für 1,95 DM je 50 Stück verkauft. Im Schnitt werden von einer solchen Abteilung, die aus zehn Klammermachern, fünf Steckern, einem Läufer und einem Packer besteht, täglich zirka 3 000 Klammern hergestellt.

Für die Kapitalisten besteht ein gewisser Reiz, an diese Werkstätten Aufträge zu vergeben. Sie können sich dadurch von der gesetzlichen Verpflichtung freikaufen, jeweils 6 % der Arbeitsplätze im Betrieb für Schwerbehinderte herzugeben. Sie müssen monatlich 100 DM für jeden nicht in diesem Sinne besetzten Arbeitsplatz abgeben. Wenn sie aber Aufträge an solche Werkstätten vergeben, können sie 30 % des Rechnungsbetrages auf die Abgabe anrechnen. Die Behinderten arbeiten zwar in der Regel weniger als die Gesunden, aber dafür kriegen sie auch nur Almosen, so daß der Kapitalist mit dem Ruf des Menschenfreundes auch noch sein Profitchen in der Tasche hat.
So ist also der Gang der Dinge. Das Kind, das verkrüppelt zur Welt kommt, weil die Mutter im Akkord stand, sich mit Tabletten vergiftet hat, der Arbeiter, dem die Maschine die Glieder zertrümmert hat, weil der Kapitalist mit den Schutzvorrichtungen gespart und ihn mit Überstunden und Arbeitshetze fertig gemacht hat, hier finden sie sich wieder unter dem Schutzmantel der edlen Gesinnung derer, die für ihr Elend verantwortlich sind, festgenagelt an die Werkstatt, getrennt von ihren Kollegen, oft von ihrer Familie und ihrenn Freunden, kaserniert, gelegentlich den Damen ihrer "Wohltäter" zur Schau gestellt und in der übelsten Weise ausgenutzt.
Jede Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu verwenden und zu entwickeln, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ihre Abhängigkeit wenigstens einzuschränken, wird ihnen verbaut.
Würde kann ein solches Leben nur gewinnen durch die Rebellion und durch die Beteiligung am Kampf für eine ganz andere Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiter die Macht haben und die Fabriken in den Händen der Arbeiter sind. Dann können Verhältnisse geschaffen werden, in denen die Ursachen für die Verkrüppelung und Erkrankung von Menschen immer mehr bekannt und ausgerottet werden und in denen die, die krank und behindert sind, sich auch mit ihren geringeren Kräften für die Gesellschaft nützlich machen können, in denen sie gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sind und nicht wie Aussätzige behandelt werden.

–hv–

An Unmut und Wut über das Urteil mangelt es nicht

2400 Unterschriften für eine Demonstration

Auf Initiative von Gewerkschaftskollegen waren in Frankfurt mit Unterstützung der Ortsgruppe des KBW in gut einer Woche rund 2 400 Unterschriften für eine Demonstration gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und für die ersatzlose Streichung des § 218 gesammelt worden.

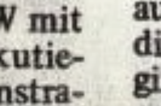
Die Mehrzahl dieser Unterschriften kam von Arbeitern und Angestellten, worunter viele alte SPD- und DKP-Mitglieder waren. "Die Unterzeichner", so hieß es in dem Aufruf, "sind nicht für Abtreibung, aber sie sind für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, solange die bestehenden sozialen Verhältnisse Abtreibungen hunderttausendfach erzwingen ... Die Unterzeichner sprechen dem Verfassungsgericht und dem Staat überhaupt das Recht ab, sich in solcher Weise in das Leben der Menschen einzumischen und sie unter Druck zu setzen." Gleichzeitig erging eine Aufforderung an die DGB-Gewerkschaften und den DGB selbst, den Protest und Widerstand gegen das Urteil zu organisieren. Diesem Aufruf schlossen sich die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV), Fachgruppe Einzelhandel, die Mehrzahl der Mitglieder des Kreisjugendausschusses der IG Metall, die ÖTV-Betriebsgruppe des Kinderkrankenhauses Bornheim sowie die ÖTV-Vertrauensleute der Universität an.

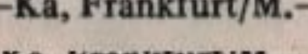
Die politischen Parteien und Organisationen konnten sich dagegen nicht entschließen, diese Initiative zu unterstützen. Während sich die SPD mit ihren verschiedenen Untergliederungen einschließlich der Jusos schlicht tot stellte, forderten die Gruppe Rote Fahne (KPD) und einige andere Gruppen Zusätze für den Aufruf. die entweder den Teilnehmerkreis unzulässig eingeschränkt hätten oder die darauf hinausliefen, weitergehende Vorstellungen über die Befreiung der Frau zu formulieren.

Auf einer Veranstaltung der Ortsgruppe Frankfurt des KBW am Donnerstag vor der Demonstration wurde den 550 Teilnehmern der Vorschlag des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des KBW unterbreitet, die Bewegung gegen den § 218 unter den Forderungen "Weg mit dem § 218! Das Volk soll selbst entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" zusammenzufassen. Für diesen Vorschlag gab es breite Unterstützung und Kollegen und Genossen konnten berichten, daß viele Kollegen im Gespräch den Vorschlag mit dem Volksentscheid schon selbst gemacht hätten. Es wurde aber auch klar, daß ein solcher politischer Kampfschritt sich nicht mit der linken Hand durchführen läßt, denn schließlich muß sich das ganze arbeitende Volk dem Staat unnachgiebig mit seinen Forderungen entgegenstellen.

Auf der Demonstration am Samstag hat sich dann herausgestellt, daß es, wie die in kurzer Zeit gesammelten Unterschriften zeigen, zwar an Unmut und Wut über das Urteil nicht mangelt, aber die Bereitschaft, selbst in Aktion zu treten, sehr eng geknüpft ist an überzeugende Vorstellungen, wie der Kampf mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann. So waren es am Schluß erst einmal nur 650 Demonstrationsteilnehmer, denn wir hatten praktisch nur noch einen Tag Zeit, den Vorschlag des KBW mit Kollegen und Freunden zu diskutieren. Trotzdem hat diese Demonstration eine gute Wirkung gehabt und sie hat sicher dazu beigetragen, die Debatte über das Urteil und die möglichen Kampfschritte zu verbreitern.

–Ka, Frankfurt/M.–





–Ka, Frankfurt/M.–



Demonstration am 8.3.1975 in Frankfurt

Weg mit Strafandrohung gegen Abtreibungen

Das Bundesverfassungsgericht hat die Reform des § 218, die Fristenlösung, für verfassungswidrig erklärt. Dies geschah unter Berufung auf Artikel 2 des Grundgesetzes, der den Schutz des Lebens garantieren soll.

Dieser Artikel der Verfassung, so das Urteil, sei "als Reaktion auf die 'Vernichtung lebensunwerten Lebens', auf 'Endlösung' und 'Liquidierung', die vom nationalsozialistischen Regime als staatliche Maßnahme durchgeführt wurden" entstanden.

Die Abtreibungen, zu denen Angehörige der Arbeiterklasse und des Volkes durch die Not ihrer Lage gezwungen werden, stellt also dieses Gericht auf eine Stufe mit dem

Gericht auf eine Stufe mit dem

Massenmord des bürgerlich-faschistischen Staates. Dieser bürgerlich-faschistische Staat hat Millionen auf den Schlachtfeldern, in Gefangenenlagern und KZ's verbluten lassen. Er hat die Überlebenden in schärfstes soziales Elend gestürzt und hat den § 218 dazu eingesetzt, das Gebären von Soldatennachwuchs zu erzwingen. Er hat die Massen durch das Elend, das er über sie brachte, verschärft zu Abtreibungen gezwungen und dies gleichzeitig zum Straftatbestand erklärt. Dies alles allein zu dem Zweck, die kapitalistischen Verhältnisse zu schützen.

Eben diese kapitalistischen Verhältnisse schützt auch heute das Bundesverfassungsgericht, womit es auch gerade die Ursachen der Abtreibung schützt.

Das Elend ist für die Richter die Normalsituation

Auch das Gericht konnte nicht mehr abstreiten, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die zur Abtreibung führen. Dazu stellt es aber fest, daß dies – so das Urteil wörtlich – "die Normalsituation darstelle, mit der jeder fertig werden muß". Jeder, das sind hier freilich nur die Arbeiterklasse und das Volk. Vom Standpunkt eines Richters erscheint das Elend allenfalls als Angeklagter vor dem Richtertisch.

Ausbeutung, Arbeitshetze, Armut und miserable Wohnungsbedingungen werden also von diesen Richtern zu den normalen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes erklärt, mit denen man sich abzufinden habe. Und weil sie diese "Normalsituation" für richtig und gut halten, ist für sie eine Abtreibung aus sozialen Gründen auch nur in Grenzfällen möglich. Dazu schreiben sie: "Bei der Regelung dieses Indikationsfalles muß der Gesetzgeber den straffreien Tatbestand so umschreiben, daß die Schwere des hier vorauszusetzenden sozialen Konflikts deutlich erkennbar wird und die Kongruenz dieser Indikation mit den anderen Indikationsfällen gewahrt bleibt." Im Klartext: Nur wo das Leben der Mutter oder das des Kindes auf dem Spiel steht, soll die soziale Indikation erlaubt sein, nicht also für den, der zwar zum Leben zu wenig, aber zum Sterben noch zu viel hat.

Es sind die kapitalistischen Verhältnisse für diese Richter normal, und daß es so viele Abtreibungen gibt, liegt für sie daran, daß es viele Frauen gibt, die, so das Urteil, "nicht willens sind, den mit einem Kind verbundenen Verzicht und die natürlichen mütterlichen Pflichten zu übernehmen".

Unter "natürlich" verstehen diese Richter die mütterliche Pflicht, trotz aller Hetze in der Fabrik Kinder in unbegrenzter Zahl großzuziehen.

Aus nicht viel anderem Schrot und Korn ist hier das Minderheitengutachten der beiden Bundesverfassungsrichter, die die Fristenlösung für mit dem Grundgesetz übereinstimmend halten. Auch es stellt fest, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die die Frauen zur Abtreibung führen, "etwa unzulängliche Wohnverhältnisse, nicht ausreichendes oder ungesichertes Einkommen der vielleicht schon vielköpfigen Familie, Notwendigkeit einer Erwerbstätigkeit beider Ehegatten ...".

Aber obwohl doch auf der Hand liegt, daß man dann halt diese Verhältnisse ändern muß, liegt dies im Kopfe eines Richters nicht. Vielmehr

hältnisse ändern muß, liegt dies im
Kopfe eines Richters nicht. Vielmehr

meinen die Verfasser des Minderheitengutachtens, daß "angesichts des Versagens der Strafsanktion" der Staat andere Wege suchen muß, "der Mutter das Austragen des Kindes zu erleichtern und ihre eigene Bereitschaft dazu zu stärken". Welcher andere Weg? Im Minderheitengutachten heißt es dazu, daß "psychologische, sozial- und gesellschaftspolitische Förderungsmaßnahmen" getroffen werden müßten.

Minderheit und Mehrheit halten am Strafgesetzbuch fest

Immerhin erweckt das Minderheitengutachten dadurch den Eindruck, es wolle den Abtreibungen durch soziale Reformen entgegenwirken. Ganz so, als ob diese Richter statt auf der Strafe auf einer Veränderung der sozialen Verhältnisse bestehen würden. Dabei verbirgt sich aber hinter all den vorgeschlagenen Maßnahmen, daß es sich hier um Reformen handeln soll, die mit Schikanen, Strafandrohungen und Beeinflussung verbunden sind.

In dem Minderheitengutachten heißt es: "Der Gesetzgeber hatte bei seiner Konzeption das ganze Spektrum der Abtreibungsproblematik vor Augen, besonders die Vielzahl jener Schwangeren, die einer Beeinflussung zugänglich sind." Was man hier besonders im Auge hatte ist und war offensichtlich, wie man die Beeinflussung der Schwangeren so durchführen kann, daß der gewünschte Erfolg, die Austragung der Schwangerschaft, sich einstellt.

Der Hebel dazu ist für das Minderheitengutachten "die Pflicht zur Beratung", durch die die Beeinflussung ausgeübt werden soll. Und wer sich dieser Pflicht entzieht, meint, er benötige für seine Entscheidung keines staatlichen Ratschlages, verletzt das Gesetz und kann bestraft werden. Wie aber ein solches Beratungsgespräch aussehen wird, läßt sich anhand eines Gedichtes von Bertold Brecht vorstellen. Dort steht:

"Herr Doktor, die Periode ...
Na, freu'n Sie sich doch man
Daß die Bevölkerungsquote
Mal'n bißchen wachsen kann.
Herr Doktor, ohne Wohnung ...
Na, 'n Bett 'wern Sie wohl noch ham
Da gönn'n Sie sich'n bißchen Schonung
Und halten sich'n bißchen stramm.
Da sind Sie mal'ne nette kleine Mutter
Und schaffen mal'n Stück Kanonenfutter
Dazu ham Sie'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß."

Schwer aber wird jemand einen Arzt finden, der den Schwangerschaftsabbruch vornimmt, wenn diese Beratungsstelle von Staats wegen sich dagegen ausgesprochen hat.

Darum muß der § 218 auch ganz weg, in keiner wie auch immer veränderten Art darf der bürgerlichen Klasse und ihrem Staat die Möglichkeit gegeben werden, Abtreibungen für strafbar zu erklären. Während die Mehrheit der Richter in ihrem Urteil offen aussprechen, daß sie für die jederzeitige Strafbarkeit von Abtreibungen sind, geschieht dies im Minderheitengutachten unter dem Deckmantel der sozialen Reform, hinter der "Pflicht zur Beratung" und der Dreimonatsfrist versteckt.

Im Urteil der Richtermehrheit heißt
der Dreimonatsfrist versteckt.

Im Urteil der Richtermehrheit heißt es, die Aufhebung der Strafbarkeit würde "die in der Bevölkerung herrschenden Auffassungen von Recht und Unrecht verwirren". Was diese Richter mit dem § 218 als Rechtsauffassung erhalten wollen ist, daß es Recht, gerecht und das Normale sei, daß die Aufzucht von Kindern mit Entbehrungen, Verzicht und Verschärfung der sozialen Not verbunden sei. Und ein Wunder ist es nicht, daß man solche Auffassungen von Recht und Gerechtigkeit mit dem Strafgesetzbuch durchsetzen muß. So heißt es in dem Urteil: "Schon die bloße Existenz einer solchen Strafandrohung hat Einfluß auf die Wertvorstellungen und die Verhaltensweisen der Bevölkerung."

Es wird damit zugestanden, daß die bürgerliche Klasse bloß mit Hilfe ihres Strafgesetzbuches ihre Wertvorstellungen den Volksmassen aufzwingen kann und deswegen kann sie auch auf keinen einzigen Paragrafen dieses Strafgesetzbuches verzichten.

Für die Arbeiterklasse und das Volk ist es unerträglich, daß dieser Staat, der die kapitalistischen Verhältnisse schützt, die elenden Folgen dieser Verhältnisse für die Massen zu einem Gegenstand seiner Polizei und Justiz machen kann. Es muß für sie darauf ankommen, sich das Recht auf Abtreibung auch gegen den bürgerlichen Staat zu erkämpfen, und ebenso Verhältnisse, in denen dieses Recht überflüssig wird.

e.r.

Gegen den Schandparagrafen

Viele Veranstaltungen und Kundgebungen

In vielen Städten fanden in der letzten Woche und in den letzten Tagen Veranstaltungen gegen den § 218 und gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes statt.

Im Brennpunkt der Beiträge und Diskussionen der Veranstaltungen stand die Frage, wie der Kampf gegen den § 218 weitergeführt werden kann und auf welche Forderung er ausgerichtet werden muß. Bei einer Veranstaltung der Ortsaufbaugruppe Darmstadt des KBW, auf der rund 100 Menschen anwesend waren, wurde herausgestellt, daß darauf hingearbeitet werden muß, daß die Forderung "Weg mit dem § 218" eine der zentralen Forderungen am 1.Mai werden muß. In einer Resolution, die auf dieser Veranstaltung verabschiedet wurde, heißt es: "Die Versammelten sprechen sich keineswegs für die Abtreibung aus, sondern für das Recht auf Abtreibung und gegen die Verfolgung durch Strafgesetze."

In einer Veranstaltung der Kommunistischen Gruppe Mörfelden gegen den § 218 wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der dem DGB Ortskartell Mörfelden und der DGB-Jugendgruppe Vorschläge unterbreitet werden, wie der Kampf gegen den § 218 in die Vorbereitung und Durchführung des 1.Mai einbezogen werden kann.

Ähnlich verliefen die Debatten auf Veranstaltungen in Mannheim mit 120 Besuchern, Friedberg mit 60 Besuchern, Ravensburg, Kassel mit 60 und Opladen mit ungefähr 40 Teilnehmern.

Auf all diesen Veranstaltungen zeigte sich, daß allein die Forderung nach völliger Streichung des § 218 der Bewegung gegen diesen Paragrafen eine klare und grundsätzliche Ausrichtung geben kann.

In den meisten Veranstaltungen, so in Darmstadt, Kassel, Ravensburg, Mörfelden, Heidelberg und auf zwei kurzen Kundgebungen der Sozialistischen Gruppe Frankenthal wurde der Vorschlag des Ständigen Ausschusses des KBW, die Bewegung gegen den § 218 unter den Forderungen zusammenzuschließen "Weg mit dem Paragrafen 218! Das Volk soll selber entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!" debattiert. Es zeigte sich, daß diese Losungen geeignet sein werden. der Bewegung gegen den § 218 eine klare politische Stoßrichtung zu geben, und daß andernfalls die Bewegung in die Krise geraten muß.

So wenig aber dieses Recht auf Volksentscheid in der Verfassung steht, so wenig kann es auch darum gehen, diese Verfassung zu ändern. Vielmehr geht es darum, daß sich das Volk dieses Recht jetzt nimmt, um seinen Willen zu demonstrieren und den § 218 zu Fall zu bringen.

Auf einer Veranstaltung in Heidelberg, an der ca. 400 Menschen teilnahmen, wurde mit großem Beifall festgestellt, daß das Urteil der Verfassungsrichter keineswegs ein Ende des Kampfes gegen den Paragrafen 218 darstellt. Daß es jetzt nicht darum gehen kann, sich mit diesem Urteil abzufinden und einzurichten. Einstimmig wurde dort der Vorschlag, einen Volksentscheid gegen den Paragrafen 218 vorzubereiten, angenommen. Die Versammelten verabschiedeten folgende Resolution:

Das Bundesverfassungsgericht hat die Fristenlösung, die mit knapper Mehrheit im Bundestag beschlossen war, kassiert.

Der § 218 soll weiter bestehen bleiben, und auch Änderungen in seiner Anwendung, wie sie die Fristenlösung vorsah, nicht zugelassen sein.

Die Verhältnisse selbst aber, die Jahr für Jahr Hunderttausende von Abtreibungen erzwingen, haben sich nicht geändert. Die Strafandrohung gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft ist ein Knüppel gegen das Volk und insbesondere gegen die Frauen aus der Arbeiterklasse und den armen Schichten.

Dagegen gibt es nur eine Forderung: **Ersatzlose Streichung der § 218!**

Das Bundesverfassungsgericht hat diese Forderung nicht erledigt, sondern ihre Bedeutung unterstrichen.

Über das Schicksal des Volkes sollen nicht eine Handvoll Richter und Bürokraten entscheiden. Wir unterstützen den Vorschlag, einen Volksentscheid gegen den § 218 zu fordern und dann durchzuführen, und fordern alle auf, die gegen den Schandparagraphen sind, diesen Vorschlag zu unterstützen.

Das Volk selbst soll entscheiden!

Resolutionen

Oldenburg. Die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Keramik Oldenburg verabschiedete einen Antrag, in dem sie sich für die völlige Streichung des § 218 ausspricht.

Frankfurt. Die Postjugend-Jahreshauptversammlung am 5.3. in Frankfurt beschloß eine Resolution, in der sie den DGB-Vorstand auffordert, am 1.Mai die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 im Rahmen der Gewerkschaftsaktionen zu vertreten.

Darmstadt. Auf der Vertrauensleuteversammlung der IG Chemie am 5.März wurde von den Vertrauensleuten der Firma Röhm eine Resolution verabschiedet und eine Presseerklärung, die sich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des § 218 aussprachen und weiterhin für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten.

"Keine Klassenschule mehr – es muß die Einheitsschule her"

2000 beteiligten sich an der Demonstration in Kassel

Kassel. 2000 junge Arbeiter, Arbeitslose und Schüler folgten dem Aufruf der DGB-Jugend Hessen zur Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Berufsausbildung in Kassel am Samstag, dem 8.3.1975.

Die Demonstration wurde vom Stadtschülerrat und verschiedenen anderen Organisationen unterstützt. In Hessen sind inzwischen 10 500 Jugendliche arbeitslos, davon 4 500 unter 18. Die Landesregierung hat viel Worte gemacht, herausgekommen ist bisher aber nur ein Plan, 2 000 der jungen Leute ein halbes Jahr in der Landes- und Forstverwaltung zu beschäftigen. Also eine Art Arbeitsdienst. Gleichzeitig wurden 25 Lehrer für die Berufsschulen nicht eingestellt.
Der Protest der Demonstranten richtete sich in der Hauptsache gegen die Lehrstellenverknappung und die Herrschaft der Kapitalisten über die Berufsausbildung.
Die Forderungen waren noch nicht einheitlich. Ein Drittel des Zuges sammelte sich unter Transparenten, die die Ortsaufbaugruppe vorgeschlagen hatte und die zum Teil auch schon vom Stadtschülerrat und einzelnen Gewerkschaftsgremien beschlossen worden waren. Darunter die Forderungen:
Sofortige Einstellung aller Lehrer!
Berufsschule mindestens zwölf Stunden – zwei Tage in der Woche!
Kontrolle der Berufsschule durch Betriebsrat und Gewerkschaft!
Anerkennung der Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose!
Weg mit der Stufenausbildung – einheitliche Ausbildung für alle!
Keine Klassenschule mehr – es muß die Einheitsschule her!

Dem Kampf für eine Änderung der Lage der Jugendlichen waren dagegen die allgemeinen Appelle der Kundgebungsredner an die Bundesregierung, Bildungsreform und Mitbestimmung durchzusetzen, wenig nützlich.
Ein ausländischer Kollege, dem auf der Kundgebung das Wort erteilt wurde, wies darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit unter Ausländern allein in Kassel 17 % beträgt und rief dazu auf, gleiche Rechte für alle ausländischen Arbeiter zu fordern.

–F.H., Kassel–



Demonstration am 8.3. in Kassel gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

Vorschlag wurde begrüßt

Als am 1. Februar rund 120 Lehramtskandidaten im Regierungsbezirk Kassel nicht eingestellt wurden, wurde dieses Thema von der Schülervertretung unserer Schule (Friedrich-List-Schule: Wirtschaftsgymnasium, Berufsfachschule, Höhere Handelsschule) aufgegriffen. Eine Wandzeitung wurde geschrieben und eine spontane Vollversammlung durchgeführt.
Die anwesenden 300 Schüler stimmten einer Resolution zu, die sich gegen die Nichteinstellungen aussprach, da nachweislich in Hessen Lehrermangel besteht, und in der die Argumentation der Landesregierung, daß kein Geld da sei, mit dem Hinweis auf die Personalaufstockung bei Polizei und Justiz zurückgewiesen wurde.
Uns war klar, daß damit der Kampf gegen die Nichteinstellung nicht zu Ende sein konnte. Wir beschlossen deshalb, eine weitere Vollversammlung durchzuführen, auf der wir genügend Zeit hätten, dieses Thema ausgiebig diskutieren zu können. Gleichzeitig beschlossen wir, die Sache in den Stadtschülerrat hineinzutragen.
Dort wurde unser Vorschlag, auf Stadtebene gegen die Mißstände anzugehen, begrüßt und sofort eine ähnliche Resolution angenommen. Da auf der Sitzung des Stadtschülerrates ein Vertreter des DGB über die geplanten Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Bildungsmisere berichtete, beschlossen wir, an den Aktionen des DGB teilzunehmen und zur Demonstration aufzurufen.
Dazu verfaßten wir eine Resolution mit den Forderungen, mit denen wir uns an der Demonstration beteiligen konnten: u.a.:
Einstellung aller verfügbaren Lehrer! Keine Klasse über 25 Schüler! Volle Erteilung des gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichts! Weg mit der Elternspende! Zahlung aller Lehrmittel durch den Staat! Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose! Arbeitslosengeld für jugendliche Arbeitslose in Höhe von wenigstens 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohns!
Diese Resolution wurde auf der nächsten Stadtschülerratssitzung mit einigen kleinen Ergänzungen angenommen.
An unserer Schule erarbeitete eine Vorbereitungsgruppe für die nächste Vollversammlung ein Diskussionspapier, das nochmals die Lage in der Berufsausbildung und unsere Forderungen erläuterte. Es wurde in allen Klassen diskutiert, von vielen kamen auch weitere Ergänzungen und Forderungen. Es zeigte sich, daß das Thema unter den Berufsfachschülern besser aufgenommen wurde als bei den Oberschülern des Wirtschaftsgymnasiums. Für uns war dies ein Beweis dafür, daß die theoretische Ausbildung, die die Oberschüler erhalten, von der Realität wegführt und die Oberschüler von der arbeitenden Bevölkerung abspaltet.
Zur Vollversammlung am 7. März hatten wir Vertreter von Arbeitsamt, Schulamt, Gewerkschaft, Unternehmerverband, vom Allgemeinen Studentenausschuß der Gesamthochschule Kassel und nichteingestellte Referendarsanwärter eingeladen. Trotz der relativ guten Vorbereitung war es schwierig, eine breite Diskussion zu erreichen, weil die anwesenden Herren lange Monologe hielten, mit viel Zahlenmaterial um sich warfen und die Verantwortung für die schlechten Verhältnisse sich gegenseitig in die Schuhe schoben. Eine aus politischen Gründen nicht eingestellte Lehramtsanwärterin allerdings konnte gut aufzeigen, daß mit der zunehmenden politischen Disziplinierung der Lehrer und Schüler der Protest gegen die miserable Lage an den Schulen gebrochen werden woll. Sie bekam als einzige auf dem Podium richtigen Beifall. Am Ende der Vollversammlung wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Schule an der DGB-Demonstration teilnehmen sollte. Da die Vollversammlung nur noch von etwa 110 Schülern besucht war, wurde die endgültige Abstimmung auf den nächsten Tag verschoben.
Obwohl an diesem Tag nur etwa 300 Schüler in der Schule waren und das Abitur direkt bevorstand, gelang es uns, mehr als 100 Schüler zur Demonstration zu bewegen. Wir trugen Transparente mit den Forderungen:
Einheitliche Ausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr!
Sofortige Einstellung aller Lehrer ohne Einschränkung durch politische Berufsverbote!

G.W., Kassel

2500 Lehrer

Für die etwa 4 000 Absolventen der niedersächsischen Hochschulen werden 1976 nur etwa 1 500 Planstellen bereitstehen (laut GEW-Pressemeldung). Dies bedeutet, daß die übrigen 2 500 ausgebildeten Lehrer auf der Straße sitzen werden.
Eine Umfrage der GEW hat kürzlich an niedersächsischen Schulen "Unterrichtsdefizite erheblichen Ausmaßes" festgestellt. Außerdem hat die Landesregierung gerade eine Verbesserung der Ausbildung von Grund-, Haupt- und Realschullehrern mit dem Hinweis auf den bestehenden Lehrermangel abgelehnt. Wenn trotzdem die 2 500 Lehrer nicht eingestellt werden, so bedeutet dies eine weitere Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen, insbesondere für die Arbeiterkinder. Wie gewöhnlich in Krisenzeiten des Imperialismus sollen staatliche Sparmaßnahmen auf dem Rücken des Volkes durchgesetzt werden. Darum müssen wir konsequent eintreten für:
Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer!
S.H., Wildemann

So werden die Lehrer zum Verzicht auf eine Stelle gezwungen

Die Arbeitslosenhilfe, die den nichteingestellten Lehramtsanwärtern zugesichert wurde, damit sie, wenn sie zum Beispiel noch bis zum nächsten Sommer warten müssen, wenigstens etwas Geld zum Leben haben, erhalten sie jetzt doch nicht. Arbeitslosenhilfe erhält nur derjenige Lehramtsbewerber, der per Unterschrift auf sein Recht, noch jemals in der Schule, das heißt in seinem erlernten Beruf, eine Anstellung zu bekommen, verzichtet. Wer das nicht tut, kann sehen, von was er lebt, bis er vielleicht in Jahren mal eingestellt wird.

Entschließung

Oldenburg. Die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Holz und Keramik Oldenburg forderte die Anerkennung arbeitsloser Jugendlicher als Arbeitslose.

Demonstration am 1. Mai gefordert

Beschluß der Jugenddelegiertenkonferenz der IG Chemie

Eine Demonstration am 1.Mai hat die Jugenddelegiertenkonferenz der IG Chemie, Verwaltungsstelle Ludwigshafen/Rhein am 8.3.75 einstimmig gefordert.

Es sei notwendig, jetzt die Forderungen der Jugendlichen auf die Straße zu tragen. Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Schulsituation, der Ausbildungsbedingungen in der Berufsschule und der Lage der Lehrlinge wurden Forderungen vorgeschlagen wie:

- Anerkennung der Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose, Zahlung eines Arbeitslosengeldes in Höhe von 60 % des durchschnittlichen **Facharbeiterlohnes**
- 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen
- Existenzlohn für Lehrlinge, damit sie sich selbst ernähren können
- Ausbildung von jugendlichen Arbeitslosen in Facharbeiterklassen ihrer Wahl, sie müssen die Möglichkeit haben, dort den Facharbeiterabschluß zu machen.

Die Delegierten erhielten den Auftrag, die vorgeschlagenen Forderungen mit den Kollegen im Betrieb zu diskutieren und über die 1.Mai-Forderungen dort zu beschließen. Der neugewählte Verwaltungsstellen-Jugendausschuß soll auf der Grundlage dieser Beschlüsse die endgültige Festlegung treffen.

–BASF, AZ–

Zugang zu den Hochschulen dicht gemacht

Man muß die Studenten und Oberschüler für das allgemeine Recht auf Bildung gewinnen

Mit Beginn des Wintersemesters 1975/76 werden auf Beschluß der Bundesländer die Zulassungsbeschränkungen an den westdeutschen Hochschulen auf weitere Fächer ausgedehnt. Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen streben dabei als erste den totalen Numerus Clausus in allen Fächern an.
Damit steht auch hier eine Bildungspolitik vor dem Scheitern, die angetreten war unter der Parole der Chancengleichheit und mit dem Aufstieg durch Bildung gelockt hatte. Viele Jugendliche und Eltern von Jugendlichen sind diesem Ruf gefolgt. Von 1960 bis 1974 hat sich die Zahl der Schüler in westdeutschen Gymnasien von 853 000 im Jahre 1960 auf 1 803 000 im Jahre 1974 mehr als verdoppelt. 1975 sollen es schon 2,2 Millionen sein. Für einen immer größeren Teil von ihnen stellt sich nun heraus, daß die Hoffnungen auf sozialen Aufstieg und berufliche Karriere vergeblich waren.
Schon die Abiturienten sind über eine lange Schulzeit aus den Massen der übrigen Jugendlichen ausgesiebt worden. Jetzt wird unter ihnen noch einmal eine Auswahl vorgenommen, wer die höheren Bildungsstätten der bürgerlichen Klasse, wo sie sich ihre Funktionäre ausbildet, überhaupt betreten darf. Und unter den inzwischen 780 000 Studenten an westdeutschen Hochschulen, unter denen also, die zugelassen sind, findet erneut eine Auswahl statt. Viele halten dem Druck der Konkurrenz nicht stand und verlassen ohne Examen die Hochschule. Und wer endlich am Ende des Ausbildungswegs steht für einen Funktionär der Bourgeoisie, dem ist heute keineswegs mehr sicher, ob er eine Anstellung als Lehrer, Gerichtsreferendar, Sozialwissenschaftler oder Ingenieur findet.
In den Jahren der Hochkonjunktur und des Aufschwungs des westdeutschen Kapitalismus war auch das höhere Bildungswesen rasch ausgebaut worden. Die Vorstellung von der Chancengleichheit und von den offenstehenden Aufstiegsmöglichkeiten fand darin ihren Boden. Die hereinbrechende Krise zwingt die Kapitalistenklasse und ihren Staat überall zur Einsparung toter Kosten, so wie sie den einzelnen Kapitalisten zur Rationalisierung zwingt. Nachdem jahrelang die Ideologen der Bourgeoisie den Ausbau der Hochschulen propagiert und den Bildungsnotstand ausgerufen hatten, blasen jetzt die Ideologen der Kapitalistenklasse zum Rückzug. Der Berliner Bildungs-Ökonom Hajo Riese erklärt zum Beispiel: "Man hat die Hochschule frei nach Schnauze ausgebaut und Kapazitäten geschaffen, ohne zu fragen, welche Berufe die Absolventen später ergreifen sollen."

Die Vorreiter der Sorte von Bildungsreform, die abzielte auf leichteren Zugang zu den Einrichtungen des höheren Bildungswesens, wie sie in der SPD vor allem, in der DKP und in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) vertreten sind, überfällt in dieser Lage ein großer Katzenjammer. In "Erziehung und Wissenschaft" 3/75 wird beklagt, daß "Öffnung und Durchlässigkeit" des Bildungswesens mit dem Ausbau des Numerus Clausus hinfällig würden. Es heißt dort: "Den Vielen wird der Zugang zu besserer Ausbildung verbaut, die mehr relative Arbeitsplatzsicherheit bedeutet ..., Zugang zu selbständigerem Arbeiten und höherem Gehalt eröffnet und Vergabestelle für soziale Chancen ist". (S.19) Das ist eine blamable Vorstellung für eine Gewerkschaft: Nicht die soziale Sicherheit, der Lohn und die Lebensbedingungen für alle sollen durch gemeinsamen Kampf verbessert werden. Sondern es wird beklagt, daß die Illusion verschwindet, im Prinzip sei es für jeden möglich, seinen Aufstieg in die Hand zu nehmen. Das kann niemals die Position der Arbeiterklasse sein, die ja nicht fordert, daß es jedem einzelnen Arbeiter möglich sein muß, sein Kind in die Position eines Funktionärs der Kapitalistenklasse und ihres Staates zu bringen, sondern deren Ziel in der Befreiung der ganzen Klasse von der Lohnsklaverei liegt.
In Hinblick auf das Bildungswesen wird die Arbeiterklasse deshalb nicht den Ausbau der Hochschulen fordern und Studienplätze für jeden Studier- und Aufstiegswilligen, sondern einheitliches und gleiches Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen. Eine Ausbildung, die theoretische und praktische Bildung in der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr umfaßt. Nur dafür kann sie gemeinsam kämpfen und die Masse des Volkes gewinnen gegen den Staat der Kapitalistenklasse, der das gleiche Recht auf Bildung verweigert.
Spontan fordern viele Oberschüler und Studenten, die von der Zulassungssperre an den Hochschulen betroffen sind, die Aufhebung dieser Sperre und den Ausbau der Hochschulen. Bestärkt werden sie darin von allen reformistischen politischen Organisationen, insbesondere von Teilen der SPD und von der DKP. Damit werden bei den Oberschülern und Studenten aber gerade nicht ihre fortschrittlichen Bestrebungen unterstützt, sondern es wird unterstützt ihre Forderung auf eine besondere und besonders bezahlte Karriere. Gewinnen muß man die Oberschüler und Studenten stattdessen dafür, daß sie ebenfalls eintreten für das allgemeine Recht auf Bildung, verwirklicht in der polytechnischen Einheitsschule. Und für diejenigen Oberschüler und Studenten, die heute keinen Studienplatz und keine Arbeit finden, wird man fordern müssen das Recht auf Anerkennung als Arbeitslose und auf Zahlung eines Arbeitslosengeldes, das 60 % des Facharbeiterlohnes beträgt. Unter solchen Forderungen wird man unter ihnen diejenigen gewinnen können, die mit der Arbeiterklasse zusammengehen wollen. Eine gute Gelegenheit, das zum Ausdruck zu bringen, ist der 1. Mai.

–W.M.–

In Wyhl bleibt der Platz besetzt

Der Widerstand der Bevölkerung findet breite Unterstützung

Der Versuch der Landesregierung, durch Drohungen, Verleumdungen und Verbreitung von Unwahrheiten die Front der Bevölkerung gegen das Kernkraftwerk zu spalten, ist bisher gescheitert. Das brutale Vorgehen der Staatsgewalt einerseits und der mutige Widerstand der Bevölkerung andererseits haben zu einer breiten Solidarität geführt. In vielen Orten und Betrieben der weiteren Umgebung von Wyhl kann man feststellen, daß immer mehr Menschen die Bauplatzbesetzung unterstützen. Auch diejenigen, die bisher geschwankt oder den wilden Reden der Landesregierung Glauben geschenkt hatten, erkennen zunehmend, daß der Widerstand der badisch-elsässischen Bevölkerung gerecht ist.

Täglich erhalten die Bürgerinitiativen viele Solidaritätsadressen, Unterschriftenlisten und Spenden aus der ganzen Bundesrepublik und aus dem Ausland (s.a. Kasten).

Die Vertreibung der Polizei war eine harte Kraftprobe, und es ist nur natürlich, daß danach heftige Debatten darüber geführt werden, wie es weitergehen soll. Es ist richtig, den Kampf auch über die Gerichte zu führen. Alles, was der Regierung Schwierigkeiten macht, müssen wir nutzen. Gleichzeitig darf aber der weitere Kampf nicht von der Entscheidung dreier Richter abhängig gemacht werden. Denn auch wenn das Gericht gegen die Bevölkerung entscheidet, was wahrscheinlich ist, werden die Gefahren des Kernkraftwerks nicht geringer. Die betroffene Bevölkerung alleine kann entscheiden, was für sie gut und richtig ist, und die Bevölkerung hat sich entschieden: Das KKW wird nicht gebaut!

Auch Verhandlungen mit der Regierung kann man nicht grundsätzlich ablehnen. Die Bürgerinitiativen haben am Montag, dem 3. März, eine Delegation zum Justizminister geschickt, mit dem Angebot, den Platz zu räumen, wenn alle Bauarbeiten bis zur letzten Entscheidung im Hauptsache-Verfahren eingestellt würden (d.h. Aufhebung der Verfügung des sofortigen Vollzugs). Dieses Verfahren dürfte mindestens drei bis vier Jahre dauern. Das Angebot hat die Regierung in große Schwierigkeiten gebracht, denn sie versucht uns auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Freiburg im Sofortverfahren festzulegen, die Ende März fallen wird.

Filbinger erklärte unmißverständlich, daß er nach einer für ihn positiven Entscheidung "von seiner Handlungsfreiheit wieder uneingeschränkten Gebrauch machen wird".

Das Angebot hat bewirkt, daß unter den Bürgerinitiativen die Einigkeit gefestigt worden ist, auch nach einer negativen Entscheidung des Verwaltungsgerichts Ende März mit der Besetzung fortzufahren.

H.B., Ortsaufbaugruppe Emmendingen

Solidaritätsresolution

Freiburg. Der Vertrauensleutekörper der Firma Hellige, Freiburg, solidarisierte sich durch eine Resolution mit den Bauplatzbesetzern in Wyhl:

"Er solidarisiert sich mit dem gerechten Kampf der Platzbesetzer und der Bevölkerung gegen die Landesregierung, die nur die Interessen der Badenwerk AG zur Geltung bringen will. Der Vertrauensleutekörper ist der Meinung, daß nur die Bevölkerung selbst entscheiden kann, ob das Kernkraftwerk gebaut wird oder nicht."

Saustall

Behörde: Parteien sind da, um Vermögensvorteile zu erwerben

Daß die Bundesrepublik ein Saustall ist, das hat kürzlich der CSU-Vorsitzende Strauss erklärt. Die dazu unbedingt notwendige Ergänzung hat jetzt das 'Amt für öffentliche Ordnung' in Dortmund herausgelassen: Daß in diesem Saustall nämlich sich die Politiker um den besten Platz am Koben streiten.

In einem Schreiben vom 20.2. hat der Städtische Verwaltungsdirektor Wille mit Rückhalt durch den Regierungspräsidenten in Arnsberg von Amts wegen kundgetan, daß prinzipiell davon ausgegangen werden müsse: Politik dient der Erzielung von Vermögensvorteilen durch die Politiker. Anlaß zu dieser Feststellung waren die Versuche, den Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung zu behindern. Wie andere Ämter an anderen Orten auch hatte das Dortmunder Amt für öffentliche Ordnung behauptet, der Verkauf der KVZ erfordere einen Reisegewerbeschein, weil "beabsichtigt sei, einen Vermögensvorteil zu erzielen". Da sich die öffentlichen Ordnungshüter leicht ausrechnen konnten, daß beim Verkauf einer 16-seitigen Zeitung für 50 Pfennig keinerlei Vermögensvorteil erwirtschaftet werden kann, sondern im Gegenteil Zuschüsse aus Mitgliedsbeiträgen notwendig sind, zumal die KVZ ja keine Einnahmen aus Anzeigen hat, weil also alles das auf der Hand liegt, flüchtet sich der Städtische Verwaltungsdirektor zunächst in die Aussage: "Sollte von vornherein ausgeschlossen sein, daß der Verkaufserlös die Unkosten übersteigt, so dienen die Einnahmen doch immerhin dazu, das aufgewendete Vermögen teilweise wieder einzubringen. Auch das ist ein Vermögensvorteil!" Kaum hatte er das geschrieben, war dem Städtischen Verwaltungsdirektor klar, daß er sich nach wie vor auf Glatteis befindet: Den "teilweisen" Rückfluß von Vermögen, also die Aufzehrung von Vermögen als "Vermögensvorteil" zu bezeichnen, das ist zumindest ungewöhnlich. Jeder Kapitalist, dem der Herr Städtischer Verwaltungsdirektor diese seine Theorie vorträgt, weil ihn für einen kompletten Idioten erklären. Er mußte also ein starkes Argument nachschieben. Er schreibt: "Auf jeden Fall wird aber durch den Verkauf der Zeitung mittelbar ein Vermögensvorteil in der Weise erstrebt, daß für eine kommunistische Partei Mitglieder und Wähler geworben werden, um das Beitragsaufkommen steigern bzw. die Erstattung von Wahlkampfkosten nach dem Parteiengesetz günstig beeinflussen. Der Regierungspräsident in Arnsberg hat mir mit der Verfügung vom 24.10.74 ausdrücklich darauf hingewiesen, daß auch ein solcher Vermögensvorteil im Rahmen von § 55 der Gewerbeordnung relevant ist." Das Amt für öffentliche Ordnung geht also davon aus, daß politische Parteien Mitglieder werben, um sie ... über die Beiträge ausnehmen zu können. Daß sie den Wahlkampf machen, um einen großen Fischzug in die Staatskasse zu unternehmen. Die Amtsinhaber in Dortmund und Arnsberg hätten gleich noch als weiteren "mittelbaren Vermögensvorteil" aufführen können, daß die Sieger in solchen Wahlkämpfen die wunderbarsten Posten für Städtische Verwaltungsdirektoren und Regierungspräsidenten zu verteilen haben. Diese Konsequenz in ihrem Brief auch nicht mehr gezogen haben, muß man doch festhalten: Unsere Amtsinhaber in Arnsberg und Dortmund sind sehr kluge Leute, die wissen, wie es in einem Saustall zugeht. Nur eines haben sie nicht bedacht: Wem es darauf ankommt, an dem Schweinekoben mitzufressen, wie der Städtische Verwaltungsdirektor in Dortmund und der Regierungspräsident in Arnsberg, der tritt in die SPD, in die CDU oder in die FDP ein und arbeitet auf eine Karriere hin. Der wird aber mit Sicherheit nicht den für solche Absichten ganz ungeeigneten Weg gehen, in einer kommunistischen Organisation mitzuarbeiten und vor Fabriken und auf öffentlichen Plätzen die Kommunistische Volkszeitung zu verkaufen.

–W.M.–

Bleiwerk

In Kiel abgelehnt – in Braunschweig erste Proteste

Braunschweig. In der letzten KVZ haben wir über Pläne berichtet, das Bleiwerk, das die "Chemischen Werke München, Otto Bärlocher GmbH" zuletzt in Marckolsheim bauen wollten, in Kiel unterzubringen. In Marckolsheim war ihnen als Ergebnis der monatelangen Kämpfe der Bevölkerung die Genehmigung versagt worden. Inzwischen hat der Kieler Stadtrat der Firma eine Absage geschickt. Jetzt verhandelt die Firma mit der Stadtverwaltung von Braunschweig.

In Kiel hatte die Stadtverwaltung, wie jetzt herausgekommen ist, schon seit Ende Januar geheime Verhandlungen mit der Firma geführt. Als die Pläne dann einen Monat später ans Licht kamen, gingen bei der bürgerlichen Presse sofort Dutzende von Protestbriefen ein. Der Stadtrat, der kurz vor den Wahlen steht, bekam offenbar gleich kalte Füße und beschloß, die Finger von der Sache zu lassen. Jetzt also Braunschweig.

Das Werk soll verkehrsgünstig am Hafen in Braunschweig angesiedelt werden. Im Osten und Süden liegen Wohnviertel und kleinere Ortschaften, in denen viele Arbeiter und Angestellte wohnen. Nach Norden und Westen liegen vor allem Weiden, Spargelfelder und andere landwirtschaftliche Nutzflächen.
Viele der Einwohner der anliegenden Ortschaften besitzen Kleingärten.
Sie und vor allem die Bauern sind unmittelbar betroffen von der zu erwartenden Schädigung des Pflanzenwuchses. Auch für die anderen Einwohner ist das Bleiwerk keine Freude. 3,8 Tonnen Bleistaub würde das Werk jährlich in die Umgebung blasen. 50 % des eingeatmeten Bleis bleibt im Körper und kann zu Bleivergiftungen führen, das bedeutet Magenkoliken, Zerstörung des Nervensystems, Blutanämie, eventuell Krebs und in schweren Fällen Tod.
Die Ortsgruppe des KBW hat gleich nach Bekanntwerden der Pläne in der Stadt mit Ständen die Bevölkerung informiert und gegen das geplante Bleiwerk informiert. Der Stadtverwaltung gefiel das gar nicht. Sie ließ die ersten Stände gleich beschlagnahmen.
Zu einer SPD-Versammlung, die auf Druck zahlreicher Anrufe und Beschwerden anstelle einer geplanten Mitgliederversammlung in Vettenhofen, nahe des Bauplatzes, durchgeführt wurden, kamen 150 Menschen. Daß sich niemand fand, der das Werk offen befürwortete, zeigt die Angst der bürgerlichen Politiker vor einer Volksbewegung. Bürgermeister Ließ sagte, die SPD sei "erst einmal dagegen", und objektive Gutachten müßten rangeschafft werden. Er mußte aber zugeben, daß er wisse, wie Gutachten zustande kämen. Er konnte die Anwesenden nicht dafür gewinnen, sich erst einmal zurückzuhalten und die Parteien im Rat es schon machen zu lassen.
Inzwischen haben Betroffene die Sache selber in die Hand genommen und eine Bürgerinitiative gegründet, zu deren Gründung auf Anhieb 30 Leute kamen. **Jetzt kommt es darauf an,** innerhalb der Einspruchsfrist gegen den Bau dieses Werkes den kollektiven Einspruch der Betroffenen durch Unterschriftenlisten zu organisieren.

–Ortsgruppe Braunschweig, H.F.–





Mit vier Einsatzwagen rückte die Polizei an, um den Informationsstand der Ortsgruppe des KBW zu räumen. Viel Aufwand, um eine öffentliche Debatte über die Frage, ob das Bleiwerk gebaut werden soll, zu verhindern. Genutzt hat es der Stadtverwaltung nichts.

„Nicht zu beanstanden"

Staatsanwalt stellt im Fall Routhier die Ermittlungen ein

Gegen die Polizisten, die den Tod des Arbeiters Günther Routhier auf dem Gewissen haben, wird es keinen Prozeß geben. Die Duisburger Staatsanwaltschaft hat entschieden, daß "das Verhalten der am Einsatz beteiligten Beamten in Zusammenhang mit der Festnahme Routhiers nicht zu beanstanden war".

Der 45-jährige Günther Routhier war am 18.Juni an den Folgen dieses Polizeieinsatzes gestorben. Er hatte am 5.Juni als Zuschauer an einem Arbeitsgerichtsprozeß gegen einen Genossen der KPD/ML teilgenommen. Als die Zuschauer gegen das ungerechte Urteil des Gerichtes protestierten, waren zivile Polizisten in den Saal gestürmt und hatten mit Unterstützung von Uniformierten mit brutaler Härte den Saal geräumt. Obwohl mehrmals von dem Sohn Routhiers darauf hingewiesen worden war, daß sein Vater als Bluter besonders gefährdet sei, hatten die Polizisten Routhier die Treppe hinuntergeworfen und beim Abtransport in einer Zelle ihn an den Füßen geschleift, so daß sein Kopf mehrmals auf die Treppenstufen schlug. An den Folgen der dadurch verursachten Gehirnblutung ist Günther Routhier schließlich gestorben.

Mit allen Mitteln war danach versucht worden, den Vorfall zu vertuschen. Kommunistische Zeitungen, die die Schandtat des Staatsapparates enthüllten, wurden beschlagnahmt, Prozesse gegen Verteiler von Flugblättern und Zeitungsverkäufer stehen an verschiedenen Orten an. Für die Staatsanwaltschaft ist dagegen erwiesen, daß nichts erwiesen ist: "Alle Tötungsdelikte scheiden schon deshalb aus, weil nicht festgestellt werden kann, wodurch die Blutung unter der harten Hirnhaut entstanden ist.... Diese Blutung kann zwar nach dem abschließenden Gutachten des Sachverständigen ... mit den Vorgängen vom 5.6.74 im Zusammenhang stehen. Ebenso aber ist möglich, daß sie spontan, d.h. ohne jeden äußeren Anlaß eingetreten ist."

Wieder, wie schon bei der Erschießung von H.Remitzko in Mannheim/Käferthal und in anderen Fällen stellt die Staatsanwaltschaft sich schützend vor die Verbrechen des Polizeiapparates. Das innerhalb des Staatsapparates, dessen Aufgabe es ist, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu verteidigen, sich die verschiedenen Abteilungen nicht gegenseitig in die Arme fallen, folgt allerdings konsequent aus dem Zweck dieses Apparates. Mit solchen Schlägen gegen die Arbeiterklasse und das Volk produziert dieser Apparat aber nur weitere Gründe, ihn in der Revolution zu zerschlagen "und all jene zur Rechenschaft zu ziehen, die für seine Schandtaten und Verbrechen verantwortlich sind" (aus der Erklärung des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des KBW vom 26.Juni 1974, KVZ Jg.2, Nr.13)

–hv

Leben, um für Ford zu arbeiten

In den Wohnheimen für ausländische Kollegen in Köln-Stammheim

Köln. In den Wohnheimen für türkische und italienische Kollegen in Köln-Stammheim kann man so richtig eine Vorstellung vom Leben in einem Arbeitslager kriegen.
Um halb fünf heißt es aufstehen. Nach Waschen und Frühstücken muß der 52er-Bus um 5 Uhr 26 erreicht werden. Und damit beginnt die ganze Schlaucherei erst richtig.
Nach 20 Minuten steigt man das erste Mal in die Straßenbahn um. Da kann man dann aber nicht ruhig sitzen bleiben und gemütlich Zeitung lesen, sondern muß noch einmal umsteigen, um schließlich nach über einer Stunde um 6 Uhr 30 schon halb gerädert am Betrieb anzukommen. Bis vor einem Jahr gab's wenigstens diese Quälerei nicht. Da fuhr ein Schiff von Stammheim auf die gegenüberliegende Rheinseite, und schon war man im Niehler Hauptwerk.

Nach der Frühschicht, die von 6 Uhr 45 bis 15 Uhr 15 dauert, kommt man dann kaputt wieder zur Straßenbahn und der umständliche Abtransport beginnt erneut. Wieder über eine Stunde Fahrt mit allem Drum und Dran. Gegen 16 Uhr 40, also nach mehr als 12 Stunden, liefert der Bus einen dann in der Nähe der Mietskaserne wieder ab. Mit Einkaufen und Abendessen ist es dann meistens 19 bis 19 Uhr 30. Zum Verschnaufen bleiben gerade 1½ Stunden, meist bis 21 Uhr. Dann fällt man hundemüde ins Bett und hat gerade siebeneinhalb Stunden Schlaf.

Arbeiten, Essen und Schlafen, so geht das tagein, tagaus. Für manche schon über 10 Jahre. Selbst die anderthalb Stunden "Erholung" finden unter unmenschlichen Bedingungen statt. Häufig hockt man zu dritt in einem kahlen Zimmer, in dem nicht einmal ein Plakat an der Wand hängen darf. 102 DM Miete verlangt der Ford pro Bettplatz. So macht die Firma neben der normalen Ausbeutung im Betrieb noch einen zusätzlichen Reibach für die halben Gefängniszellen. Mit ein bißchen Pech liegt man dann noch mit einem Kollegen auf der Bude, der Spätschicht hat. Der kommt gegen 1 Uhr nachts nach Hause. Von anständigem Schlaf kann dann auch keine Rede sein.
Frauen dürfen natürlich auch nicht mit aufs Zimmer. Ähnlich wie im Knast steht für die Kollegen aus den acht Stockwerken ein Besucherraum Parterre direkt neben der Hauswartwohnung zur Verfügung. Was soll man da drin schon machen?
Am Wochenende kommt man dann auch mal aus anderen Gründen vor die Tür, als um zur Arbeit zu gehen. Viele Möglichkeiten gibt's aber nicht. Ab und zu läuft mal in einem Kino am Ebertplatz ein italienischer Film. Ansonsten ist da nicht viel. Mit 900 DM netto kann man sowieso keine großen Sprünge machen. Automatisch geht jeden Monat die Wuchermiete ab, dann braucht die Familie in Italien Geld, so daß gerade 400 DM im Monat zum "Leben" übrig bleiben. Mehr als Überleben ist das nicht. Da bleibt nicht die Bohne von den sogenannten sozialen Errungenschaften, die der Ford immer anpreist. Das ist nackte Lohnsklaverei: Leben, um für seinen Ausbeuter zu arbeiten.

–R., Ford-Aufbauzelle–

Putlos/Schleswig-Holstein

Kranke müssen am Wochenende nachdienen

Große Empörung unter den Soldaten / Unterschriftensammlung gegen den Befehl

"Seit Anfang dieses Quartals gibt es einen Befehl des Kommandeurs, wonach Ausbildung, die durch Krankheit versäumt wurde, am Wochenende nachzuholen ist.
Wir halten diesen Befehl aus folgenden Gründen für ungerechtfertigt:

1) Dieser Befehl führt zu einer ungerechtfertigten Belastung kranker Soldaten, da sie am Wochenende, wenn die anderen sich erholen können, zusätzlich Dienst machen müssen.
2) Es ist daher verständlich, wenn viele Soldaten sich erst dann krank melden, wenn es gar nicht mehr zu umgehen ist und so häufig krank Dienst machen. Schädlich ist dies allerdings für die Gesundheit.

Wir sprechen uns deshalb im Interesse der Gesundheit der Soldaten dafür aus, den oben benannten Befehl aufzuheben."

So lautet der Text einer Unterschriftenliste, die in der 4. Kompanie in Putlos von den Vertrauensleuten in Umlauf gebracht wurde. Tatsächlich sind die Verhältnisse bei uns so, daß Kollegen, die beispielsweise einen Marsch wegen Krankheit nicht mitmachen konnten, diesen Marsch an einem Samstagmorgen nachholen müssen. Das bedeutet, besonders für die Kollegen aus Westdeutschland (ca. 60 % der Kompanie), daß es sich für sie nicht mehr lohnt, wie die anderen Kollegen am Freitagnachmittag, nach Hause zu fahren. Neben der zusätzlichen Belastung durch den Samstagsdienst sind sie obendrein noch gezwungen, am Wochenende in der Kaserne herumzuhängen. Da das Wochenende aber die einzige Möglichkeit bietet, dem Kasernenzwang wenigstens zeitweise zu entfliehen, versuchen viele Kollegen unter allen Umständen auch in krankem Zustand – mit Fieber, verstauchtem Knöchel usw. – Dienst zu machen, was wohl auch der eigentliche Zweck dieses Befehls ist, denn vorher kam es oft vor, daß sich Soldaten aus Protest gegen übermäßige Anstrengungen einfach krank meldeten.

Fast alle Kollegen unterschreiben

Da die Empörung über diesen Befehl unter den Kollegen groß ist, hat fast die ganze Kompanie, bis auf einige, die Angst vor Schikanen hatten oder versehentlich übergangen wurden, die Unterschriftenliste innerhalb eines Tages unterzeichnet.

Der Kompaniechef schaltet sich ein

Am Morgen nach der Unterschriftensammlung wurde der Vertrauensmann zum Kompaniechef befohlen, der Wind von der Sache bekommen hatte, Obwohl der Vertrauensmann darauf bestand, die Unterschriftenliste dem Bataillonskommandeur persönlich zu übergeben, wurde ihm die Unterschriftenliste abgenommen und er selbst hinausgeworfen. Kurz darauf ließ der Kompaniechef die Kompanie im Unterrichtsraum antreten und erklärte den Kollegen dann aufgeregt, daß Unterschriftensammlungen durch die Wehrbeschwerdeordnung an sich verboten seien und daß der Befehl des Kommandeurs aufrechterhalten werde, weil sie als für unsere Ausbildung verantwortliche Offiziere nun mal andere Interessen hätten als wir. Diese Argumentation konnte niemanden so recht überzeugen. Dem Vertrauensmann, der dazu eine Stellungnahme abgeben wollte, wurde unter Androhung disziplinarischer Maßnahmen das Wort verboten. Und dann hatte es der Hauptmann sehr eilig, den Unterrichtsraum zu verlassen.

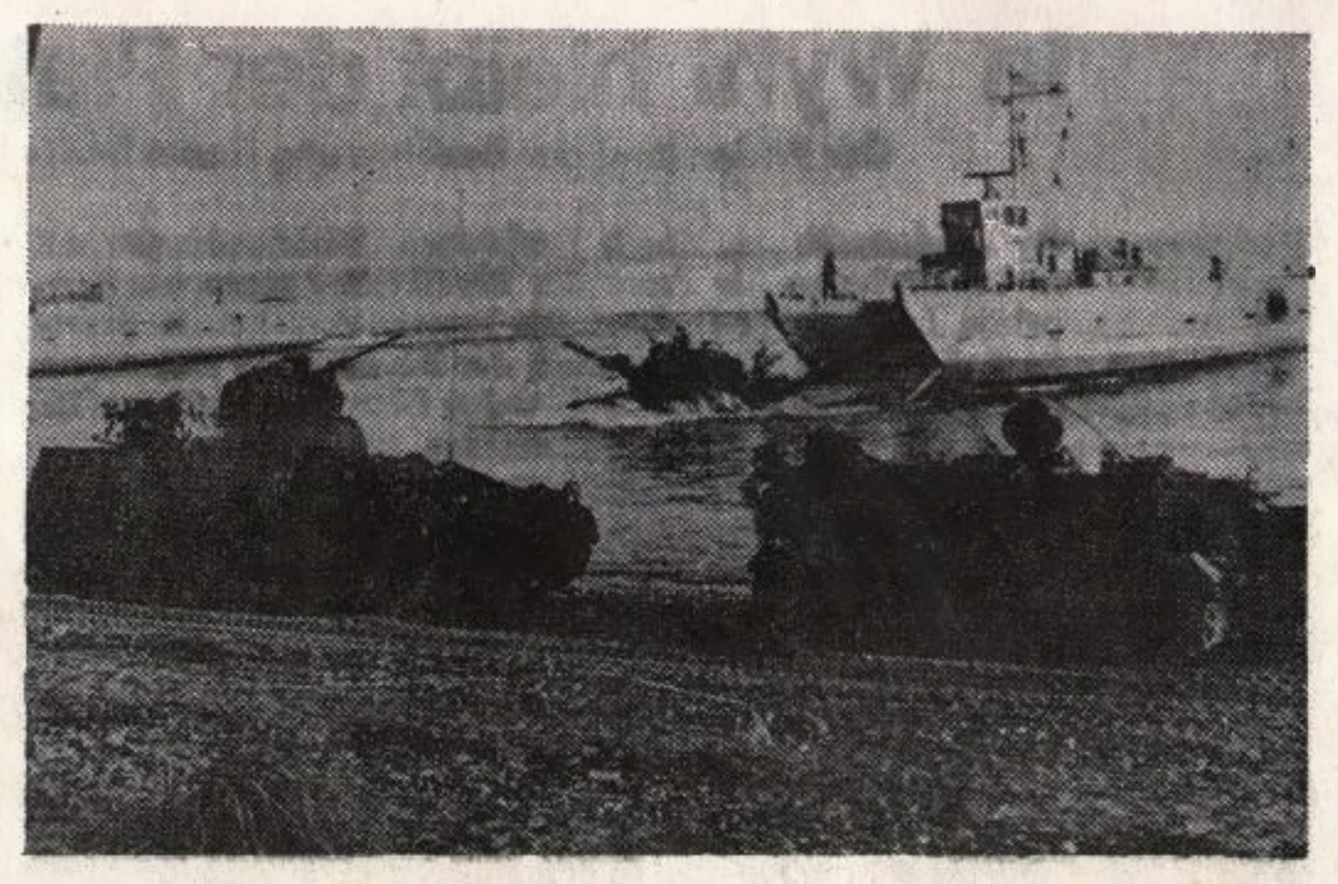
In den anschließenden Diskussionen auf dem Schießplatz und in den Stuben waren wir uns einig, daß wir auf Grund der großen Zahl der Unterzeichneten wohl kaum mit Schikanen zu rechnen haben. Dahinter ist die Frage, ob die Unterschriftenliste nach den Wehrgesetzen nun verboten ist oder ob es sich um eine erlaubte Zustimmung der Mannschaften zu einem Verbesserungsvorschlages des Vertrauensmannes handelt von zweitrangiger Bedeutung.

Der Kommandeur: Im Wochenende

Der Vertrauensmann bemühte sich dann noch um ein Gespräch mit dem Kommandeur. Nach seinem Bericht bestand dieser kategorisch auf seinem Befehl: Wenn der Samstag nicht ausreiche, Versäumtes nachzuholen, müsse notfalls der Sonntag hinzugezogen werden. Er selbst habe auch jahrelang am Wochenende gearbeitet und tue das auch heute noch des öfteren.
Zum letzteren ist zu sagen, daß sich der Vertrauensmann zunächst an einem Freitagnachmittag um ein Gespräch bemüht hatte, dies aber nicht möglich war, weil der Herr Kommandeur sich schon ins Wochenende begeben hatte.

Es ist uns nicht gelungen, den Befehl zu Fall zu bringen. Mitentscheidend dafür war wohl, daß der Widerstand nur aus einer der 5 Kompanien kam. Die Auswirkung des Befehls in den anderen Kompanien ist uns kaum bekannt.
Auch wenn wir in wenigen Wochen unsere Grundausbildung in Putlos beendet haben, werden wir wohl auch in unseren zukünftigen Standorten um den Kampf um die Erhaltung unserer Gesundheit nicht herumkommen.

H., 4. Jägerbataillon 391



Landungsoperationen der Bundeswehr an der Ostseeküste – unerläßliche Vorbereitung für den Einsatz gegen fremde Völker

300 Prozent Solderhöhung für französische Wehrpflichtige

In der vergangenen Woche wurde der Sold für die französischen Wehrpflichtigen um 300 % auf monatlich 117 DM erhöht. Außerdem erhält jeder Wehrpflichtige neuerdings monatlich eine freie Heimfahrt. Diese Maßnahmen der französischen Regierung sind ein Erfolg der breiten Protestbewegung unter den französischen Soldaten.

„Panthersprung"

Den Kampf um das Öl geübt

Oldenburg. Am 6. März führte das Feldartilleriebataillon 111 seine Bataillonsübung "Panthersprung" durch. Das Auffallende an dieser Übung war die Ausgangslage:

Am 5.3. abends schloß "Rotland" (= DDR) seine Flughäfen und machte seine Grenzen für Ausländer dicht. Zurückkommende Reisende berichteten von starken Truppenbewegungen innerhalb "Rotlands". **"Rotland" fordert "Blauland" (= BRD) auf, sämtliche Provokationen gegen Ölförderländer einzustellen.** "Blauland" versetzt daraufhin seine Truppen in Alarmierung und läßt sie sogenannte "Auflockerungsräume" außerhalb der Kasernen beziehen. Am Morgen des 6.3. marschiert "Rotland" in "Blauland" ein (warum, wurde nicht angegeben). "Blauland" baut die "Auflockerungsräume" um zu "Verfügungsräumen". Das FArtBtl 111 bezieht Feuerstellungen. Es kommt zu Gefechten.

–Gefreiter B, Hindenburgkaserne–

Verstärkung der US-Infanterietruppen in der BRD

Heidelberg. Das Hauptquartier der US-Truppen in Europa teilte mit, daß derzeit die Infanterie-Brigade 75 von den USA in die BRD verlegt wird. Die Brigade, die motorisiert ist und 3 800 Soldaten umfaßt, wird zunächst auf den Übungsplätze Grafenwöhr Hohenfels und Wildflecken, entlang der südlichen Grenzabschnitte zur DDR stationiert. Ein 560-Mann starkes Vorauskommando ist inzwischen in der BRD eingetroffen. Im Gegenzug zu der Verlegung werden in Rheinland-Pfalz eine Reihe von Versorgungsdepots der US-Armee aufgelöst und zurück in die USA verlegt. Die Verstärkung der Infanterie-Truppe war im vergangenen Herbst von US-Verteidigungsminister Schlesinger bei einem Besuch in der BRD mitgeteilt worden. Die NATO-Ratstagung im Dezember hat die Maßnahme begrüßt und eingeordnet als ein Mittel, die Operationsfähigkeit der NATO-Truppen in Europa zu verbessern.

Die Entlassungen aus dem Wehrdienst müssen zurückgenommen werden!

Der Staat hebt die Wehrpflicht aus Opportunitätsgründen auf und entläßt die Panzerschützen Klohn und Kuhlen vorzeitig

Am Montag, den 3.3.75, wurden die beiden Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel/Hessisch Lichtenau (Initiative), die Soldaten Klohn und Kuhlen (beide Panzeraufklärungsbataillon 2) vorzeitig aus dem Dienst entlassen.

Wie bereits in der letzten KVZ berichtet, mußten sie ab 18.2.75 eine 21-tägige Disziplinarstrafe absitzen. Schon nach 13 Tagen allerdings wurden sie aus dem Bau geholt und noch am gleichen Tag ausgekleidet und entlassen. Die restlichen 8 Tage Arrest wurden ihnen großzügigerweise "geschenkt". Die Bundeswehr hatte es offenbar recht eilig, die beiden Soldaten loszuwerden.
Diese Entlassungen stellen einen vorläufigen Höhepunkt der Verfolgungsmaßnahmen der Bundeswehr-Führung und des bürgerlichen Staates gegen das Soldaten- und Reservistenkomitee Kassel/Hessisch Lichtenau dar. **Bereits im Januar werden 15 Soldaten mehrfach vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) und von Sicherheitsoffizieren verhört, woraufhin einige innerhalb der Kompanie versetzt und erneute Sicherheitsüberprüfungen bei weiteren Soldaten angestellt wurden.**

Die Aktivitäten der Komitee-Mitglieder waren der Bataillonsführung ein Dorn im Auge. So konnten wir im Oktober vorigen Jahres auf einer Schulveranstaltung in Lohfelden aufzeigen, daß die Darstellungen des Jugendoffiziers Schmincke nicht der Wirklichkeit entsprechen, daß die Kameradschaft zwischen Vorgesetzten und einfachen Soldaten nur in den Köpfen der Offiziere existiert, daß die Rechte der Soldaten auf ein Minimum beschränkt sind und daß die Bundeswehr keineswegs nur zur Sicherung der Grenzen der BRD da ist, sondern Einsätze sowohl gegen die Zivilbevölkerung als auch gegen fremde Länder plant. Dazu wurden viele Beispiele gebracht.

In Diskussionen mit anderen Soldaten konnten wir aufzeigen, daß der Druck in der Bundeswehr kein Selbstzweck ist, sondern Voraussetzung für die Erfüllung der politischen Aufgaben der Bundeswehr. Das Truppendienstgericht mußte in seinem Beschwerdebescheid selbst zugeben: "Die Auswirkungen der Tätigkeit des Soldaten (Klohn) sind immerhin in seiner Einheit schon stark zu spüren. Mehrere Soldaten haben sich schon bereit gefunden, mit ihm zu diskutieren und sich von ihm auch zum Soldaten- und Reservistenkomitee zwecks Erörterung seiner Bestrebungen bringen lassen."
Weil wir die Verhältnisse so dargestellt haben, wie sie sind, haben wir bei den anderen Soldaten Anklang gefunden.
Das ist das Gefährliche für die Bundeswehr-Führung, daß sie uns kein X mehr für ein U vormachen kann. Deshalb versucht das Truppendienstgericht in seinem Urteil gegen die beiden Soldaten auch, dieses Recht auf Information zu beschränken. In seinen Augen ist "das Verbreiten von Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit nicht nur geeignet, die öffentliche Meinung zur Durchsetzung der eigenen Rechte zu mobilisieren, sondern bewirkt zwangsläufig eine Ansehensschädigung desjenigen, der mit der Offenlegung der Verhältnisse unter Druck gesetzt werden soll".
Entsprechend dieser Logik, daß das Ansehen der Bundeswehr und das ihrer Offiziere höher steht als die Rechte der Soldaten und das Recht der Bevölkerung auf Information, stellen die Beiträge in unserer Zeitung VOLKSMILIZ eine "Verächtlichmachung und Diffamierung der Regierung, der Bundeswehrführung, ihrer Soldaten in Vorgesetztenstellung sowie der verfassungsmäßigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung" dar.
Das Truppendienstgericht sagt also: Man darf die Verhältnisse nicht beim Namen nennen, das schädigt das Ansehen unseres Staates.
Die Offenheit der Argumentation ist verblüffend. So wird zu der Darstellung der Übung Römerkastell in unserer ersten Nummer der VOLKSMILIZ nicht etwa geleugnet, daß ein Einsatz gegen streikende Henschel-Arbeiter geprobt wurde. Nach Meinung des Truppendienstgerichtes "diente die Übung Römerkastell indes lediglich der Prüfung der Einsatzbereitschaft des Bataillons. Zu dieser Übung war eine Lage gegeben worden, betreffend zunächst die Spannungs- und die krisenhafte Weiterentwicklung, in einer weiteren Phase, die die zu probende Alarmierung der Truppe auslöste, war in der Lageschilderung, die sich auch in der VOLKSMILIZ auf Seite 2 befindet, unter anderem gesagt, bei der Firma Henschel hätten offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt und arbeitswillige Kollegen an der Fortsetzung der Arbeit gehindert, ohne daß die Firmenleitung oder die Gewerkschaften die Wiederaufnahme der Produktion hätten veranlassen können. Diese Lageorientierung war jedoch ohne entsprechenden Bezug auf die Art der Truppenübung gegeben worden."
Hier wird aber nur gesagt, daß die Soldaten nicht darüber Bescheid wußten, was der Zweck ihrer Übung war. Sie wurden wie üblich in Unwissenheit darüber gehalten, um zu verhindern, daß sich einzelne weigern könnten mitzumachen.
Der Beschwerdebescheid entbehrt jeder rechtlichen Grundlage. Da den beiden Soldaten ein Verstoß gegen das Soldatengesetz nicht nachgewiesen werden kann, muß ihre politische Einstellung zur Grundlage für ihre Verurteilung gemacht werden:
"Sein Engagement beweist, daß er an dieser Art der Darstellung ein eigenes Interesse hat, sie voll billigt und damit ganz bestimmte Endziele systematisch verfolgt. Diese ergeben sich ohne Schwierigkeiten aus den bereits zitierten **'Leitsätzen zur Militärfrage'**, herausgegeben vom Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Dort wird davon ausgegangen, daß die bestehende 'Ausbeuterordnung Westdeutschlands' beseitigt werden müsse zugunsten der **'Arbeiterklasse'** und daß die **'Revolution auf die Tagesordnung zu setzen'** sei. Zur Durchsetzung dieser Ziele wird der Zusammenschluß der Bürger in Soldaten- und Reservistenkomitees verlangt, die, wie es auch die 'volksmiliz' zutreffend wiedergibt, auf der politischen Grundlage arbeiten: 'Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten, für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in Höhe ihres **bisherigen Lohnes erhalten.' "**

Der Beschwerdebescheid und der Antrag des MAD, der beiden Soldaten eine "fanatische kommunistische Überzeugung" bescheinigt, "zugunsten derer sie auch persönliche Nachteile in Kauf zu nehmen gewillt sind", stellen die Grundlage für die von der 2. Jäger Division verfügte Entlassung aus der Bundeswehr dar.
Obwohl die Wehrpflicht als ein ausdrückliches Recht und eine besondere Pflicht für jeden Staatsbürger hingestellt werden, und obwohl die Pflicht, den Wehrdienst abzuleisten gerade gegenüber Kriegsdienstverweigerern immer wieder hervorgehoben wird, um ihr Recht auf Verweigerung als ein Ausnahmerecht zu begründen, wird diese Pflicht hier aus Opportunitätsgründen aufgehoben.
Wir lehnen es nicht ab, in die Armee zu gehen, und sind in diesem Punkt mit der Bourgeoisie einer Meinung, daß jeder das Waffenhandwerk erlernen sollte, allerdings verfolgen wir damit ein anderes Ziel als die herrschende Klasse.
Jene zwingt uns in die Armee, um ihre Geschäfte zu erledigen. Wir halten es für richtig, in die Armee zu gehen, um die Waffen zu schmieden für die Erkämpfung der Sache der Arbeiterklasse, für den Sozialismus. Wir gehen in die Armee, um die Masse der Soldaten für dieses Ziel zu gewinnen. So wie Lenin schon sagte: "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche Klasse ist es nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden."
(Das Militärprogramm der proletarischen Revolution)

Aus diesem Grund treten wir dafür ein, daß die Entlassung der beiden Soldaten Klohn und Kuhlen wieder rückgängig gemacht wird.
Weil aber die Durchsetzung dieser Forderung nicht möglich ist ohne breite Diskussion und Auseinandersetzung unter den Soldaten, brauchen wir das Recht auf freie Meinungsäußerung und freie politische Betätigung in der Kaserne.

Soldaten und Reservistenkomitee **Kassel**

Resolution von Schülern der Gesamtschule Söhre

An den Kommandeur des Panzeraufklärungsbataillons 2
An das Truppendienstgericht Mitte
An die "Hessische Neue Allgemeine"
An das Gemeindeblatt Lohfelden

Wir haben gehört, daß der Panzerschütze Rainer Kuhlen und der Gefreite Volkmar Klohn zu je 21 Tagen Disziplinararrest verurteilt wurden. Als wesentliche Begründung wird gegeben, daß die beiden über die Bundeswehr und die Zustände in der Bundeswehr öffentlich informiert haben.
Die beiden Soldaten haben auf einer Veranstaltung unserer Schule am 23.10.74, zu der sie und auch ein Jugendoffizier und Zivildienstleistende eingeladen waren, uns ebenfalls über die Zustände in der Bundeswehr informiert und mit uns über die Funktion der Bundeswehr diskutiert. Wir fanden das sehr gut und aufschlußreich und möchten auch weiterhin nicht auf solche Informationen und Diskussionen verzichten.
Aus diesem Grund wenden wir uns dagegen, daß die Meinungs- und Informationsfreiheit der Soldaten eingeschränkt wird und protestieren gegen den Disziplinararrest für Rainer Kuhlen und Volkmar Klohn
(verabschiedet auf einer Versammlung der SV-Vertreter der 9. und 10. Klassen, ohne Gegenstimmen, Mitte Januar 75)

aus: "Volksmiliz" Nr. 2, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Kassel-Hessisch Lichtenau

Englische Arbeiter besetzen ihre Fabriken

Die englischen Arbeiter haben den Kampf gegen Entlassungen und Rationalisierungen aufgenommen / 756 000 Arbeitslose

In England geht die Arbeitslosenzahl jetzt auf die Millionengrenze zu: 756 000 im Februar, und der Gewerkschaftsbund TUC befürchtet einen Anstieg auf 1,25 Millionen bis 1976.

Mit Massenentlassungen wird besonders dann gedroht, wenn die Arbeiter sich nicht dem "Sozialvertrag" beugen und Lohnsenkungen hinnehmen. Wie die Bergarbeiter zum Beispiel, die trotz Sozialvertrag eine Lohnerhöhung über 30 % erzwungen haben und sich gegen Produktivitätserhöhungen durch Arbeitshetze erfolgreich wehrten. Sie sehen nicht ein, warum sie durch Lohnverzicht und Arbeitshetze die Konsequenzen der Krise tragen sollen, wenn gleichzeitig zum Beispiel die Königin, die reichste Frau der Welt, eine 40 prozentige Einkommenserhöhung, d. h. 5 Millionen Mark, bekommt.
Täglich werden mehr Belegschaften von den Kapitalisten vor die Alternative gestellt: entweder Lohnkürzungen und Kurzarbeit oder Entlassungen. In der Autoindustrie wird schon in den meisten Firmen kurzgearbeitet: Seit Januar hat Vauxhall die 3-Tage-Woche, für 11 000 Arbeiter bei Ford fing am 3.März Kurzarbeit an, bei British Leyland arbeiten 11 000 nur 4,5 Tage pro Woche.

Die Hoffnung, dadurch Entlassungen zu vermeiden, wird immer öfter enttäuscht. Denn die Kapitalisten nützen die Gelegenheit, um die Produktivität zu erhöhen und entlassen dann doch: Vauxhall will jetzt doch 2 000 auf die Straße setzen, British Leyland entläßt 1 000 in seinem Jaguar-Werk und wahrscheinlich 25 000 in Cowley für ca. fünf Jahre.
Anderswo haben die Arbeiter versucht, Entlassungen und Schließungen zu vermeiden, indem sie Lohnkürzungen bei gleicher Arbeit akzeptierten: in Mansfield durch Kürzung der Akkordsätze, in schottischen Brauereien durch Zurückstellung der Lohnverhandlungen.

Hull: Arbeiter besetzen die Fabrik

Dagegen haben die Arbeiter bei Imperial Typewriters, einer Schreibmaschinenfabrik im Besitz einer amerikanischen Firma, sich nicht so einfach abspeisen lassen. Einen Tag bevor die Fabrik Ende Februar geschlossen und insgesamt 3 200 Arbeiter in zwei Werken arbeitslos werden sollten, haben 300 von ihnen, die meisten Frauen, das Werk in Hull besetzt. Sie hoffen auf Unterstützung von Industrieminister Wedgewood Benn und wollen mit staatlicher finanzieller Hilfe die Firma als Kooperative weiterführen. Ein Komitee soll von den Arbeitern gewählt werden, das die Produktion leitet und Experten nur als Berater zu seinen Sitzungen zuläßt.

Kooperativen als Ausweg?

Schon vor Wochen wurden in anderen Firmen Schließungen durch die Gründung von Kooperativen verhindert. Dabei nehmen allerdings die beteiligten Arbeiter finanziell und durch mehr Arbeit die Folgen des Bankrotts der Kapitalisten auf sich. In Kirkby bei Liverpool zum Beispiel führen seit 9 Wochen 850 Arbeiter ihr Werk, das Motorteile, Heizungskörper und Obstsaft herstellt, als Kooperative unter dem Namen KME weiter, mit eigenem Geld und einer Regierungshilfe. Die Hälfte davon wurde schon für den Kauf des Werkes ausgegeben, der Rest reicht nicht aus, um die noch laufenden Verluste auszugleichen. Um Entlassungen zu vermeiden, arbeitet jeder nur 4 von 6 Wochen, aber wegen des bankrotten Zustandes der Firma wird es wahrscheinlich nicht ohne Entlassungen gehen.
An einigen Stellen haben Arbeiter erfolgreich ihre eigenen Bedingungen durchgesetzt: In Leamington widersetzten sie sich mit Erfolg drohenden Entlassungen durch Verweigerung von Überstunden, Warnstreiks und der Drohung, das Werk im Falle einer einzigen Entlassung zu besetzen.

Nicht durch Vertrauen auf den Staat und auf die Labour-Regierung, sondern nur, indem sie den Kapitalisten ihre eigenen Bedingungen aufzwingen, können die Arbeiter erfolgreich die Arbeitslosigkeit abwehren.

–U.T., z.Z. England–


Die englischen Bergleute haben durch ihre entschlossene Haltung einen Tarifabschluß durchgesetzt, der das Stillhalteabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften zu Fall gebracht hat.

Freiheit für die Streikposten von Shrewsbury

Am 8.März demonstrierten englische Gewerkschafter vor zwei Gefängnissen in Leicester und Lincoln, wo die Bauarbeiter Des Warren und Ricky Tomlinson drei Jahre Gefängnisstrafe absitzen.
Sie wurden 1973 verurteilt, weil sie im Jahr vorher an den erfolgreichen Streiks der Bauarbeiter teilgenommen und im Nordwesten von Wales Streikposten an allen Baustellen organisiert hatten. Unter der konservativen Regierung waren damals 24 Bauarbeiter nach einem sogenannten Verschwörungsgesetz angeklagt und zwei davon wegen "Verschwörung zur Einschüchterung anderer Arbeiter" verurteilt worden. Nach diesem Gesetz ist das Streikposten-Stehen selbst nicht nachzuweisen, sondern die Planung und Organisierung wird bestraft. Das Gesetz war damals als Reaktion auf die großen Erfolge der Bergarbeiter, Bauarbeiter und Docker nach ihren wirkungsvollen Streiks eingesetzt worden.
Die jetzige Solidaritätskampagne soll nicht nur die zwei Gefangenen befreien, sondern auch den Kapitalisten diese Waffe gegen das Streikrecht der Arbeiter aus der Hand schlagen. Nachdem im Januar schon 6 000 vor dem Parlament in London demonstriert hatten, wird jetzt versucht, im TUC einen eintägigen Generalstreik durchzusetzen, um den Druck auf die Regierung zu erhöhen.

–U.T., z.Z. England–

und wahrscheinlich 25 000 in Cowley für ca. fünf Jahre.
Anderswo haben die Arbeiter versucht, Entlassungen und Schließungen zu vermeiden, indem sie Lohnkürzungen bei gleicher Arbeit akzeptierten: in Mansfield durch Kürzung der Akkordsätze, in schottischen

weiter, mit eigenem Geld und einer Regierungshilfe. Die Hälfte davon wurde schon für den Kauf des Werkes ausgegeben, der Rest reicht nicht aus, um die noch laufenden Verluste auszugleichen. Um Entlassungen zu vermeiden, arbeitet jeder nur 4 von 6 Wochen, aber wegen des bankrot-

schwörungsgesetz angeklagt und zwei davon wegen "Verschwörung zur Einschüchterung anderer Arbeiter" verurteilt worden. Nach diesem Gesetz ist das Streikposten-Stehen selbst nicht nachzuweisen, sondern die Planung und Organisierung wird bestraft. Das Gesetz war damals als Re-

Italien

Rom: Neofaschisten terrorisieren die Stadt

Am Donnerstag, dem 6.3., demonstrierten in Rom 25 000 Menschen gegen den Terror der Neofaschisten. Die Neofaschisten hatten am vergangenen Wochenende die ganze Stadt mit ihrem Terror überzogen. Die Stuttgarter Zeitung berichtet am 7.3.: Die Schlägerbanden der Neofaschisten machten nicht nur Jagd auf politische Gegner, sondern auch Greise, Frauen und Auslandsreporter schlugen sie bewußtlos. Für niemanden, der um Hilfe rief, fand sich ein schützender Polizist.
In einer Parlamentsdebatte gab der christdemokratische Innenminister Gui dazu eine Erklärung ab, in der



er die Verstärkung der Polizei forderte. Er stellte zugleich fest, daß er keine Garantie dafür übernehmen könne, daß sich neue Polizisten nicht auch vor den schwarzen Schlägerbanden davon machen würden.

Damit spricht der Minister das offen aus, was tatsächlich geschieht: Die Duldung und Begünstigung des neofaschistischen Terrors der Bevölkerung durch den italienischen Staat und die derzeitige Regierung. Ein Beleg dafür ist das untenstehende Bild, das zeigt, wie Polizisten einen Antifaschisten festnehmen und abführen.



Mailand: Kampf für bessere Wohnverhältnisse

Am Samstag, dem 1.3., fand die bisher größte Demonstration Mailänder Hausbesetzer statt. Es beteiligten sich über 20 000 Menschen, vor allem Arbeiter mit ihren Familien. Damit gelang es den Mailänder Arbeitern und Obdachlosen, die seit Oktober 1974 in fünf Stadtteilen ungefähr 1 000 leerstehende Wohnungen besetzten, erfolgreich, ihre Stärke und Kampfbereitschaft zu demonstrieren und die Öffentlichkeit für ihre gerechten Forderungen zu gewinnen. Die Hauptparolen liefen darauf hinaus, die besetzten Häuser gegen jeden Polizeieinsatz zu verteidigen; den Mietstreik fortzusetzen (er besteht darin, daß die Arbeiter die Miete selbst, meist 10 % ihres Lohnes, festsetzen) und die unverschämt hohen Nebenkosten selbst reduzieren (in Italien nennt man dieses Verfahren "autoriduzione"). Nachdrücklich wurde auch das Recht auf Wohnung für alle betont.
Diese Demonstration richtete sich gegen einen Beschluß der Stadtverwaltung, etliche Wohnungen mit Polizeigewalt zu räumen.

Spanien

Das Franco-Regime zerfällt immer schneller

Spanien
Das Franco-Regime zerfällt immer schneller

Jeder mißtraut jedem, jeder bekämpft jeden: das ist die Lage auf der Regime-Seite. Die sogenannten Ultras des Regimes suchen die Kräfte zur Verteidigung des Regimes auf Vordermann zu bringen. Es gelingt ihnen immer weniger. Die von dem Faschisten Giron immer wieder zur 'Verteidigung der Errungenschaften des Bürgerkriegs' zusammengerufenen Kriegsveteranen werden weniger. Sollen es im Herbst noch 20 000 gewesen sein, die da kamen, so waren es am vergangenen Sonntag in Saragossa vielleicht noch 6 000. Die Mehrzahl der führenden Regime-Politiker sitzt in den Startlöchern zum Sprint in den bürgerlichen Parlamentarismus ihres Geschmacks: so viel Freiheiten wie nötig, so wenig wie möglich geben. Dabei ein handlungsfähiges Kabinett zusammenzustellen, fällt Ministerpräsident Arias immer schwerer, wie die häufigen Regierungskrisen zeigen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist der Versuch des Regimes, mit der ganzen Macht des Unterdrückungsapparates die Kämpfe der Arbeiter und des Volkes zurückzudrängen. Die Stärke der Kämpfe und der gleichzeitige Zerfall des Regimes zeigen aber: das sind die verzweifelt wütenden Schläge eines bis ins Mark geschwächten Gegners.
Die Volkskämpfe sind nicht ohne Auswirkung auf die Unterdrückungsorgane geblieben. Einsatzverweigerung soll es bei der Polizei geben. Das Militär, blutiger Geburtshelfer, Träger und Verteidiger des Regimes, kann seine inneren Widersprüche nicht mehr vor der Öffentlichkeit verstecken. Militärs der mittleren Ränge gerade weigern sich, Polizeifunktionen wahrzunehmen, schwarze Listen über Arbeiter oder Bürger zu erstellen. Der Hauptmann Molina wurde wegen seiner Weigerung, bei seinem Einsatz bei der Bahn schwarze Listen über die Bahnarbeiter anzufertigen, von Barcelona nach Ceuta (Nordafrika) strafversetzt. Zwei Offiziere, Julio Busquets und Jose Julvez, wurden wegen ihrer Kritik an der Strafversetzung und der Forderung nach Nichteinmischung der Armee in politische Angelegenheiten zunächst mit zwei Wochen Festung und jetzt mit 6 Monaten bzw. 2 Monaten Festung bestraft. Julio Busquets wird als Sprecher der Nachkriegsmilitärs angesehen und vertritt bereits in seinem 1968 erschienenen Buch 'Der Berufssoldat in Spanien' die Forderung nach der sogenannten politischen Neutralität der Streitkräfte im Innern.
Diese Einbrüche und Widersprüche sind jedoch noch nicht stark genug, die Funktion der spanischen Militärs als Garant der Ausbeuterordnung überhaupt in Frage zu stellen. Bestenfalls ist die Bürgerkriegsfraktion unter Cano, Rebull, Campano inzwischen so geschwächt, daß sie gezwungen werden könnte, eine bürgerlich-demokratische Öffnung zu schlucken.

Nur das Volk wird das Regime beseitigen

Die Arbeiterklasse und das Volk fordern in ihren Kämpfen uneingeschränkte politische Freiheiten. Die Arbeiterklasse forderte aber auch gerade in den Kämpfen und Streiks der letzten Monate:
"– Gegen die systematische Unterdrückung, Morde, Folterungen, Einkerkerungen.
– Für die sofortige Auflösung der Zivilgarde, der bewaffneten Polizei, der politischen Polizei und der faschistischen Gerichte.
Fordern wir, daß die faschistischen Häuptlinge öffentlich zur Verantwortung gezogen und exemplarisch bestraft werden." (Dies der Wortlaut der Forderungen bei dem großen Streik am 11.Dezember im Baskenland.)

Keine der Bündnisse, die in den vergangenen Monaten von der sogenannten "illegalen" Opposition für den Zeitpunkt des Regimesturzes gebildet wurden, hat diese Forderungen im Programm. Nicht die 'Junta Democratica', in der sich die revisionistische Kommunistische Partei Spaniens mit der jüngst gebildeten sozialdemokratischen 'Sozialistischen Volkspartei' unter Tierno Galvan und verschiedenen bürgerlichen Gruppierungen zusammenheschlossen hat, noch die sogenannte 'Conferencia Democratica' mit der sozialdemokratischen PSOE, den Christdemokraten unter Ruiz Jimenez als wichtigste beteiligte Parteien, von anderen bürgerlichen Organisationen gar nicht erst zu reden.
Seine gerechten und notwendigen Forderungen werden die Arbeiterklasse und das spanische Volk gegen diese Parteien und Parteibündnisse durchsetzen müssen, wollen sie sicher gehen, daß sie die politischen Freiheiten uneingeschränkt und ohne die ständige Gefahr ihrer erneuten Unterdrückung benutzen können.

–K.S.–

Portugal

Am Dienstag, dem 11. März, haben reaktionäre Kräfte in der Armee von Portugal einen Putsch gegen die Militärregierung unternommen,. der kläglich scheiterte. Das Volk von Portugal unterstützte geeint die Regierung in der Abwehr des Putsches. Unter den Putschisten befand sich offensichtlich auch General Spinola, der nach dem Scheitern des Putsches nach Spanien flüchtete. Ein General und drei Offiziere der Putschisten suchten in der westdeutschen Botschaft in Lissabon Unterschlupf.

Drahtzieher Kissinger verheddert sich zusehends

Seit dem Oktoberkrieg 1973 war Kissinger über zehnmal im Nahen Osten: Im Sieb ist wenig geblieben

"Kissinger bei seiner Nahost-Mission auf schwere Hindernisse gestoßen"; es haben sich Schwierigkeiten ergeben, "deren Ausmaß und Gewicht vorher nicht voll erkannt wurden" – dies sind die letzten Feststellungen aus der "Stuttgarter Zeitung" und der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11. März, die den gegenwärtigen Stand der Kissinger-Reise charakterisieren. Voraussagen hätte man das schon vorher können. In den letzten 16 Monaten seit dem Oktoberkrieg 1973 war Kissinger mehr als zehnmal im Nahen Osten, hat 160 000 Kilometer zurückgelegt und unzählige Male die verschiedenen Hauptstädte besucht und Regierungen konsultiert. Im Sieb ist dabei wenig geblieben. Herausgekommen ist, daß der Mythos Kissinger als "Superstar" und "Friedensstifter" demoliert ist und daß er zunehmend zum Gespött der internationalen bürgerlichen Presse wird.

Herausgekommen ist bei seinen letzten Reisen immer das Gegenteil von dem, was er gewollt hat. Im Herbst 1974 war er angeflogen gekommen, um erneut einen Schlag gegen das palästinensische Volk zu führen: Absicht seines Plans war, dem reaktionären Hussein-Regime von Jordanien die Autorität zu geben, über palästinensisches Gebiet zu verhandeln, und das palästinensische Volk und die PLO zu isolieren. Die Konferenz von Rabat sollte Hussein bevollmächtigen, über die Rückgabe des besetzten Gebietes, besonders der Westbanks, im Namen der PLO zu verhandeln. Das Gegenteil kam heraus: Hussein wurde isoliert, und die Rabat-Konferenz erkannte die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Dieses Jahr hat er sich darauf konzentriert, ein zweiseitiges Abkommen zwischen Ägypten und Israel zustandezubekommen. Dem diente seine Reise im Februar. Nach dieser Reise hat er optimistische Erklärungen abgegeben. Sein gespielter Optimismus soll aber bloß seine leeren Hände verdecken. Denn bevor er sich erneut ins Flugzeug setzte, mußte er erklären, daß die Chancen für eine Regelung nur noch 50 : 50 seien, daß er sich auf einen längeren Aufenthalt vorbereite, so an die vierzehn Tage. Die Aktion von Tel Aviv hat ihm die Realitäten wieder ins Bewußtsein zurückgerufen. Die Realitäten sind: Die arabischen Staaten sind keine willfährigen Marionetten, mit denen er spielen kann. Sie betreiben zunehmend eine Politik der Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber den beiden Supermächten. Die arabische Nation hat sich immer fester gegen den israelischen Aggressor zusammengeschlossen, und keine Regierung der arabischen Staaten kann daran vorbei, es sei denn um den Preis ihrer Existenz. Dem Aufschwung des Kampfes der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes durch den Oktoberkrieg, wo der Mythos der Unbesiegbarkeit Israels zerstört wurde, die Situation von weder Krieg noch Frieden durchbrochen wurde, und dem Einsatz der Erdölwaffe gegen die imperialistische Ausplünderung entspricht umgekehrt eine zunehmend hektischere, kurzatmige und verzweifelte Politik des US-Imperialismus, was sich in der Herumfliegerei Kissingers ausdrückt.

Den Februar hindurch hatte er sich



Palästinensische Befreiungskämpfer im Wintereinsatz in den Bergen in den von Israel besetzten Gebieten.

Hoffnungen gemacht, seine Politik der kleinen Schritte durchzusetzen. Die Kriegsdrohungen sollten die arabischen Staaten einschüchtern. Sicher kann man sein, daß er der israelischen Regierung gedroht und sie erpreßt hat. Jetzt, am Ort angekommen, muß er feststellen, daß seine Drohungen nicht viel gefruchtet haben. Die ägyptische Regierung vertritt die Position, daß Israel sich weiter von den widerrechtlich besetzten Gebieten zurückziehen, die militärtaktisch wichtigen Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rodeis zurückgeben muß, und ist lediglich zu einem Militärabkommen mit Israel bereit. Für die zionistische Regierung ist das viel zu wenig; sie will ein politisches Abkommen, sie will das Versprechen der ägyptischen Regierung, keinen Krieg gegen Israel mehr zu beginnen. Sie hat wenig Spielraum für Konzessionen, sie muß auf diesen unerfüllbaren Bedingungen bestehen, weil sie vor der eigenen Bevölkerung die Sicherheitsgarantie, die den Zement des Zusammenhalts der israelischen Gesellschaft bildet, bekräftigen muß. Denn diese ist durch die Aktion von Tel Aviv, die direkt in die Hauptstadt des Zionistenstaates getroffen hat, erneut erschüttert worden. Die syrische Regierung lehnt zweiseitige Abkommen ab und will von vorneherein dreiseitige Regelungen, die zusätzlich zu einem Sinai-Rückzug die Rückgabe der Golan-Höhen einschließen und die Rückgabe des Westufers und des Gaza-Streifens an die Palästinenser. Forderungen also, die allesamt schlecht miteinander zu vereinbaren sind. Kissinger hat zum einen darauf gesetzt, diese herunterzuhandeln. Das fällt ihm schwer. Deshalb will er zumindest irgendwelche schwammigen Erklärungen herausschlagen, die diese Unvereinbarkeit kurzzeitig übertünchen können, eine Zuspitzung des Konflikts hinauszögern sollen und Zeitgewinn für den US-Imperialismus bedeuten.

Darauf ist in der Tat die Politik des US-Imperialismus reduziert worden: "Im Augenblick geht es darum, nicht ein diplomatisches Vakuum entstehen zu lassen, das die Kriegsgefahr steigern würde. Das schrittweise Vorgehen Kissingers sei kein Endzweck; eine abschließende Regelung müßte von der Konferenz sanktioniert werden." – Das hat Sisco, Staatssekretär im US-Außenministerium, erklärt ("Neue Züricher Zeitung vom 9. März). Sisco hat ganz recht, wenn er den Inhalt von Kissingers Tätigkeit damit charakterisiert, daß es darauf ankomme, kein diplomatisches Vakuum entstehen zu lassen. Zwei Absichten bestimmen gegenwärtig die Politik des US-Imperialismus und Kissingers Reisen: Die erste Absicht ist, durch zweiseitige Abkommen zwischen Israel und den Konfrontationsstaaten das Zusammentreten der Genfer Konferenz möglichst lang hinauszuschieben. Das hat für den US-Imperialismus den Vorteil, daß die Sowjetunion nicht von vornherein an den Verhandlungen beteiligt ist, sondern ausgeschaltet ist. Gleichzeitig den Vorteil, daß die USA der entscheidende Bezugspunkt für das Laufen von Verhandlungen sind und somit sichergestellt wäre, daß alle Abkommen durch direkte Einschaltung Kissingers erfolgen müßten. So hätte der US-Imperialismus ständig seine schmutzigen Finger im Geschäft, die andere Supermacht wäre ein gutes Stück ausgebootet. Weitergehend erhofft sich Kissinger davon, Idealist, der er ist, daß er durch diese Politik die Front der arabischen Nation gegen den Zionismus und Imperialismus spalten und eine Regierung gegen die andere ausspielen kann. Die zweite Absicht ist, einfach Zeit zu schinden und, wie Sisco sagt, kein Vakuum entstehen zu lassen. Zu deutsch heißt das, daß sich im Nahen Osten nichts entwickelt, woran der US-Imperialismus nicht beteiligt ist, daß Vorteile der anderen Supermacht Sowjetunion verhindert werden müssen. Weiter heißt das, daß aufgrund der verschärften Rivalität der Supermächte einerseits, der gewachsenen Unabhängigkeit und Selbständigkeit der arabischen Staaten sowie der Fortschritte im Kampf des palästinensischen Volkes der Nahe Osten nach wie vor ein Pulverfaß ist, dessen nächste Entzündung unbedingt verhindert werden soll durch die Taktierei Kissingers und durch dessen schiere physische Präsenz.

Insofern kann man zu diesem Zeitpunkt nicht sagen, wie die Verhandlungen Kissingers weiterlaufen werden und was herauskommen wird. Fest steht, daß sein neu ausgeklügeltes Konzept bereits jetzt, zu Beginn der Tournee, wieder einen kräftigen Schlag erlitten hat. Fest steht, daß er die Widersprüche nicht bewältigt, sondern kräftig von ihnen gebeutelt wird. Das kann nicht anders sein, denn das Wesen des Nahost-Konflikts ist: der Kampf des palästinensischen Volkes für Selbstbestimmung und für sein Heimatland gegen den zionistischen Besatzer, der Kampf der arabischen Völker gegen die israelisch-imperialistische Aggression und gegen die beiden Supermächte, die um die Hegemonie im Nahen Osten rivalisieren. Diesen Konflikt kann er nicht lösen. Was vorher nicht geplant war, muß er jetzt machen: In Abänderung seiner Reisepläne hat er jetzt eine Zusammenkunft mit Gromyko, dem Außenminister der sowjetischen Regierung, angekündigt. Das drückt aus, daß aufgrund dieser Entwicklung die Supermacht USA gezwungenermaßen und früher als ihr lieb ist wieder auf die andere Supermacht Sowjetunion zurückgreifen und sie einschalten muß, denn gemeinsames Interesse beider Supermächte ist, die Völker und Staaten dieser Region unter Kontrolle zu halten und ihre Hegemonie durchzusetzen.

HJH

Kampfes der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes durch den Oktoberkrieg, wo der Mythos der Unbesiegbarkeit Israels zerstört wurde, die Situation von weder Krieg noch Frieden durchbrochen wurde,
rückziehen, die militärtaktisch wichtigen Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rodeis zurückgeben muß, und ist lediglich zu einem Militärabkommen mit Israel bereit. Für die zionistische Regierung ist das

Chile
Gegen Teilnahme der BRD an Umschuldungsverhandlungen

Der DGB Hessen hat in einer Erklärung anläßlich des 22. Jahrestages der Gründung der chilenischen Gewerkschaft CUT am 12.2.75 folgende Forderungen aufgestellt:

"Die sofortige Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter und aller politischen Gefangenen in Chile. Die Freigelassenen dürften nicht länger gezwungen werden, umgehend das Land zu verlassen, sondern müßten die Möglichkeit haben, in Chile zu bleiben.
Die Wiederzulassung des Gewerkschaftsbundes CUT sowie die Rückgabe des beschlagnahmten Gewerkschaftseigentums.
Die Bundesregierung forderte der DGB-Vorstand auf, bei den anstehenden Umschuldungsverhandlungen in Paris der Militärjunta von Chile solange keinen Aufschub zur Rückzahlung von gewährten Krediten einzuräumen, bis wieder demokratische Verhältnisse in diesem Land hergestellt seien." (DGB Pressedient, 12.2.75)

Am Wochenende hat der SPD-Unterbezirk Frankfurt eine Resolution verabschiedet, worin gefordert wird, daß die Bundesregierung nicht an den Umschuldungsverhandlungen teilnimmt. Der Koordinationsausschuß der Chilenen in der BRD hat in einer Presseerklärung ebenfalls gegen die Umschuldungsverhandlungen Stellung genommen.

Die Umschuldungsverhandlungen finden am 15. März in Paris statt. Gelingt es der Junta nicht, nennenswerten Zahlungsaufschub zu erreichen, dann sind ihre Tage gezählt (vgl. KVZ Nr. 9). Mittlerweile hat neben der britischen und der italienischen Regierung auch die schwedische Regierung erklärt, nicht an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Bundesregierung sah sich erstmals genötigt, eine Stellungnahme abzugeben. Die Entscheidung über die Teilnahme sei noch nicht gefallen, auf "Beamteneberle" sei man sich aber darüber einig, daß ausschließlich "kommerzielle" Überlegungen die Entscheidung beeinflussen (Handelsblatt vom 4.3.).

Die Bundesregierung bringt damit ihre Mißachtung gegenüber der breiten Bewegung in der westdeutschen Bevölkerung für die Unterstützung des chilenischen Widerstandes zum Ausdruck. Sie vertritt in Chile die Interessen des westdeutschen Kapitals. Das westdeutsche Kapital aber hat großes Interesse an der Ausbeutung des chilenischen Volkes und seiner Unterdrückung durch die Junta.

Das ist der Inhalt ihrer Stellungnahme im 'Handelsblatt'. Dagegen entwickelt die Solidaritätsbewegung ihre Aktionen mit dem Ziel, die Bundesregierung an der Teilnahme in Paris zu hindern. –p.f.–

600 % – Inflation in Chile

Die Inflation beträgt nach Angaben der Weltbank jährlich im Durchschnitt 600 %. Daß die Werktätigen noch weit stärker davon betroffen sind, zeigt die Preisentwicklung von Grundnahrungsmitteln:

Nahrungsmittel	31.8.73	18.12 74
Brot (kg)	11	450
Zucker (kg)	12	1 000
Öl (Liter)	36	1 700
Milch (Liter)	3	200
Reis (kg)	7,1	950
Kartoffeln (kg)	20	110
Bohnen (kg)	15	320
Nudeln (kg)	37	1 350
Eier (Dutzend)	48	840
Hähnchen	33	1 375
Fisch (kg)	17	500
Tee	40	2 640

Die Haltung der KVZ zum Befreiungskampf der Eritreer ist schwankend gewesen

Die Haltung der KVZ zum Befreiungskampf der Eritreer ist schwankend gewesen

In einem ersten Artikel von h.b. in der KVZ Nr. 6 ist bedingungslos für die Lostrennung Eritreas von Äthiopien Stellung genommen worden.

In der KVZ Nr. 9 hat jetzt g.j. einen Artikel geschrieben, in dem es heißt: "In Äthiopien ist die Lage heute so, daß der Befreiungskampf des eritreischen Volkes, der auf die Autonomie innerhalb des eritreischen Staates ausgerichtet war, in einem Sezessionskrieg umzuschlagen droht." Dabei wird davon ausgegangen, daß die Lostrennung Eritreas von Äthiopien den Supermächten nutzt und den Völkern Afrikas im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte schadet.

Der zitierte Satz ist falsch. Eritrea ist niemals fester Bestandteil Äthiopiens gewesen. Lange Zeit ist es eine türkische Kolonie gewesen, im 19. Jahrhundert ist es in eine italienische Kolonie verwandelt worden. Im zweiten Weltkrieg ist es von den Engländern besetzt worden und schließlich ist es auf Betreiben der USA durch Äthiopien einverleibt worden. Diese Einverleibung durch Äthiopien ist von vornherein auf den Widerstand des größten Teils der Eritreer gestoßen. Sie wollten Unabhängigkeit und die Befreiung von fremder Unterdrückung. Je mehr das Feudalregime von Haile Selassi das Volk von Eritrea unterdrückte, umso mehr hat sich der Widerstand der Eritreer gegen dieses Regime verschärft. Dieser Widerstand hat zunehmend eine gegen den US-Imperialismus gerichtete antiimperialistische Stoßrichtung erhalten. Fortschrittliche Kräfte wurden führend. Es wurde ein nationaldemokratisches Programm entwickelt und der Weg des langandauernden Volkskrieges wurde eingeschlagen. Die Erfolge des eritreischen Befreiungskampfes haben dem äthiopischen Feudalregime die entscheidenden Schläge verabreicht, die schließlich zum Sturz dieses Regimes führten.

Wie müssen Marxisten-Leninisten an die Frage des Befreiungskampfes der Eriteer gegen die Einverleibung Eritreas durch Äthiopien herangehen? Sie müssen das Recht auf Selbstbestimmung der eritreischen Nation anerkennen, die sich im Laufe des Unabhängigkeitskampfes herausgebildet hat. Das Recht auf Selbstbestimmung beinhaltet das Recht auf Lostrennung. Wie der Kampf für jedes demokratische Recht ist auch der Kampf für das Recht auf Lostrennung und für Lostrennung dem Kampf gegen den Imperialismus und Kapitalismus untergeordnet, im Fall von Eritrea dem Kampf gegen Feudalismus und Imperialismus, der der sozialen Revolution des Proletariats den Weg bahnt. Wenn die Marxisten-Leninisten grundsätzlich für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und für das Recht auf Lostrennung eintreten, dann treten sie doch nicht in jedem Fall für Lostrennung ein. Sie treten nur dann für die Lostrennung ein, wenn dies dem Kampf gegen den Imperialismus nützt. Erst recht treten sie nicht für die Lostrennung ein, wenn, wie im Fall von Katanga, Biafra oder Bangla Desh die Lostrennung selbst nur ein Manöver des Imperialismus ist.

Ist dies beim Befreiungskampf des eritreischen Volkes der Fall? Nein, dies ist nicht der Fall. Eritrea hat eine eigene Geschichte, wenn auch im wesentlichen eine eigene gemeinsame Kolonialgeschichte. Die Eritreer haben im Kampf gegen den Kolonialismus ein eigenes Unabhängigkeitsstreben entwickelt. Statt die Unabhängigkeit zu erreichen, wurde Eritrea dem rückständigen äthiopischen Feudalregime einverleibt. Die Einverleibung war gerade ein Manöver des Imperialismus. Indem sich die Eritreer gegen diese Einverleibung wehrten, wehrten sie sich gegen den Imperialismus. Nachdem diese Einverleibung niemals durchgesetzt werden voran die beiden Supermächte, natürlich auch über den Unabhängigkeitskampf der Eritreer ihren Einfluß in dieser Region zu erhalten oder neu zu schaffen. So versuchen z. B. die USA über Saudi-Arabien und Jordanien in Eritrea Fuß zu fassen. Sie versuchen, auf beiden kämpfenden Seiten ihre Agenten einzuschleusen. So auch die Sowjetunion. Das kann die Marxisten-Leninisten aber nicht zu einer Stellungnahme gegen das Selbstbestimmungsrecht der eritreischen Volkes veranlassen, sondern nur zu einer Stellungnahme gegen die Einmischungsversuche des Imperialismus und speziell der beiden Supermächte.

Unsicherheit ist aufgekommen, ob nach dem Sturz des Feudalregimes in Äthiopien die Lostrennung Eritreas von Äthiopien noch dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus dienlich ist. Diese Frage ist berechtigt. Sie kann aber nicht dazu führen, daß das demokratische Recht auf Lostrennung selber in Zweifel gezogen wird.

Vielmehr ist es umgekehrt so, daß der Charakter des neuen Regimes am besten an seiner Einstellung zum Recht des eritreischen Volkes auf Lostrennung überprüft werden kann. Das neue Regime verweigert dieses Recht und versucht erneut mit allen Mitteln, den Kampf für dieses Recht zu unterdrücken. Es versucht, den Nationalismus in Äthiopien selber gegen das Recht der Eritreer auf Lostrennung zu mobilisieren. Damit hat dieses Regime auch keine Möglichkeit für die Eritreer geschaffen, die Frage der Lostrennung erneut zu überprüfen und zu untersuchen, ob diese Lostrennung nach wie vor dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus dient. Das eritreische Volk setzt seinen Befreiungskampf für nationale Unabhängigkeit fort. Die Aufgabe der Völker der Welt ist es, diesen Kampf zu unterstützen und gegen jede Intervention des Imperialismus, insbesondere der beiden Supermächte, aufzutreten. Aufgabe des äthiopischen Volkes ist es, die antifeudale Umwälzung fortzusetzen, den Einfluß des Imperialismus zu brechen und sich eine Führung zu schaffen, die das Recht Eritreas auf Lostrennung anerkennt. Dabei wird das Volk von Äthiopien breite Unterstützung finden.

Wird dieser Kampf Erfolg haben, dann werden sich die Völker Äthiopiens und Eritreas gut einigen können, wie sie ihre gemeinsamen Interessen gegen den Imperialismus am besten durchsetzen können. Äthiopien und Eritrea sind Länder der Dritten Welt. Die Widersprüche zwischen ihnen sind dem Widerspruch zwischen beiden Ländern und dem Imperialismus untergeordnet. Die Lösung dieser Widersprüche setzt jedoch die Verwirklichung des Rechts auf Lostrennung der Eritreer voraus – nicht unbedingt die Lostrennung.

–Red.–



Der Repräsentant der ZANU in Westeuropa, Rex Chiwara, vor vier Land Rovern anläßlich des Kaufs.

Abrechnung der Spenden, die vom 18. Oktober 1974 bis zum 26. Februar 1975 eingegangen sind

Gesamtsumme	217 274,80 DM
Kauf von 7 Landrovern des langen Typs (unterschiedliche Ausstattung)	109 500,28 DM
Transportkosten (kleiner Nachtrag kommt noch)	26 812,24 DM
Kosten für die Veranstaltungsreihe mit dem Vertreter der ZANU, Rex Chiwara, und die Beschaffung der Landrover (mehrere Flugreisen von und nach England und in die BRD, Druckkosten für die Veranstaltungsplakate)	4 203,82 DM
Flugkarten für 8 Mitglieder der ZANU nach Zimbabwe	15 695,00 DM
Rest	61 063,46 DM

Ob der Restbetrag gleichfalls für die Beschaffung von Landrovern eingesetzt werden soll oder für andere Objekte, ist von der ZANU noch nicht entschieden.
In der KVZ wurden noch nicht alle Spendeneingänge ausgewiesen. Die einzelnen Spender, deren Überweisungen noch nicht abgedruckt wurden, werden stattdessen noch in dieser Woche einzelne Bestätigungen über den Eingang erhalten.

Zimbabwe African National Union (ZANU)

Headquarters:
P.O. Box 2331
Lusaka
Zambia

(office) 323 OLD STREET,
LONDON, N W 1.

25 Stanley Buildings,
Clarence Passage,
London NW1
Phone 01-837 0989

27th February, 1975.

"Eine sehr erfolgreiche Kampagne für den Kauf von Land Rovern für die ZANU"

Ich ergreife diese Gelegenheit, um im Namen meiner Partei, der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), und aller den Frieden liebenden Menschen in Zimbabwe unsere höchste Anerkennung für die rückhaltlose Unterstützung, die wir vom Volk in der BRD erhalten haben, auszusprechen.

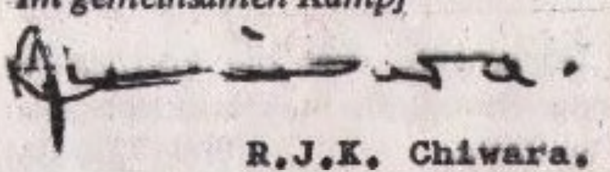
Ich bin sehr froh, daß sechs neue Landrover und ein überholter von der langen Ausführung gekauft und eingeschifft wurden für den Transport zu unserem Hauptquartier.
Unseren herzlichen Dank an die Leitung, die Mitglieder und Sympathisanten des KBW und die vielen fortschrittlichen Gruppen und Individuen, die sich an der Kampagne im Winter 1974 für die Landrover beteiligten.
Der Erfolg dieser Kampagne bestätigt die Fähigkeit, Bereitschaft und Entschlossenheit der fortschrittlichen Bevölkerung Westdeutschlands, immer und überall gegen Rassismus, Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus zu kämpfen.
Eure positive praktische Hilfe wird vom Volk von Zimbabwe hochgeschätzt.

In Zimbabwe gibt es unzählige Leiden für unser Volk, Menschen, die Gliedmaßen, Leben, Wohnstatt, Besitz und Familie verloren haben und die für ihr Leben gezeichnet wurden im Kampf für die Befreiung ihres Landes von der grausamen Herrschaft des weißen Siedlerregimes.

Unserem Volk werden viele menschliche Bedürfnisse verweigert, wie das auf Erziehung, Gesundheitsversorgung, um die elementarsten zu nennen. Die Versorgungsmöglichkeiten durch die Landrover werden die Lage verbessern.

Wir operieren sowohl in als auch außerhalb Zimbabwes. Natürlich müssen Menschen, Nahrung und andere Güter von einem Ort zum anderen transportiert werden. Das kann zu Fuß oder mit Transportmitteln passieren. Die Straßen in und außerhalb Zimbabwes sind sehr unwegsam, manchmal gibt es keine. Landrover eignen sich am besten für diese Situation. Die Landrover, wie sie jetzt beschafft wurden, können für mehrere Zwecke benutzt werden:
- *um Nahrung zu unseren hungernden Menschen zu transportieren;*
- *um Medikamente in viele Teile des Landes zu transportieren, wo es keine medizinische Hilfe gibt;*
- *wir können sie als Ambulanzen benutzen, um ernsthaft Kranke in Lazarette zu transportieren für weitere Behandlung;*
- *Schulmaterial und Lehrer können damit zu den Menschen transportiert werden;*
- *die Versorgung unserer Bevölkerung hängt von einer zuverlässigen Transportmöglichkeit ab;*
- *zuletzt: bei den Operationen, wie wir sie durchführen, kommt es auf rasche Beweglichkeit an.*

Mit 7 Landrovern versorgt, fühlen wir uns besser gerüstet und erleichtert. Genossen und Freunde, Ihr verdient es, für Eure Anstrengungen gelobt zu werden. Denn wenn jemand jemals hart arbeitete und sich Vergnügen versagte, dann ward Ihr es.
Ich danke jedem herzlich, der zum Erfolg der Kampagne beitrug. Bitte werdet nicht müde, wir brauchen Eure Hilfe, um das gute Werk zu beenden, das wir begonnen haben.
Im gemeinsamen Kampf"



R.J.K. Chiwara.

Kein Waffenstillstand in Zimbabwe

Das rhodesische Siedlerregime betreibt unter der Maske von "Entspannung" und "Verhandlungen" ein Hinhaltemanöver gegenüber dem Volk von Zimbabwe

Am 4. März 1975 wurde der Präsident der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe), N. Sithole, vom rhodesischen Kolonialistenregime erneut gefangengenommen, "weil er die Führer anderer Widerstandsorganisationen des Volkes von Zimbabwe habe ermorden wollen". Da das nur ein Vorwand ist, muß der Prozeß geheim stattfinden und werden die Zeugen geheimgehalten.

Tatsächlich geht es darum, die Führung der ZANU zu schwächen, den Widerstand des Volkes von Zimbabwe zu spalten und einen Zusammenschluß aller Widerstandsorganisationen im Afrikanischen Nationalkongreß auf der Grundlage der Führung des bewaffneten Volkskrieges zu verhindern.

Nur durch den langdauernden Volkskrieg können die Völker sich vom Imperialismus befreien!

Von dieser historisch vielfach und auch in Zimbabwe erwiesenen Erfahrung ausgehend, hat die ZANU mit immer größerem Erfolg den bewaffneten Widerstand des Volkes von Zimbabwe organisiert. Seit dem Sieg der Völker im bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus betreibt das Smith-Regime, unterstützt durch das südafrikanische Kolonialistenregime, durch den britischen, amerikanischen und westdeutschen Imperialismus, unter der Maske von "Entspannungspolitik" und "Verhandlungen" ein Hinhaltemanöver gegenüber dem Volk von Zimbabwe. Während so die Entschlossenheit des Volkes von Zimbabwe zum bewaffneten Widerstand geschwächt werden soll, soll Zeit gewonnen werden für die verbesserte Organisierung der Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe. Smith bot "Verfassungsgespräche" an und unterstützte ebenso wie verschiedene afrikanische Staatschefs selbst den Zusammenschluß der vier Widerstandsorganisationen in Zimbabwe! Dabei war sein Angebot, daß 300 000 Afrikaner nach Kriterien des Berufes und der Bildung sich an Wahlen beteiligen dürften, und einige sollten dann auch in die Regierung. In dem Maße, in dem sich mit der Zeit mehr Afrikaner als in diesem Sinne "zivilisiert" erweisen würden, könnte die Zahl der Wahlberechtigten erhöht werden. Ziel dieses "Angebotes" war: Dadurch soll selbst bei einem allmählichen Wechsel der Hautfarbe der Regierungsmitglieder die Kontrolle des Imperialismus über das Land, seine Reichtümer und sein Volk stets gesichert bleiben. Mit diesem "Angebot" hofften das Smith-Regime und die Imperialisten zugleich, einen bürgerlichen Führer des Volkes von Zimbabwe ködern und für eine Front gegen die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes durch die ZANU einspannen und darüber das Volk von Zimbabwe spalten zu können.

Die ZANU bekämpft entschieden den Anschlag der Imperialisten auf die bewaffnete Macht des Volkes

Aber die Rechnung der Imperialisten ging nicht auf. Die ZANU hat deren Manöver als Anschlag auf den Kampf des Volkes von Zimbabwe um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entlarvt und zum Ausdruck gebracht, daß das Volk die Ersetzung des "Weißen Smith" durch einen "Schwarzen Smith" nicht hinnehmen wird. Der Kampf des Volkes gilt der völligen Befreiung von Imperialismus, Kapitalismus und Rassismus. In den Vereinigungsverhandlungen mit den drei übrigen Widerstandsorganisationen am 7. Dezember 1974 hat die ZANU diesen Standpunkt durchgesetzt: Alle Organisationen verpflichten sich, mit Smith um nicht weniger als um die Übergabe der ganzen Macht an eine Mehrheitsregierung des Volkes von Zimbabwe nach dem Prinzip "ein Mann, eine Stimme" zu verhandeln und daß an der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes bis zur völligen Befreiung Zimbabwes festzuhalten. Vorbedingung für einen Waffenstillstand durch die Befreiungskämpfer ist nach der getroffenen Vereinbarung die Bereitschaft des Kolonialistenregimes, über die Übergabe der Macht an die afrikanische Mehrheit zu verhandeln, alle politischen Gefangenen freizulassen, ZANU und ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) als legale Organisationen in Zimbabwe wieder zuzulassen.
Obwohl das Smith-Regime auf diese Bedingungen bisher nicht eingegangen ist, es vielmehr erklärt hat, daß es keine Machtübernahme an die Mehrheit geben wird und es nicht nur die politischen Gefangenen nicht freigelassen hat, sondern die Verfolgung der Befreiungskämpfer verstärkt fortsetzt, verkündete es, im Dezember sei ein Waffenstillstand vereinbart worden! In den Kampfgebieten werden vom Smith-Regime Flugblätter mit entsprechenden Lügen abgeworfen und gleichzeitig hohe Belohnungen ausgesetzt für Informationen, die zur Festnahme oder Ermordung von Befreiungskämpfern oder derjenigen, die sie unterstützen, führen sollen. Sie bereiten Konzentrationslager für zwei Millionen Zimbabwer vor, um sie von den Befreiungskämpfern zu isolieren (vgl. die letzte Ausgabe der KVZ). Am 1. März 1975 haben sie sogar in Salisbury drei Befreiungskämpfer aufgehängt.

Wer auf die "Vernunft" der Imperialisten setzt, betrügt das Volk von Zimbabwe

Wer auf die "Vernunft" der Imperialisten setzt und ihre "Entspannungs-" und "Waffenstillstandspolitik" unterstützt, beteiligt sich aktiv an der Spaltung des Widerstandes des Volkes von Zimbabwe. Nur der andauernde Kampf durch das ganze Volk kann die Herrschaft des Imperialismus stürzen. Die ZANU-Kämpfer haben deshalb ihre Aktionen verstärkt und handeln dabei konsequent auf der Grundlage des Vereinigungsbeschlusses der Widerstandsorganisationen.
Die Verhaftung Sitholes wird die Einheit des Volkes von Zimbabwe und seine Entschlossenheit, im bewaffneten Kampf auszuharren, deshalb nur stärken. So sehen sich die Führer des ANC, Muzorewa, und Kaunda, der Präsident von Sambia, die bisherigen Partner in der "Entspannungspolitik", jetzt veranlaßt, zu erklären, daß ohne Sitholes Freilassung und die Freilassung aller politischen Gefangenen es keine Verhandlungen geben kann und die Aussichten für eine friedliche Einigung mit dem weißen Kolonialistenregime auch ihrer Ansicht nach immer geringer werden.
Der ZANU-Sprecher Mugabe kritisierte kürzlich die Auffassung der Staatspräsidenten von Sambia und Tansania, Kaunda und Nyerere, die sagten, sie hätten den Eindruck, es würde zu einer Verhandlungslösung zwischen dem Smith- und dem südafrikanischen Vorster-Regime auf der einen Seite und den Befreiungsstreitkräften auf der anderen Seite kommen.

Gibt so Nkomo den Imperialisten Hilfestellung bei der Spaltung des Volkes von Zimbabwe und stellt er sich damit auch gegen den Inhalt des Vereinigungsbeschlusses vom 7. Dezember 1974, so wird er, wenn er an seiner Haltung festhält, sich nur selbst vom Volk und den Kräften in der ZAPU isolieren, die um die Befreiung des ganzen Volkes kämpfen.

Sozialimperialisten und Revisionisten betreiben aktiv die Spaltung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe

In der Konkurrenz mit dem US-Imperialismus versucht der Sozialimperialismus auch in Zimbabwe ins Spiel zu kommen. Er stützt sich dabei auf die kompromißbereiten Kräfte in der ZAPU und versucht sie in seine Abhängigkeit zu bringen und darüber die ZANU zu bekämpfen, da ein auf dem Prinzip der Selbständigkeit und auf die eigene Kraft vertrauender langdauernder bewaffneter Kampf nicht in seinem Interesse ist. So erklärte M. Mudzi, Sekretär des Exekutivbüros der ZANU, 1973: "Wir wissen, daß viele sagen, ZANU und ZAPU sollten sich vereinigen. Dabei gibt es aber ein 'internationales' Problem. Die ZAPU steht unter dem Einfluß der Sowjetunion – die bestimmt ihre politische Linie. Sie schreibt einem vor, was man machen soll, sie sagt nicht: 'Studiert unsere Erfahrungen und wendet sie entsprechend Euren eigenen Bedingungen an.' Dagegen teilt die Volksrepublik China uns ihre Erfahrungen mit und sagt: 'Geht und studiert sie und seht dann selbst, ob sie auf Eure Situation passen.' ... Wir halten von Hilfe mit Fesseln nichts."
Wie die Revisionisten in der Solidaritätsbewegung den Sozialimperialismus bei der Spalterpolitik unterstützen, zeigte das "Apartheid-Tribunal" in Bonn und ihre Publikationen im Zusammenhang damit. Sie unterstützen alle diejenigen Tendenzen, die versuchen, die erreichte eindeutige Vereinbarung vom 7. Dezember 1974 bezüglich "Verhandlungen" und eines "Waffenstillstandes" auszuhöhlen und zu sabotieren. Überall wird gerade die ZAPU als die führende Befreiungsorganisation herausgestellt, der bewaffnete Kampf der ZANU und seine Bedeutung für die Befreiung des Volkes von Zimbabwe heruntergespielt. Teilweise wird einfach unterschlagen, daß die ZANU überhaupt auf dem Tribunal vertreten war, so zum Beispiel im Brief von F. Werkmeister in der "Frankfurter Rundschau" vom 4. März, der für die Revisionisten die Vietnam-Solidarität über die "Internationale Initiative Vietnam-Solidarität" organisiert. Sie streuen Gerüchte aus, die ZANU hätte sich gespalten, die innere Führung würde am bewaffneten Kampf nicht mehr festhalten usw.



Massendemonstration in Salisbury zur Unterstützung der Forderung nach Übergabe der Macht an die Mehrheit: Den knapp 70 000 weißen Siedlern stehen 6 Millionen Afrikaner gegenüber!

Nur Nkomo, der Führer der ZAPU, macht noch das Spaltungsmanöver der Imperialisten mit. Die Verhaftung kommentiert er so: "Die Entspannung ist eine normale Sache in Rhodesien. Das ist nicht das erste Mal, daß es eine Verhaftung im Verlauf von Verhandlungen gibt. Wir sind vereint und lassen uns nicht, wie schon einmal, ausmanövrieren. Wenn bestimmte Leute hoffen, die Waffenstillstandsvereinbarungen leugnen zu können, begehen sie den schwerwiegendsten Irrtum ihrer Existenz." Er meint, da Sithole die Entspannung mit dem Festhalten am bewaffneten Kampf stören will, sei Sithole also an seiner Verhaftung selber schuld!

Dabei haben sich alle im neuen ANC zusammengeschlossenen Organisationen auf den bewaffneten Kampf verpflichtet; und selbst die Berichte in der bürgerlichen Presse zeigen, daß es der entschlossene Kampf der ZANU war und ist, der das Smith-Regime überhaupt in die Enge treibt und zu den jetzigen Manövern zwingt. Daß die ZANU nach wie vor die Unterstützung der Volksmassen für ihre konsequente Linie hat, brachten der Verhaftung Sitholes vorhergegangene Demonstrationen in Salisbury zum Ausdruck, die den entschlossenen Standpunkt Sitholes und der ZANU unterstützten. H.L.

In der VR China dienen die Schulen der Arbeiterklasse und dem Volk

Die Aufgaben und Prinzipien des Erziehungswesens in einem sozialistischen Staat wie der Volksrepublik China sind grundsätzlich verschieden von denen im Kapitalismus.

Im Kapitalismus ist der Zweck der Grund- und Mittelschule, möglichst willfährige, rechtlose Arbeitskräfte für die Ausbeutung durch die Kapitalisten heranzuzüchten. Dabei ist der Staat – als Vertreter der Kapitalisten – vor allem daran interessiert, daß diese Ausbildung so billig und gleichzeitig so reibungslos wie möglich vonstatten geht. Eine völlige Verrottung des Bildungswesens – wie hier in der BRD zunehmend sichtbar – durch unzumutbare Lernbedingungen (z.B. schlechte Gebäude, fehlendes Unterrichtsmaterial und Verringerung der ohnehin nicht zahlreichen Lehrkräfte) ist die notwendige Folge. Gerade daran haben aber die Arbeiterklasse und das Volk, um deren Ausbildung es schließlich geht, überhaupt kein Interesse!

Im Gegensatz hierzu dient die Ausbildung in der Volksrepublik China tatsächlich dem Volk, indem dort die Forderung nach obligatorischer, allgemeiner, theoretisch und praktisch die Grundlagen der Produktion vermittelnden Bildung für alle Kinder bis zum 18.Lebensjahr zunehmend verwirklicht wird.

Die chinesische Erziehungspolitik geht davon aus, daß jede Kultur – und damit auch die Erziehung – im Dienste einer Klasse steht, entweder ist es die Bourgeoisie, die die Kinder erzieht oder das Proletariat.

Der Volksrepublik China geht es nicht um die Heranbildung einer kleinen gebildeten Elite – wie sie in der Bundesrepublik in Gymnasien und Universitäten als Funktionärsnachwuchs für die Bourgeoisie herangezüchtet werden soll –, sondern um eine bestmögliche Ausbildung für alle mit dem Ziel, "daß jeder, der eine Ausbildung erhält, sich moralisch, geistig und körperlich entwickelt und ein gebildeter Werktätiger mit sozialistischem Bewußtsein wird." (Mao Tsetung)

Entsprechend diesem Ausgangspunkt hat die ideologische Erziehung in den Schulen Vorrang vor den anderen Lernzielen. Konkret heißt das zum Beispiel, daß die Kinder zu Solidarität und kollektivem Handeln erzogen werden sollen, indem z. B. "Schülergruppen zur gegenseitigen Hilfe" eingerichtet werden, in denen u. a. Kindern, die durch Krankheit den Unterricht versäumen, von den Mitschülern geholfen wird, den Anschluß nicht zu verpassen. Die Schüler dürfen sich ebenfalls in den Prüfungen gegenseitig helfen. Dadurch wird der Konkurrenzdruck, dem die Kinder hierzulande spätestens ab dem 1.Schuljahr unterliegen, indem jeder Schüler nur für sich allein und ohne Hilfe der Mitschüler arbeiten muß, praktisch aufgehoben. Statt sich gegeneinander durchzuboxen, lernen die Kinder von Anfang an, miteinander zu lernen und zusammen zum Wohle aller voranzukommen.

Zur ideologischen Erziehung gehört ebenfalls das Erlernen von Selbständigkeit und Kritikfähigkeit. Dabei braucht das Proletariat eine allseitige und somit auch zur Kritik befähigende Ausbildung der Volksmassen im Gegensatz zur Bourgeoisie nicht zu fürchten, "denn eins von beiden: entweder entspricht das, was die Bücher, die Lehrer, die Partei usw. sagen, der Realität, dann versetzt die Praxis der Kinder diese in die Lage, die wahre, wissenschaftliche Erkenntnis noch tiefer zu verarbeiten und sich den proletarischen Standpunkt den man ihnen vermittelt, tatsächlich anzueignen; oder aber, das, was man ihnen erzählt, wird durch die Realität entkräftet, und in diesem Fall muß man sagen: Vielen Dank, Kinder, die Theorie, die man euch gelehrt hat, entsprach nicht dem Standpunkt des Proletariats, ihr lehnt sie zu Recht ab.' " (Claudie Broyelle, Die Hälfte des Himmels) So wird von der Lehrern in der Volksrepublik China durchaus begrüßt, wenn Schüler einen Fehler, der vom Lehrer gemacht wurde, kritisieren.

Im Gegensatz zur Volksrepublik China hat der Staat hier als Vertreter der Kapitalisten gar kein Interesse an der Selbständigkeit der Kinder, denn wer erstmal gelernt und gewagt hat, Fehler seiner Lehrer und falsche Unterrichtsinhalte zu kritisieren, der wird auch schnell lernen, Kritik an den gesamten gesellschaftlichen Verhältnissen zu üben, und das bekommt den Herrschenden in einer Ausbeuterordnung bekanntlich schlecht.

In China werden die Schüler sogar direkt aufgefordert, sich nicht nur von Eltern, Lehrern und sonstigen Mitgliedern der Gesellschaft erziehen zu lassen, sondern selbst gegen rückständige und bürgerliche Strömungen in ihrer Umgebung zu kämpfen. So hat z. B. die Kritik einer 12-jährigen Schülerin an ihrem Lehrer, daß dieser sich nicht ernsthaft und solidarisch mit der Kritik seiner Schüler auseinandersetzte, sondern sie stattdessen zu Karrieristen erzog, eine breite Kritikbewegung an vielen Schulen ausgelöst, an der sich außer den Schülern auch die Eltern, Lehrer und andere Teile des Volkes beteiligten.



Die Schüler werden aufgefordert, ihre Lehrer zu kritisieren, wenn sie Fehler machen. Die Lehrer werden verpflichtet, sich solidarisch mit dieser Kritik auseinanderzusetzen.

Die Schulen werden direkt vom Volk kontrolliert

Wenn das Bildungswesen der Arbeiterklasse dienen soll, so muß diese das Bildungswesen auch direkt bestimmen und anleiten können. Diese Anleitung geschieht seit der Kulturrevolution durch die Revolutionskomitees, die jeder Schule, Universität oder anderen Bildungseinrichtung angegliedert sind. Diese Revolutionskomitees bestehen aus der "revolutionären Dreierverbindung", d. h. Vertretern der revolutionären Funktionäre, Vertretern der Armee und Vertretern der revolutionären Massen. An der Schule haben sie u. a. die Aufgabe, die gemeinsame Arbeit und den Erfahrungsaustausch zwischen den Lehrern zu organisieren und Arbeiter, Bauern und Soldaten an die Schulen einzuladen, die dort Unterrichtsstunden abhalten. Eine weitere Maßnahme zur Kontrolle des Erziehungswesens durch das Proletariat ist die Ausbildung von Arbeitern mit längerer Produktionserfahrung zu Lehrern. Mit dieser Maßnahme wird ein entscheidender Schritt getan zur Aufhebung der Trennung zwischen Kopf- und Handarbeit, indem nämlich nicht nur immer weitergehender eine allumfassende Ausbildung für alle verwirklicht wird, sondern gleichzeitig auch die Arbeiter selber in den Schulen von ihren Erfahrungen in der praktischen Arbeit berichten.

Die Auswahl der Lehrer, der Unterrichtsinhalte, des Unterrichtsmaterials usw. wird vom Volk selbst getroffen. Dreimal im Semester treffen sich die Familien der Schüler, um über die Schule und deren Fortschritte und Mängel zu diskutieren. Zur Lösung der Probleme arbeiten die Lehrer aber vor allem mit den Kindern selbst und der Arbeiterbrigade zusammen.

Seit der Kulturrevolution wird zunehmend dazu übergegangen, die Kontrolle und Bestimmung der Ausbildung **direkt** in die Hand des Volkes zu legen. So sind z. B. die beiden Unterrichtsministerien, die bei Ausbruch der Kulturrevolution aufgelöst worden waren, bisher nicht wieder eingerichtet worden, stattdessen fanden zum Austausch der Erfahrungen lokale Konferenzen über das Erziehungswesen statt.



Es geht um die bestmögliche Ausbildung für alle mit dem Ziel, daß jeder ein gebildeter Werktätiger mit sozialistischem Bewußtsein wird.

Enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis

Damit die Schüler und Studenten sich nicht von den Arbeitern und Bauern loslösen, sondern sich mit deren Leben, Arbeit und Denkweise vertraut machen, wird in der Volksrepublik China versucht, eine möglichst enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis herzustellen. Die Kenntnisse, die in Schulen und Universitäten vermittelt werden, sollen nicht theoretisch und abstrakt bleiben, sondern in den direkten Zusammenhang mit der Wirklichkeit und den praktischen Erfordernissen gestellt werden, d. h. das Lernen und Experimentieren hat einen direkten praktischen Nutzen für das Volk. So gelang es z.B. einer Schulklasse, im Biologieunterricht ein neues Pflanzenschutzmittel zu entwickeln, das gerade dringend benötigt wurde.

Seit der Kulturrevolution steht die produktive Arbeit deshalb gleichberechtigt neben dem theoretischen Lernen. Praktisch sieht das so aus, daß die Schüler jeweils einen Monat im Jahr gemeinsam mit ihren Lehrern in der Industrie und in der Landwirtschaft arbeiten und daß darüberhinaus Patenschaften zu bestimmten Fabriken bestehen bzw. der Schule eine Werkstatt angegliedert ist. Man darf nicht glauben, daß die Schüler dies als Zwangsarbeit empfinden. Vielmehr ist es so, daß sie durch die Einbeziehung in den Produktionsprozeß den Sinn und Zweck ihrer Ausbildung viel deutlicher vor Augen haben und vor allem schon selber in beschränktem Maße sich nützlich machen können. Anstatt wie im Werksunterricht hier, wo die Schüler irgendwelche nutzlosen Sachen basteln müssen, fertigen sie in China selbst unter Anleitung der erwachsenen Arbeiter nützliche Gegenstände an, die für die Gesellschaft verwertet werden und den Schülern dadurch Selbstbewußtsein geben.

Aufbau der Schulen

Wie ist das Volksbildungswesen nun im einzelnen aufgebaut?

Jeder Schüler ab dem 6./7.Lebensjahr muß 6 Jahre die Grundschule besuchen, wobei in letzter Zeit angestrebt wird, diese Zeit auf 5 Jahre zu verkürzen, damit die jungen Menschen sich schon früher direkt am Aufbau des Sozialismus beteiligen können.

Im 1. und 2.Schuljahr werden pro Woche 28 Stunden, im 3. bis 6.Schuljahr 30 Stunden Unterricht erteilt.

Der Unterricht in der Grundschule umfaßt folgende Fächer: Chinesische Sprache, Mathematik, Werkunterricht, Singen, Malen und eine Stunde wöchentliche Versammlungen in den ersten 4 Jahren. In den Jahren 5 und 6 kommen als Fächer Geschichte, Geographie und Naturwissenschaft und landwirtschaftliche Kenntnisse hinzu. Zusätzlich ab dem 3.Schuljahr eine Fremdsprache (meist Englisch).

Pro Semester werden die Schüler zweimal geprüft, damit sowohl die Lehrer als auch die Schüler selbst Gelegenheit bekommen, ihren Wissensstand zu überprüfen. Die Prüfungen spielen sich nicht mehr so wie vor der Kulturrevolution ab, wo sie vielfach den Zweck verfolgten, die Schüler unter Druck zu setzen, sondern die Prüfungsthemen sind den Schülern vorher bekannt, und neben der gemeinsamen Vorbereitung dürfen die Schüler sich auch während der Prüfung gegenseitig helfen. Außerdem sind die Prüfungen nicht mehr ausschlaggebend dafür, ob ein Schüler die Grundschule erfolgreich absolviert hat.

Für die Aufnahme auf die Mittelschule sind seit der Kulturrevolution keine Prüfungen mehr erforderlich. Es wird angestrebt, daß jeder Schüler nach der Grundschule die 6-jährige Mittelschulausbildung (auch hier soll auf 5 Jahre verkürzt werden) in Anspruch nehmen kann. Um dieses Ziel auch in abgelegenen ländlichen Gebieten erreichen zu können, greifen viele Volkskommunen im Sinne der Losung "Auf die eigene Kraft vertrauen!" zur Selbsthilfe und bauen sich ihre Mittelschule ohne staatliche Hilfe selber.

In der Mittelschule werden folgende Fächer unterrichtet: Chinesische Sprache, Literatur, Mathematik, Geschichte (chinesische Geschichte, Weltgeschichte), Politik, Geographie, Biologie, Physik, Chemie, Fremdsprache, Sport, Musik, Singen und grundlegende Kenntnisse in der Landwirtschaft. Zusätzlich wird ein militärisches Training absolviert, was der körperlichen Ertüchtigung und der Verteidigung der Volksrepublik China dient.

–I.K., Sozialistische Studentengruppe Hamburg–

Für den Artikel wurde folgende Literatur benutzt:
- diverse Ausgaben der Peking Rundschau
- Mao Tsetung, Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk
- China heute. Erziehungswesen in der Volksrepublik China. Broschüre der Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft
- Claudie Broyelle, Die Hälfte des Himmels
- China Reconstructs Nr. 6/1973, 8/1974
- Mit den überkommenen Vorstellungen radikal brechen. Verlag J. Sendler